

Er scheint täglich außer Montags.
Preis: pro Nummer: 2 Pf., monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei
in's Haus. Einzelne Nummer
6 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich:
Ungarn 3 Mk., für das übrige
Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzeln:
in der Post-Beilage. Preisliste
für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 30. August 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. September eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Die Beilage ist so bewegt, daß sie mehr und mehr das Interesse jedes denkenden Menschen in Anspruch nehmen muß. Die Umsturzvorlage ist zwar gefallen, allein der Umsturz von oben wird eifrig fortgesetzt. Namentlich richten die Anstrengungen der reaktionären Parteien sich gegen das allgemeine Wahlrecht und das gleiche Recht der proletarischen und besitzenden Staatsbürger. Das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse soll politisch entrechtet werden. Und der Kampf um das allgemeine Wahlrecht, um die Rechte des Volkes muß vor allem in der Presse geführt werden. Die Presse ist die mächtigste Waffe des Volkes — und diese Waffe zu stärken, ist Pflicht des Volkes.

Wir fordern die Genossen auf, nach Kräften für die Verbreitung des „Vorwärts“ thätig zu sein.

Nach Veranlassung unseres gegenwärtigen Feuilletons: der „Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande“, die ebenso spannend als belehrend sind, werden wir mit dem Abdruck des in der Gegenwart spielenden, hochinteressanten Romans: „Der Verurteilte“ beginnen, welcher die Vernichtung eines hoffnungsvollen Menschenlebens durch kirchlichen Fanatismus darstellt und ähnliche Zustände beleuchtet, wie sie jüngst durch einen sensationellen Prozeß aufgedeckt worden sind.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

1,10 Mk. für den Monat September

entgegen. (Eingetragen in die Post-Zeitungsliste für 1895 unter Nummer 7128.)

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Die Regierung und die Innungsforderungen.

II.

Wir theilen im folgenden die weiteren Vorschläge des Herrn v. Berlepsch mit:

Für jede Provinz oder Theile einer solchen sollen auf Grund eines von der oberen Verwaltungsbehörde zu erlassenden Statuts Handwerkskammern errichtet werden, deren Mitglieder von den Innungsausschüssen aus ihrer Mitte gewählt werden. Von der Gesamtzahl fällt den Innungen des Bezirkes mindestens die Hälfte zu.

Die Handwerkskammer soll bestehen aus: a) dem geschäftsführenden Ausschusse, der die laufende Verwaltung und Geschäftsführung wahrzunehmen und nur in wichtigen Fällen mit dem Vorstande zu gemeinsamer Beratung und Beschlussfassung zusammenzutreten hat, b) dem Vorstande, der insbesondere befugt ist, Vorschriften zu erlassen über den Besuch der von der Kammer errichteten Fachschulen, die Aufnahme und Abmeldung der Gesellen und Lehrlinge, den Umfang und die Art der Gesellenprüfung.

c) der Gesamtvertretung, der vorbehalten ist: die Wahl der Mitglieder des Vorstandes und des Ausschusses, die Regelung der finanziellen Angelegenheiten und die Abänderungen des Statuts.

Zu den Aufgaben der Handwerkskammern sollen gehören: 1. die Führung der Aufsicht über die Innungen und Innungsausschüsse ihres Bezirkes, 2. die Beaufsichtigung der Durchführung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften, 3. die Wahrnehmung der durch das Gesetz auf dem Gebiete des Lehrlingswesens ihnen sonst übertragenen Obliegenheiten und Befugnisse, 4. Erstattung von Berichten und Abgabe von Gutachten über gewerbliche Fragen auf Erfordern der Behörden.

Außerdem sind die Handwerkskammern befugt: 1. die zur Förderung des Handwerkes geeigneten Einrichtungen und Maßnahmen zu beraten und bei den Behörden anzuregen, 2. Veranlassungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge zu treffen und Fachschulen zu errichten.

Bei jedem Innungsausschuss kann und bei jeder Handwerkskammer muß ein behördlicher Kommissar bestellt werden, der außer dem Stimmrecht die Rechte eines Mitgliedes hat. Derselbe kann die Beschlüsse des Ausschusses und der Kammer mit aufschiebender Wirkung beanstanden. Ueber die Beanstandung entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde.

Bei der Handwerkskammer soll ein Gesellenauschuss gebildet werden, der aus der Wahl der Gesellen- und Lehrlings-Ausschüsse der Innungsausschüsse des Kammerbezirks hervorgeht, und im wesentlichen mit den gleichen Befugnissen und in der gleichen Weise an den Geschäften der Kammer theilhaftig wird, wie dies bei den Gesellen-Ausschüssen der Innungsausschüsse der Fall ist.

Kosten der Handwerkskammer und ihres Gesellen-Ausschusses sind von den Innungsausschüssen ihres Bezirkes nach Maßgabe des Gewerbesteuer-Einkommens aufzubringen.

Die Innungen, Innungsausschüsse und Handwerkskammern sollen Korporationsrechte haben und ihre Aemter sollen Ehrenämter sein.

Die Vorschläge für die Regelung des Lehrlingswesens decken sich in allen wesentlichen Punkten mit den früher veröffentlichten und sind im einzelnen wie folgt formuliert:

I. Die Befugnis, Lehrlinge zu halten oder anzuleiten, steht Personen, die sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, nicht zu. II. Die Befugnis zur Anweisung von Lehrlingen steht nur denjenigen Personen zu, die 1. das 24. Lebensjahr vollendet und 2. entweder a) in dem Handwerk, in dem die Ausbildung der Lehrlinge erfolgen soll, oder in einem gleichartigen Fabrikbetriebe eine ordnungsmäßige Lehrzeit zurückgelegt und im Anschlusse daran eine Gesellenprüfung und Meister-Übergangszeit bestanden haben oder b) das Handwerk, in dem sie Lehrlinge anleiten wollen, fünf Jahre hindurch selbstständig betrieben haben.

Dem selbstständigen Betriebe des Handwerkes wird die Leitung des Betriebes oder eines Betriebszweiges in einer Fabrik gleich geachtet.

III. Der Leiter eines Betriebes, in dem mehrere Handwerke vereinigt sind, ist befugt, in allen zu dem Betriebe vereinigten Handwerken Lehrlinge anzuleiten, wenn er für eines dieser Handwerke den Voraussetzungen unter 2. entspricht.

Wer für einen gesondert betriebenen Zweig eines Handwerkes den Voraussetzungen unter 2. entspricht, ist berechtigt, auch in den übrigen Zweigen dieses Handwerkes Lehrlinge anzuleiten.

Wer für ein Handwerk den Voraussetzungen unter 2. entspricht, ist berechtigt, auch in den diesem verwandten Handwerken Lehrlinge anzuleiten.

Lehrzeit. IV. Die ordnungsmäßige Lehrzeit soll nicht unter drei und nicht über fünf Jahre dauern. Die Lehrzeit wird innerhalb der angegebenen Grenzen durch die Handwerkskammer nach Anhörung der Innungsausschüsse festgesetzt. V. Der Bundesrath ist befugt, für einzelne Handwerke Ausnahmen von den Bestimmungen unter II. und IV. Absatz 1 zuzulassen. Die gleiche Befugnis steht der Handwerkskammer auch hinsichtlich der Bestimmung unter IV. Absatz 2 im einzelnen Falle zu.

Lehrvertrag. VI. Der Lehrvertrag ist schriftlich abzufassen und auf Verlangen in einem Exemplar der Innung zur Einsicht vorzulegen. Nichtbefolgung dieser Verpflichtung ist strafbar.

Gesellenprüfung. VII. Die Gesellenprüfung erfolgt:

a) bei Lehrlingen der Innung durch die Innung, b) bei Lehrlingen, deren Lehrmeister einer Innung nicht angehört, durch den von dem Innungsausschuss bestellten Prüfungsausschuss. Der Prüfung hat ein staatlicher Kommissar beizuwohnen, der den Beschlüssen der Prüfungskommission mit aufschiebender Wirkung beanstanden kann. Ueber die Beanstandung entscheidet die Handwerkskammer. Die Prüfung hat sich auf den Nachweis zu beschränken, daß der Prüfling ein geübter Kenntnis der im fraglichen Handwerk allgemein gebräuchlichen Handgriffe besitzt, diese mit genügender Sicherheit ausübt und über das Wesen und den Werth der zu verarbeitenden Rohstoffe unterrichtet ist. Wird die Prüfung

Rafino Recalde und folgte ein Titel von Carlos Paniagua. Dieses ist Kopie.

Pedro A. Gonzalez.

Castor Tavela, Zeuge.

Juan de la Cruz Gimenez, Zeuge.

Der Richter dachte einen Augenblick nach, dann gab er das Papier zurück:

„Und was befehlen Euer Gnaden mehr? ...“

„Nicht wahr, Sie haben gegen den Kaufakt durchaus nichts einzuwenden? ...“

„Wie es scheint, ist er authentisch ...“

„Und der andere, ich meine den des Dr. James Wilson? ...“

„Sieht genau so aus, nur ist er vom 8. Juli 1878 ...“

„Es thut mir leid, Don Matias; aber in solchen Sachen, wo es sich um einen Befehl dreht, kann man keine Rücksicht nehmen ...“

„Habt recht ... jeder, der etwas besitzt, soll sich darum seiner Haut wehren ...“

„Und kann man mit den Erben verhandeln? Man muß ihnen doch begreiflich machen, daß sie auf fremdem Boden sitzen ... Wer sind die Erben? ...“

„Ich bin für diesen Distrikt als Friedensrichter gesetzlicher Vormund für Wittwen, Waisen, Unmündige und außer Landes befindliche Personen. Ihr könnt immer mit mir verhandeln. Außerdem habe ich eine spezielle Vollmacht in diesem Falle für alle Angelegenheiten, die die Nachlassenschaft des Dr. James Wilson, meines verstorbenen Freundes, angehen sollten, unterschrieben von ihm selber in Gegenwart von Zeugen und außerdem eine andere von den Erben ...“

„Also sind in der That Erben vorhanden. Soviel man mir sagte, sei Dr. Wilson nie verheiratet gewesen, habe auch keine weiteren Verwandten hinterlassen, die Anspruch auf die Erbschaft erheben könnten ...“

„Sie irren sich in diesem Falle ... Der Dr. James

Wilson war vollkommen rechtmäßig verheiratet, und bin ich selber Trauzeuge gewesen. Da keine Kinder vorhanden sind, und um seiner Wittve keine Unannehmlichkeiten zu machen, hat er vor seinem Tode ein Testament hinterlassen, das ich selber aufgesetzt habe, das die Wittve in den ungeschmälerten Besitz der ganzen Nachlassenschaft setzt.“

„Also existiert eine Wittve von Dr. James Wilson ... und wo befindet sich diese? ...“

„Die Senora Wilson bewohnt die Estancia Cerro Desgracias seit mehreren Jahren.“

„Senora Wilson, also eine wirkliche Wittve ... soll mir leid thun um die Frau ... vielleicht könnte man ihr entgegenkommen ... könnte ich sie nicht sprechen ...“

„Die Senora Wilson empfängt keine Besuche außer denen von einigen wenigen Personen, zu denen auch ich gehöre; und wird auch in diesem Falle keine Ausnahme von der Regel machen ...“

„Wir soll's gleich sein ... aber so wollen Sie die Wittve schleunigst benachrichtigen, daß die Estancia einem andern gehört. Sie sehen selbst ein, Don Matias, daß hier nichts anderes zu machen ist, als sich zu fügen ... es thut einem jeden leid, daß es gerade eine Frau betrifft, aber ... mein Auftraggeber ist übrigens ein generöser Mann ... man könnte ihr eine Abfindung anbieten ...“

„Beruhigen Sie sich, Senor, an eine Abfindung ist hier garnicht zu denken. Senora Wilson braucht diese erstens gar nicht, und dann wird sie, soviel ich Ihnen gleich versichern kann, ihre Estancia nicht sogleich aufgeben.“

„So zwingen Sie uns zu einem Prozeß, dessen Ausgang wohl vorauszu sehen ist.“

„Mag sein“, sagte der Alte achselzuckend, „doch sage ich Ihnen, daß in jedem Falle ein Prozeß wird geführt werden müssen.“

Damit brach der Alte ab, wandte sich emsig seiner Schreiberei zu und schien damit dem Agenten bedeuten zu wollen, daß die Audienz beendet sei.

Skizzen

(Nachdruck verboten.)

aus dem südamerikanischen Hinterlande.

28

„Und unterstützt seine Behauptung durch einen recht-mäßigen Kaufbrief auf seinen Namen lautend und in das Kaufregister der Staatsregierung ordnungsmäßig eingetragen ...“

„Habt Ihr vielleicht den Kaufbrief hier, Don Estevan?“

„Gewiß, Don Matias, wenn Ihr ihn prüfen wollt ... hier ist er ...“

Der Alte prüfte misstrauisch zuerst das Papier seinem Nachbarn nach, dann rückte er noch einmal seine Brille zurecht und las halblaut flüchtig den Inhalt des Dokuments vor sich hin:

In der Stadt Asuncion am 30. Dezember 1877 begab ich, der Obernotar der Regierung Pedro A. Gonzalez, mich in die Office des Ministeriums des Innern, des Bürger-Minister Bernardino Caballero, nur bekannt von Person, was ich hier bestätige, und erklärte seine Excellenz, daß sie im Namen der Regierung dem Herrn José Maria Villagra zu Buenos Aires, zur Zeit in Asuncion im Hotel Hispano Americano aufhältlich, mir ebenfalls bekannt von Person, was ich hier bestätige, einen Kamp fiskalischen Eigentums im Bezirk San Fernando, genannt Campo Cerro Desgracias und 18 Leguas und 1000 Cuadras groß nach dem Bericht der zuständigen Behörden und des öffentlichen Landmessers in ewigen Besitz gebe für den Preis von 14 500 Pesos und 85 Cantavos, die laut Quittung des Ministeriums der Finanzen in die fiskalische Kasse abgeführt sind, und zur Bestätigung dessen ordnete Seine Excellenz die Ausfertigung des gehörigen Titels an, den ich Pedro A. Gonzalez unter dem heutigen Datum Verkaufsakten Band Nr. 15 Blatt 215 ausgestellt habe. Geht voran Titel von Pedro

nicht bestanden, so hat die Prüfungskommission gleichzeitig den Zeitraum zu bestimmen, vor dessen Ablauf die Prüfung nicht wiederholt werden darf.

VIII. Die Befugnis, Lehrlinge zu halten oder anzuleiten, kann solchen Personen entzogen werden, die sich grober Pflichtverletzungen gegen die ihnen anvertrauten Lehrlinge schuldig gemacht haben, oder gegen die Tatsachen vorliegen, die sie in sittlicher (oder technischer) Beziehung zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen ungeeignet erscheinen lassen. In gleicher Weise kann die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen solchen Personen unterzogen werden, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen die sachgemäße Unterweisung und Erziehung eines Lehrlings nicht selbständig zu leisten vermögen. Die Entziehung wird auf Antrag der Innung oder des Innungsausschusses durch die Handwerkskammer verfügt. Durch die Zentralbehörde oder eine von ihr zu bestimmende Behörde kann die entzogene Befugnis zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen nach Ablauf eines Jahres wieder eingebracht werden.

Zahl der Lehrlinge. IX. Durch den Bundesrat können für die einzelnen Handwerks-Vorschriften über die zulässige Zahl von Lehrlingen im Verhältnis zu den in einem Betriebe beschäftigten Gesellen erlassen werden. So lange solche Vorschriften nicht erlassen sind, sind die Handwerkskammern zu deren Erlass mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde befugt.

Lehrverhältnis. X. Bei Arbeitern unter 17 Jahren, die mit technischen Hilfsleistungen nicht lediglich ausnahmsweise oder vorübergehend beschäftigt werden, gilt die Vermutung, daß sie in einem Lehrverhältnis stehen. Im übrigen ist die Frage, ob ein solches vorliegt, nach den Umständen des einzelnen Falles zu entscheiden. Ein solches Verhältnis kann auch dann angenommen werden, wenn ein schriftlicher Lehrvertrag nicht abgeschlossen oder im Arbeitsvertrage vereinbart ist, daß das Verhältnis als ein Lehrverhältnis nicht gelten solle. Ist durch rechtserkennendes Erkenntnis festgestellt, daß ein Lehrverhältnis vorliegt, und kommt der Lehrling der Aufforderung nicht nach, oder ist eine gerichtliche Bestrafung des Lehrmeisters wegen des unbefugten Haltens von Lehrlingen erfolgt, so ist die Entlassung des Lehrlings auf Antrag der Innung polizeilich zu verfügen.

Meistertitel. XI. Wer ein Handwerk selbstständig betreibt, darf den Meistertitel nur führen, wenn er eine Gesellen- und eine Meisterprüfung eines Handwerks bestanden hat. Die Meisterprüfung ist vor einer von der höheren Verwaltungsbehörde zu bestellenden Prüfungskommission abzulegen. Vorher ist in jedem Falle ein von der Behörde ernannter Kommissar. Die Prüfung darf sich nur auf den Nachweis der Befähigung zur selbständigen Ausübung der gewöhnlich vorkommenden Arbeiten des Handwerks oder Handwerkszweiges und auf das Vorhandensein der zum selbständigen Betriebe des Handwerks notwendigen gewerblichen Kenntnisse (Wuch- und Rechnungsführung) erstrecken. Die unbefugte Führung des Meistertitels ist strafbar. Der Entwurf unter 2 geht von der Absicht aus, dem Handwerk zunächst eine allgemeine Vertretung in der Form von Handwerkskammern zu verschaffen. Diese Kammern sollen die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung des Handwerks durch tatsächliche Mittelungen und Erstattung von Gutachten unterstützen, sowie Wünsche und Anträge über Fragen des Handwerks beraten und den Behörden vorlegen. Angesichts der großen Meinungsverschiedenheit, die im Handwerk selbst noch über die demselben zu gebende Organisation besteht, und bei der Schwierigkeit deren Durchführung soll den Handwerkskammern ferner insbesondere die Aufgabe übertragen werden, bei der Organisation des Handwerks mitzuwirken und sich über den den Handwerkskammern zu gebenden Unterbau gutachtlich zu äußern. Der Charakter der Kammern ist hiernach als ein lediglich provisorischer gedacht und ihre Einrichtung würde hinsichtlich werden, wenn man schon in nächster Zeit zu einer definitiven Organisation des Handwerks gelangen sollte. Bezirke und Statut der Handwerkskammern sollen nach Anhörung von Vertretern der hauptsächlich betriebligen Handwerke unter Berücksichtigung der Innungen und sonstigen Handwerksvereinigungen von der Landes-Zentralbehörde festgesetzt werden. Das Wahlverfahren ist im Statut zu regeln. Den Innungen soll die Befugnis zustehen, einen im Statut näher zu bestimmenden Teil der Mitglieder zu wählen. Auch anderen Vereinigungen von Handwerkern soll eine besondere Wahlberechtigung eingeräumt werden können. Die Handwerkskammer soll sich bis zu 1/3 ihrer Mitglieder durch Wahl sachverständiger, um das Handwerk verdienter Personen ergänzen und Ausschüsse aus ihrer Mitte bilden können, welche befugt sein sollen, Sachverständige zu ihren Beratungen zuzuziehen. Hierdurch soll die Kammer in den Stand gesetzt werden, sich auch über fachgewerbliche Fragen gutachtlich zu äußern.

Der erhob sich mit einem ärgerlichen Gesicht, um zu gehen. Er stand schon in der Thür, da rief noch der Alte ihm zu:

„Sagen Sie Ihrem Don José Maria Villagra, mein verehrter Don Esteban, daß nach der Meinung eines ganz gewöhnlichen Friedensrichters in San Fernando er einen Prozeß gegen die Wittve des Dr. Wilson verliert, mag der Titel, den er besitzt, noch so ächt und authentisch sein.“

„Lassen Sie mich mit José Maria Villagra in Ruhe,“ rief erboht der Agent. „Der Mann ist schon todt. Mein Auftraggeber heißt German Wintersfeld.“

Der alte Richter ließ mitten im Schreiben seine er fallen, daß ein großer häßlicher Alex auf seinem sauberen Bogen entstand. Er schaute auf den Agenten hin, der ihm den Rücken zuwandte und rief, als dieser eben aus der Thür treten wollte: „Bleiben Sie doch noch, Don Esteban, einen Num werden Sie doch noch nehmen... das ist so Sitte bei mir, keinen Besuch ohne einen Imbiß zu entlassen.“

Der Agent drehte sich in der Thür um. Der Alte machte ein ganz anderes Gesicht als er bis jetzt gemacht hatte, wies auf den leeren Stuhl hin und brachte aus einem Koffer eine Flasche mit altem Rum.

„Auf Ihre Gesundheit, Don Esteban.“

„Danke Don Matias... Der Rum ist gut.“

„Ja... also Ihr Auftraggeber ist nicht Herr José Maria Villagra, sondern, wie sagten Sie doch nur...“

„Don German Wintersfeld in Buenos Aires... haben Sie noch nie von dem großen Bankhause gehört dort unten...“

„Nichts... ich komme über meine Kampfstadt nicht hinaus... und wie kommt Herr German Wintersfeld zu dem Rampe Cerro Desgracias...?“

„Sehr einfach, Don Matias; der verstorbene José Maria Villagra hat seine Anrechte auf den Rampe zu seinen Lebzeiten an Herrn German Wintersfeld übertragen oder verkauft.“

„Wissen Sie vielleicht, was Herr German Wintersfeld mit diesem Rampe beabsichtigt?“

„Ich glaube, er will eine Kolonie anlegen... oder auch nur spekulieren damit... es ist ein großer Spekulant müssen Sie wissen...“ (Fortsetzung folgt.)

Die aus der Einrichtung und Thätigkeit der Handwerkskammern erwachsenden Kosten sollen die Gemeinden des Bezirkes nach Verhältnis der Zahl der den Gemeindebezirken angehörigen selbständigen Handwerksbetriebe tragen. Die Gemeinden sollen ermächtigt sein, die Beiträge auf die einzelnen Handwerksbetriebe nach einem von der oberen Verwaltungsbehörde zu bestimmenden Verteilungsmasse umzulegen.

Auf Beschluß des Bundesrats soll die Errichtung von Handwerkskammern für solche Bezirke unterbleiben können, wo durch andere Einrichtungen (Gewerbelammern, Handels- und Gewerbelammern) bereits für eine ausreichende Vertretung der allgemeinen Interessen des Handwerks gesorgt ist. Mehrere Bundesstaaten sollen sich zur Errichtung einer gemeinsamen Handwerkskammer vereinigen können.

Man sieht, daß ein künstliches, höchst kompliziertes Gebäude geschaffen werden soll, eine ganze Reihe von neuen Innungsbehörden wird gebildet. So mancher Handwerker wird meinen, daß großartiges geschaffen wird. Haben sie aber erst die neuen Einrichtungen erprobt, so werden sie bald einsehen, daß mit derartigen Mitteln nichts geändert wird; in ihrem Kampfe gegen die Fabrikindustrie werden sie dadurch nicht unterstützt werden; nach wie vor werden die Handwerker von Jahr zu Jahr in steigender Zahl dem Wettbewerbe des kapitalkräftigen Großbetriebes unterliegen, von Lieferanten schlecht bedient, von Kunden schlecht bezahlt werden, von den Arbeitern mit ihren Forderungen bedrängt werden und dazu noch von Innungsausschüssen und Handwerkskammern besteuert und drangsalirt werden. Sie werden bald jammern über den Bürokratismus und die Drangsalirungen ihrer eigenen kleinen Behörden. Die alten Innungsmeister werden böse sein, daß sie das Monopol der Lehrlingshaltung nicht mehr ausschließlich genießen. Waren sie in der bisherigen Innung bloß unter sich, und lebten im wesentlichen in ihrer Innung im Frieden, so werden sie künftighin mit sozialdemokratischen und freimüthigen Meistern sich in der Verwaltung der Innung theilen müssen und harte Kämpfe auszufechten haben. Eine ganze Reihe von Mißlichkeiten und Feindschaften wird ob des Rechtes der Lehrlingshaltung, bei den Lehrlings- und Meisterprüfungen entstehen.

Wir stehen dem Entwurfe kühl bis an's Herz gegenüber, heiter kam uns an demselben bloß der Umstand stinken, daß man auch darin eine Waffe gegen die Sozialdemokratie, ein Mittel zur Stärkung des Mittelstandes sehen will. Wir haben, dies zeigt schon unsere vorläufige Kritik, allen Grund, uns gegen den Entwurf auszusprechen, abgesehen von allgemeinen Gesichtspunkten, schon wegen der Stellung, die man den Gesellen einzuräumen wagt.

Aber trotzdem werden wir nicht böse sein, wenn der Entwurf Gesetz würde, ja selbst wenn man den Innungsmeistern noch mehr entgegengelassen würde, ja selbst dann, wenn alle ihre Wünsche erfüllt würden, denn trotzdem würde an der heutigen Lage des Handwerks nichts geändert werden. Das Experiment durch die Bewilligung der Forderungen der Innungspolitik, das Handwerk lebensfähig zu machen, würde vollkommen misslingen und die Handwerker würden dann bald einsehen, daß sie auf falscher Fährte sind, daß ihnen als sozialer Schicht nicht mehr geholfen werden kann, daß die heutige Wirtschaftsordnung ihnen nichts bieten kann, daß für sie, als absterbende Klasse, nur ein Ausweg bleibt, auf die Illusionen zu verzichten, daß sie sich nichts mehr von der Wiederherstellung von Formen versprechen dürfen, die in der geschlossenen Stadtwirtschaft des Mittelalters angeordnet waren, im Zeitalter der Maschinen, der Revolutionierung der Technik, des Handels, der Weltwirtschaft nur ein kindlicher Mummenschanz sind. Die Binde wird ihnen dann von den Augen fallen, sie werden dann gelernt haben, daß ihr Kampf als Handwerker gegen die Maschine Thorheit war, daß sie in die Reihen derer gehören, die die Vorteile unserer Erfindungen und Entdeckungen, des ganzen Produktionsfortschrittes nicht mehr einzelnen wenigen, sondern dem ganzen Volke zufommen lassen wollen. Sie werden sich dann dem um seine Emanzipation kämpfenden Proletariat, der Sozialdemokratie anschließen. In diesem Sinne können wir auch den Versprechungen an die Handwerker noch Bescheid abgewinnen. Und so gilt auch hier für uns wieder der Satz: Es ist ein Theil von jener Kraft, Die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Politische Uebersicht.

Berlin, 29. August.

Zur Kennzeichnung der Wisnardschen Geopolitik. Der Blut- und Eisenmann verfolgte Frankreich gegenüber bekanntlich die Politik der Kaltwasserstrahlen und der brutalen Verheerung. Die Masse des Volkes wollte die Revanche, und nur durch eine riesenarmee könne Deutschland sich vor einem Einbruch der Franzosen behüten.

In seinem eigenen Blatte schreibt er jetzt (Siehe die „Hamburger Nachrichten“ vom 27. d. M.):

„Die Revanche-Leute in Frankreich sind mit jedem Jahre ungefährlicher geworden: Und jede Regierung weiß, daß ein Krieg die Republik vernichten würde.“

Ganz dasselbe haben wir hundertmal gegen die Wisnardsche Geopolitik geltend gemacht und wurden deshalb als „vaterlandslose Reichsfeinde“ verschrien.

Die Undurchführbarkeit des Sozialismus wurde auf dem Münchener Katholikentag von unserem guten Freund Bachem wieder einmal behauptet und in langatmiger Rede wissenschaftlich bleichmiedlich nachgewiesen. Wir rathen Herrn Bachem, seinen nächsten Vortrag über die Durchführbarkeit einer Luft-Eisenbahn auf die Sonne zu halten. Das hat einen Sinn, denn gibt es auch keinen vernünftigen Menschen, der an die Durchführbarkeit glaubt, so enthält doch ein jedes Vernehmen verschiedene Glauben.

„Aber für Narren schreibe ich nicht — wird Herr Bachem uns antworten.“

Am Ende, wenn der Sozialismus wirklich undurchführbar ist, alle Menschen, die an die Durchführbarkeit glauben, nicht auch Narren? Der brave Zukunftsstaatsmann merkt in seinem heiligen Eifer gar nicht, daß er durch die bloße Tatsache seines Versuches die Undurchführbarkeit des Sozialismus zu beweisen, seinen Glauben an die Durchführbarkeit des Sozialismus verrät.

Deutsches Reich.

— Wieder ein schweres Unglück in unserer Marine. Das Dampfschiff Bureau meldet:

Das Torpedoboot S 41 ist am 28. August nachmittags in der Nordsee gestrandet und untergegangen. Dabei sind extrunken: Oberleutnant Reichenberg, Oberfeuerwehrmann Plumm, Feuerwehrrichter Krüger, Obermatrosen Urban und Alkerkamp,

Oberleutnant Biese und Bähel, Matrosen Bruchhelt, Gannemann, Karsch und Schmidt, Feizer Vohle und Wimmers.

Eine uns zugehende Privat-Depesche aus Kiel ergänzt diese Meldung folgendermaßen:

Das schwere Unglück ereignete sich gestern um 5 Uhr nachmittags, es wird auf hohen Seegang zurückgeführt. Das Divisionsschiff 4 rettete den Leutnant Langemal und die Steuermannsmatrosen Jachob und Vogt.

— Die Abhaltung der Vassalle-Feier wird von der governementalen und dem mit ihr sympathisierenden Theile der Presse so inso als eine Demonstration gegen die Sedanfeier bezeichnet. Wie die Sozialdemokratie zu den Gedächtnisfeiern des deutsch-französischen Krieges steht, ist genügend bekannt. Jedenfalls bedarf es nicht erst demonstrativer Feiern, um die Stellung der Sozialdemokratie zu den Menschenfeindereien kund zu thun. In der That ist denn auch ein anderer Umstand die Ursache, daß die Vassalle-Feier am 1. September abgehalten wird. Vassalle ist bekanntlich am 31. August 1884 aus dem Leben geschieden. Der 31. August fällt diesmal Sonntag abends, der, wie jeder Wochentag, für die Mehrzahl der Arbeiter zur Abhaltung von Feiern ein ungeeigneter Zeitpunkt ist. Was lag nun näher, als die Gedächtnisfeier Vassalle's tags darauf, wie abgesehen, am Sonntag abzuhalten, wo auch die übrigen Familienmitglieder mit theilnehmen können, was an Wochentagen in der Regel nicht möglich ist. Auch im Ausland wird die Vassallefeier, soweit wir davon Kenntniß bekamen, am 1. September abgehalten. Beispielsweise haben die Arbeiter Budapests zur Vassallefeier den 1. September gewählt. In Ungarn giebt es, wie in Oesterreich, keine Sedanfeier; es ist dort also auch kein Anlaß zu einer Demonstration. Dort wie hier ist also bei der Wahl des Zeitpunkts eine rein praktische Frage maßgebend gewesen.

— Patriotische Unternehmer. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ und die „Nat.-Ztg.“ bestritten gestern, daß die Unternehmer Arbeiter zur Feier von „patriotischen“ Festen zwingen und den Arbeitern den Lohn für die hierdurch veräumte Zeit vorenthalten. Der „Nordd. Allg. Ztg.“ rathen wir, ihre amtlichen Verbindungen auch einmal zur Klarstellung dieser Sache auszunutzen. Vielleicht richtet sie an die Eisenbahn-Hauptverwaltungen in Tempelhof die Frage, ob in derselben seit Ueberrahme in die Staatsbahn-Verwaltung die Arbeiter nicht gezwungen wurden, an St. Sedan einen halben Tag zu feiern, wofür kein Lohn ausbezahlt wurde. Der „National-Zeitung“ mit ihren guten Verbindungen bei Unternehmern würden wir die Rechercheirung des folgenden Falles empfehlen:

In der Seifenfabrik, Kommandit-Gesellschaft, früher Ringert, Linienstraße, ist ein Kutscher, der am Kriege von 1870/71 theilgenommen hat, seit 28 Jahren gegen den fürlichen Wochenlohn von 18 M. beschäftigt. Derselbe nahm am 18. August d. J. am Veteranenappell am Tempelhofer Felde theil. Er bekam am Zahlungstagen seinen üblichen Lohn ausbezahlt. Der patriotische Unternehmer ließ aber am folgenden Tage von ihm 3 M. zurückfordern wegen der Geschäftsveräumung am 18. August.

— Feier des Sedantages in den preussischen Staatsbetrieben. Das Staatsministerium hat beschloffen, daß, soweit die Natur und die Bedürfnisse des einzelnen Betriebes es überhaupt gestatten, allen denjenigen Bediensteten, welche am Kriege 1870/71 theilgenommen haben, der diesjährige ganze Sedantag, den übrigen aber der Nachmittags freigegeben und in beiden Fällen der Lohn unverkürzt, gleich als ob gearbeitet wäre, gezahlt werde.

— Keine offizielle Sedanfeier in Neuss a. R. Greiz, 28. August. Das „Leipziger Tageblatt“ berichtet:

„Wie das „Greizer Tageblatt“ mittheilt, ist vom fürlichen Konsistorium auf das Gesuch militärischer Vereinigungen um einen der Erinnerung an die großen Ereignisse am 1. und 2. September 1870 gewidmeten Festgottesdienst bis jetzt ein amtlicher Bescheid noch nicht ertheilt worden, doch ist aus Aeußerungen maßgebender Persönlichkeiten zu entnehmen, daß die erbetene Genehmigung bezw. Anordnung verfügt werden wird, wie es bereits bezüglich der Gesuche von fünf Vereinen in anderen Orten des Landes geschehen ist. Die Theilnahme der Bürger Schulen an der Enthüllung des Bismarckdenkmals am 2. September ist vom fürlichen Konsistorium untersagt worden. Aus gleichen Gründen muß auch die Theilnahme des städtischen Gymnasiums unterbleiben! Im übrigen wird die „Jubelfeier“ sich großartig gestalten. Am 1. September findet für die Veteranen ein von der Stadt gegebenes Ehrenmahl, abends Fackelzug und Illumination statt. Am 2. September findet Auszug der Kinder und abends ein Festmahl statt. — Der Fürst M. a. R. wird sich vor dem 2. September nach Schloß Waldhaus begeben.“

Da wird ja die „Nordd. Allg. Ztg.“ ein Ausnahmefest gegen den Fürsten von Neuss a. R. vorschlagen müssen.

— Die Gewerbe-Ordnung soll an allen Ecken und Enden reformirt werden, bloß auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes soll alles beim alten bleiben. Der Abschnitt über die Innungen soll zur Freude der Jüngler reformirt werden und die Novelle zur Gewerbe-Ordnung, die der Reichstag in der letzten Session unerledigt ließ, soll seine nächste Tagung wieder beschäftigen. Offiziell wird hierzu geschrieben:

„Die Gewerbe-Ordnungs-Novelle, wie sie in der vorigen Session von den verbundenen Regierungen dem Reichstage vorgelegt wurde, hatte sich in dem auf den Titel III der Gewerbe-Ordnung bezüglichen Theile die Einschränkung des Haus Handels durch Beschränkung der Detail-Reisenden und Verschärfung der Bedingungen für die Ertheilung von Wandergewerbescheinen zum Ziel gesetzt; von der Einführung eines Bedürfnisnachweises für die einzelnen Verwaltungsbezirke, in denen der Haus Handel betrieben werden will, war jedoch abgesehen, obgleich im Bundesrathe selbst die bayerische Regierung großen Werth gerade auf diese Maßnahmen gelegt hatte und nur von ihr eine tatsächliche Einschränkung des Haus Handels, der durch die Einführung der Sonntagsruhe in den letzten Jahren eine beträchtliche Steigerung erfahren hat, erwartete. Obgleich nunmehr zu dem Votum der bayerischen Regierung auch dasjenige der Mehrheit der betreffenden Reichstagskommission getreten ist, so ist es doch nicht wahrscheinlich, daß sich gerade diese Maßregel in der etwaigen neuen Gewerbe-Ordnungs-Novelle vorfinden wird.“

Darüber werden die Jüngler, die im Kassamern an Strohhalm ihren Heil suchen, wieder zern. Der Verfasser der zitierten offiziellen Auslassung scheint übrigens nicht zu wissen, daß gerade in Bayern nach den Erhebungen des lgl. statistischen Amtes das Hausgewerbe mündigste im Rückgange begriffen ist. 1894 wurden 17778 Wandergewerbescheine ertheilt. 1893 waren es 18077, 1892 18614, 1891 19014.

— Die süddeutschen Regierungen und der neueste Verleppische Entwurf. In süddeutschen Regierungskreisen, so schreibt die „M. P. R.“, begegnen die auf die Zwangsorganisation der Handwerker abzielenden Pläne mehrfachen Bedenken. Man glaubt, befürchten zu müssen, daß insbesondere die Organisation der dort bestehenden Gewerbevereine durch eine anderweitige Ordnung der Dinge leiden werde.

— Herr v. Suene hat sein Mandat zum Abgeordneten des Reichstages durch seine Ernennung zum Direktor der preussischen Genossenschaftskasse erloschen, niedergelegt.

— Amtsrichter Dr. Becker in Dresden war wegen seiner Haltung in Sozialistenprozessen von unruhm Parteilosen Dingwis als besangen abgelehnt worden. Vor der Kammer des Landgerichts, die hierüber zu entscheiden hatte, begründete Ludwig die Ablehnung mündlich und durch eine schriftliche Eingabe, worin es u. a. heißt:

Amstlicher Dr. Becker ist Aktionär der hiesigen Waldschlösschen-Brauerei, derselben Brauerei, gegen die sich der vor Jahresfrist von meinen Parteigenossen unternommene Boykott richtete, in dem ich persönlich öffentlich hervorgetreten bin, also persönlich dem Amstlicher Dr. Becker in seinem Geschäft geschädigt habe. Dies dürfte auch dem Amstlicher Dr. Becker bekannt sein.

Am 5. Oktober 1894 wurden vom Amstlicher Dr. Becker die Sozialdemokraten Horn und Müller wegen Beleidigung des Gemeindevorstandes zu Löbtau zu 5 resp. 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil wurde später vom Landgericht wegen vorgekommener ganz auffälliger Rechtsirrthümer aufgehoben und das ganze Verfahren eingestellt.

Der Fischer und verantwortliche Redakteur Reinhard Heilmann wurde vom Amstlicher Dr. Becker am 24. Oktober 1894 wegen „groben Unfugs“ (Waldschlösschen-Boykott betr.) zu der gesetzlich zulässigen höchsten Strafe von 8 Monaten Haft verurteilt. In dieser Sache hat sich Amstlicher Dr. Becker, obwohl er selbst Waldschlösschen-Aktionär ist, nicht als Befangen erklärt.

Am 14. November wurde der sozialdemokratische Redakteur Dr. Georg Gradnauer vom Amstlicher Dr. Becker wegen Mißhandlung zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Das Landgericht hob am 14. Dezember das Urteil auf und ermäßigte die Strafe auf fünf Monate Gefängnis.

Arno Reichard, sozialdemokratischer Redakteur, wurde am 14. November vom Amstlicher Dr. Becker (in der Sache Hartmann und Genossen) zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen Beamten beleidigt haben sollte. In dieser Sache stellte das Berufungsgericht fest, daß gegen den Verurteilten überhaupt kein Strafverfahren vorlag. Jeder weiß, daß ohne Strafverfahren in einer Offizialbeleidigungssache eine Bestrafung nicht erfolgen kann. Amstlicher Dr. Becker hat es fertig gebracht, den Sozialdemokraten auch ohne Strafverfahren zu verurtheilen. Dieses Urteil wurde aufgehoben und das ganze Verfahren eingestellt.

Am 19. Juni 1895 hat Amstlicher Dr. Becker gegen den Stellmacher Grubner und Genossen verhandelt. In diesem Prozeß hat der Vorsitzende ganz unangebrachter Weise Bemerkungen in Bezug auf die Sozialdemokratie lassen und dieselben in einer Weise ganz unangebracht angefaßt, daß die Vermuthung sehr nahe liegt, Amstlicher Dr. Becker ist gegen meine Partei ganz auffällig befangen. Amstlicher Dr. Becker erklärte da, die betreffenden Angeklagten seien als Opfer des sozialdemokratischen Terrorismus zu betrachten.

Und wie entschied das Dreiböcker Landgericht über den Antrag unseres Genossen Lungwitz? Was Lungwitz angeführt hat, erscheint nicht geeignet, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit des Amstlichen Dr. Becker zu rechtfertigen, es ist vielmehr die Annahme begründet, daß Amstlicher Dr. Becker in den von Lungwitz zur Sprache gebrachten Strafsachen pflichtgemäß seines richterlichen Amtes gewaltet hat und dies auch in der vorliegenden Strafsache, welche übrigens mit dem Waldschlösschen-Boykott in keiner Weise zusammenhängt, thun werde. Das Abkündigungsgesetz Lungwitz wird daher für unbegründet erklärt.

Wir freuen uns schon darauf, wenn dem Staatssekretär des Reichs-Justizamts im nächsten Tage diese neueste Blüthe der sächsischen Rechtsprechung präsentiert werden wird.

— **Präselektologie.** In der Ministerial-Verordnung über die Ausführung des Volksschul-Gesetzes für Sachsen-Weimar-Eisenach findet sich nach der „Frankfurter Zeitung“ folgender Satz: Die Bestimmung, wonach die Verfügung von körperlichen Strafen in der Fortbildungsschule ausgeschlossen ist, kommt in Wegfall.

Also die Lehrer sollen auch noch 14—18 jährige Burschen mit Prügel regeln dürfen, um „den Unterricht zu fördern“! Wunderbarer Fortschritt!

Oesterreich.

— Folge des Lederringes. Aus Prag wird telegraphirt:

Die hiesige Schuhmacher-Genossenschaft beschloß, am 1. September die Schuhpreise um 15—20 pCt. zu erhöhen und bei der Regierung zu petitioniren, daß für Schuhwaaren für das Militär höhere Preise festgesetzt werden.

Schweiz.

— Der Herr Alt-Bundesrath Drog, der in den achtziger Jahren als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten der Schweiz seinem Vaterlande wenig Ruhm erwarb im Kampfe mit der Bismarcksippe, dafür aber den Züricher „Sozialdemokrat“ unterdrückte, die vier Genossen anweisen ließ, Fremdenpolizei und Bundesanwaltschaft schuf u. s. w., hat die neue Schweizergeschichte in drei Perioden: des Parlamentarismus, der Demokratie und — der Demagogie eingetheilt und dafür von der „Kölnischen Zeitung“ die Note I erhalten. Natürlich wegen der Demagogie, die nach Drog mit der 1891 eingeführten Volksinitiative für Partialisirung der Bundesverfassung eingetreten sei. Die schweizerische Presse leuchtet der „Kölnischen Zeitung“ und ihrem Kronzeugen gründlich heim; namentlich letzterem wird nachgewiesen, daß er an Fähigkeit und Verstand für sein hohes Amt als Bundesrath reichlich Mangel litt, daß ihm der Gesamt-Bundesrath sogar die Leitung des Auswärtigen in bestimmten Fragen aus den Händen nehmen mußte und daß er den Posten als Bundesrath schließlich verließ, weil ihm die Befolgung von 18 000 Fr. zu wenig war und er einige Tausend mehr einfallen konnte als Direktor des internationalen Bureaus für Eisenbahn-Rechtverkehr. Den Herrn Alt-Bundesrath Drog schenken die Schweizer gerne der „Kölnischen Zeitung“ mit Haut und Haaren.

Italien.

— **Protestwahlen.** Der vom Kriegsgericht verurtheilte Sozialist Barbato ist von den Genossen in Mailand und in Genua zum Kandidaten für die nächsten Wahlen aufgestellt worden. Diese Doppelwahl scheint gesichert, da kein Gegenkandidat vorhanden ist.

— Das Gleichgewicht im Etat soll hergestellt sein, so verkündete das Crispinische Ministerium laut in der Kammer und sollte sich bei dieser Gelegenheit die lauteften Lobspprüche. Mit diesen steht die folgende Depesche aus Rom im schroffsten Widerspruch:

Der Finanzminister Sonnino wird bei der Wiedereröffnung der Kammer mehrere Anträge einbringen, welche das nächste Budget ins Gleichgewicht bringen sollen. Namentlich soll die schwelende Schuld Italiens vermindert werden. Sonnino erklärte seinen Freunden, wenn er nicht die Hoffnung hätte, das Budget vollständig ins Gleichgewicht zu bringen, würde er seine Entlassung einreichen.

— **Wozu noch immer Geld da ist.** Aus Rom wird telegraphirt:

Der Kriegsminister hat mehreren Waffenfabriken Aufträge über neue Gewehrleistungen erteilt. Bis Ende dieses Jahres sollen 200 000 Gewehre neuen Systems fertiggestellt sein.

England.

— Das Parlament ist bis zum 7. September vertagt worden.

Belgien.

— Die Kammer hat sich nach einer außerordentlich langen Session auf unbestimmte Zeit vertagt. Vorher genehmigte die Repräsentantenkammer mit 68 gegen 55 Stimmen die Erhaltungsvorlage zum Kommunal-Wahlgesetz in der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung, nach welcher die proportionale Vertretung bei Stichwahlen zur Anwendung kommt.

Ruba.

— Die Aufständischen scheinen nicht bloß aus den Vereinigten Staaten, sondern auch bei den anderen amerikanischen Republiken Unterstützung zu finden. Die spanische Regierung hat deshalb bei der brasilianischen Reklamiert. Eine Depesche aus Madrid meldet hierüber:

Die spanische Regierung hat ihren Vertreter in Rio de Janeiro beauftragt, der brasilianischen Regierung Vorstellungen zu machen wegen der von offiziellen Persönlichkeiten den Insurgenten auf Ruba zugewandten Unterstützung.

Eine Meldung der „Times“ aus Havannah besagt, daß Marshall Martinez Campos sein Hauptquartier in Santa Clara aufgeschlagen hat, weil in dieser Provinz die Insurrektion fortwährend größere Dimensionen annimmt.

China.

— **Dementi.** Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten erfährt aus Peking, es sei unrichtig, daß der ehemalige Vizelkönig von Szechuen zum Leiter der Untersuchung über die Morbithaten in Kutscheng ernannt sei. Der Kaiser habe befohlen, daß der Vizelkönig während der Untersuchung über die Verhältnisse auf seinem Posten bleibe. Da wird der Vizelkönig es nicht schwer haben zu verhindern, daß die Wahrheit an den Tag kommt.

Münchener Katholikentag.

München, 27. August.

Grüne Mauerplakate verkünden, daß die Frauen heute keinen Zutritt haben. Die polizeiliche Weisheit hat damit verortheilt, wie sehr sie die Bedeutung dieser ganzen Veranstaltung überschätzt. Nicht geringer wie die polizeiliche Angst ist die überhebende Selbstgefälligkeit der Hauptredner des Tages. In ermunternden Variationen erklingt die Phrase von der einzig imposanten Größe gerade der Münchener Versammlung. Bezüglich des Besuches mag die Behauptung stimmen, denn die Bierstadt München läßt auf Gerechte wie auf Ungerechte ihre Anziehung. Hinsichtlich des Inhaltes der Veranstaltung bleibt die Phrase aber Phrase. Wir haben bereits einer Reihe dieser Generalversammlungen beruflich beizuwohnen müssen, die Münchener ist, was Begeisterung und Begeisterung der Ortsbevölkerung, was Gedankenstoffs der Reden anbelangt, die ärmste davon. Kein neuer Gedanke, und nicht einmal eine neue Form für die alten Gedanken: Hohes ermüdendes Pathos, doppelt ermüdend, nervend durch die ewige Wiederholung stereotyper Redensarten. Gewiß die Versammlung verfügt über ein wirkliches Fährlein gewandter und wissenschaftlich gesculter Redner, aber keine Köpfe, welche Farben genug hätten auf der Gedankenpalette um auch das Einseitige, das Verbissene, gefällig und geschmackvoll zu koloriren, sind nicht darunter. Wenigstens haben sie sich bis zur Stunde nicht gezeigt. Lebhaft in der Erinnerung steht uns noch das Bild des Katholikentages in der alten Stadt Erlau vom Jahre 1887. Welcher Enthusiasmus der gläubigen Bevölkerung, welcher Jubel, welche Begeisterung des dicht in der großen eigens erbauten Festhalle zusammengepressten Auditoriums. Welcher Genuß bot auch dem Gegner die rethorische und politische Festhaltung eines Windhorst; und wie wirkte die ganze gehobene Stimmung, und hob die größeren volkreichen Festungen eines Rades um viele Stufen höher. Selbst Herr Lieber hatte in jenem Willen eine glückliche Rednerstunde. Damals hieß es noch, der Thron hat zur Kirche zu kommen. Und jetzt? Der reisende Engel des Zentrums hält Wiereden zur Verpöndung bänderter katholischer Pfäfe. In der Domäne Windhorst's macht sich ein schwächliches Epigonengeflücht breit, die Bachem und die Orterer. Das webelt vor den Thronen und bietet seine Leistungen marktschreierisch an; und jedem freigegeben droht die Menge ihren dumpfen resignierten Beifall. Denn die Vielweilen haben hier Bravo zu rufen oder zu schweigen. Gehorham ist des Christen Schmach, auch wenn unreine Geister mit seinen Gefühlen Handel treiben.

Wir gegenüber am schmalen Tisch für die Presse sitzt ein junger Geistlicher, der Vertreter irgend eines Zentrumsblattes. Auf das rothe häßliche Gesicht beginnt der Fanatismus eben die ersten erstarrenden Schatten zu werfen. Jemand mag dem jungen Mann gesagt haben, daß ihm gegenüber einer der verachteten und belagerten sozialistischen Reher sitze. Und halb strafend, halb mitleidig, blickt der Gottesmann aus den träumerischen Ränderungen auf sein heidnisches Gegenüber.

Sieben giebt, nach Eröffnung der zweiten öffentlichen Versammlung, der Präsident Herr Dr. Bachem das Wort. Wie abschließend schaut der junge Gottesmann nach einmal zu uns herüber, denn Herr Bachem, so geht seit vorgestern die Sage, wird heute die verrückte Sozialdemokratie mit Stumpf und Stiel ausrotten. Total und radikal. Und Bachem sprach. Er begann nicht ungeführt mit dem Tode unseres Engels, der gestorben sei, wie er gelebt habe: ungläubig und unchristlich, und an dessen Grabe sich die ganze Frage erhebe: wird seine Weltanschauung das Christenthum ablösen, oder wird sie am Felsen des Christenthums zerbrechen? Der gläubige Christ habe die Antwort bereit: „Wie die Porten der Hölle das Christenthum überwältigen, so wird die Kirche den Sozialismus überwinden.“ Aber es sei doch möglich, mit der Waffe des Geistes diesen grimmigen Feind zu bekämpfen, damit der Sieg nicht durch grüne Blutes erlaufen werden müsse. Und Herr Bachem schwingt die Waffen seines Geistes. Es ist noch der alte Herr Bachem, der, wir denken mit Ergötzen daran zurück, im preussischen Landtag einst mit der Kommunalsteuer begann und beim — Klavierpiel der höheren Richter aufhörte. Aber heute stand er nicht einmal ganz auf der Höhe jenes denkwürdigen Sitzungstages vom Jahre 1892. Er gab einen kleinen und auch wie dürftigen Abriss von seinen bekannten Ergüssen in der Zukunftsstaats-Debatte des Reichstages. Der ultramontane Don Quijote aus den heiligen Hallen „kämpft“ gegen den von ihm selbst komponierten Zukunftsstaat. Dabei fehlt es nicht an heiligen Flächen gegen die Sozialdemokraten von heute: Zernichter der Autorität, des Glaubens, der Ordnung, der Eekelne der christlichen Weltordnung, Verächter der Sparsamkeit, Sohn des Liberalismus, dem Menschengestalt entschlicher Fanatismus. Theoretische Grundlage, nur erfinden, um die politischen Ziele zu führen. „Wäre diese Theorie nicht erfinden, so wäre eine andere erfinden worden.“ Er (der Sozialismus) regt die Eekelne auf, um das Denken zu verwirren. Er hat sich zuerst zu politischen Zwecken seinen Zukunftsstaat konstruirt, da aber die dazu passenden Menschen noch nicht vorhanden, so konstruirt er sie sich selbst hinein. (Hüchleres Vergnügen der heiligen Menge). Dann wird der Herr Abgeordnete noch geschmacklos und beschimpft die Führer der Sozialdemokratie, „die am wenigsten dem Idealismus entsprechen.“ (Wir wagen zu bezweifeln, daß Herr Bachem seinerseits als christlicher Idealist aufzutreten das Mandat hat; die „freie Liebe“ hat in der Dynastie Bachem allein wohl schon eine größere Rolle im Gegenwartsstaat gespielt, als bei allen sozialistischen Führern zusammengenommen.) Dann tödtet Herr Bachem den internationalen Sozialismus und beruhigt sich schließlich damit, daß die christliche Arbeit den Sozialismus überlegen sein werde, wie der christliche Geist den Geist des Liberalismus besiegt habe. — Eine kleine Weile, nachdem der Mann von Köln also den Sozialismus mit dem Schwert seines erhabenen Geistes niedergebroscht hatte, sagte unser geistliches Gegenüber neugierig und erwartungsvoll nach Ihrem Richterhatter hin. Da der Jüngling diesen ruhig und vielleicht ein wenig spöttisch und verächtlich lächelnd sitzen sah, riß er erstont und erschreckt die Ränderungen auf und schlug tief seufzend dreimal das Kreuz.

Ehe der nächstfolgende Redner, Herr Lehrer und Landtags-Abgeordneter Wörle, das Wort nimmt, verliest der Präsident ein aus Linderhof vom Prinzregenten eingetroffenes Antwort-

telegramm. Es spricht kurz den Dank für die Guldigung aus. Entrüstung malt sich auf allen Gesichtern.

Herr Wörle, der Volksschullehrer rath dann in nachfolgendem den Kollegen seines Standes die Selbstentmannung an. Der Kampf um die Schule sei für das Christenthum ein Kampf auf Leben und Tod, denn das Gespenst des Sozialismus gehe schrecklich um. Aber dasselbe könne nur durch den christlichen Charakter der Jugendziehung und nicht durch ein Umsturzegeß bekämpft werden. Dabei sei die Religion das Lebenselement der Schule. Natürlich nicht das Selbstfabrikat der modernen Pädagogen, sondern die echte katholische Religion. Mit der Forderung der Trennung der Kirche von der Schule gehen Hand in Hand der Schulliberalismus und der Schulsozialismus, Vater und Sohn. Dann geht es weiter gegen Freimaurer, Sozialisten u. s. w., endlich kommt Redner zu seinen Forderungen, welche lauten: Die Konfessionsschule und nur die Konfessionsschule, auf welche die Kirche ein unveräußerliches Recht habe. Desgleichen müssen konfessionelle Lehrerbildungsanstalten verlangt werden und bei Anstellung der Lehrkräfte müsse der Kirche ebenfalls Einfluß zugestanden werden. Konfessionell müsse auch das Lehrbuch sein. Weiter werde gefordert Reform des Lehrplans; Lesen, Schreiben und Rechnen genüge für die Erziehung, und ferner kirchliche Schulaufsicht.

Darauf bestiegt Herr Dr. Orterer das Podium, um über „Umsturz in Wissenschaft und Schule“ seinen Geist leuchten zu lassen. Der Kampf um die Schule behag sich aus auf die Mittelschulen, auf die Hochschulen. Nach langwierigen Auseinandersetzungen über die Mittelschulen, ganz in der Weise des Borredners, beklagt Herr Orterer die Religionslosigkeit und Religionsfeindlichkeit vieler Universitätslehrer, ohne auch hier der alten Leier einen neuen Ton zu entlocken. Der Weisheit Schluß geht dahin, daß dem Umsturz in der Wissenschaft der Aufbau durch die wissenschaftliche Arbeit katholischer Männer entgegengekehrt werde. Und alle konservativen Männer müssen sich noch nebenbei zusammenthun, um den „Umsturz im Salon“, die Verbindung von Liberalismus, moderner Kunst etc. und Radikalismus zu bekämpfen.

Als letzter Redner in vorgedachter Stunde verbreitet sich Reichs-rath Dr. Hertling über: „Rom und der Papst im Jahre 1895“. Sehr formvollendet, sehr eindringlich, aber ohne neue Gesichtspunkte, schildert der Herr Professor die Lage des „Gefangenen im Vatikan“. Er hält zur Vethätigung der Souveränität der Kirche, die Wiederherstellung der päpstlichen Welt Herrschaft für notwendig und erhofft diese Wiederherstellung von dem Druck der öffentlichen katholischen Meinung.

Partei-Nachrichten.

— **Agrarprogramm.** Der Sozialdemokratische Verein in Köln schloß die Diskussion in seiner zweiten Versammlung durch folgende, von Hengs bach eingebrachte Resolution ab, die mit allen gegen 3 Stimmen angenommen wurde: „Die Versammlung spricht sich entschieden gegen den Entwurf der Agrarkommission im Ganzen und nur zustimmend zu kleinen Einschüebungen am Schlusse bezüglich des Arbeiterjahres aus. Nach der Auffassung der Versammlung widerspricht der Entwurf in seinen Grundlagen wie in seinen Konsequenzen dem sozialrevolutionären Charakter der Partei. Zudem würde seine Durchführung unter allen Umständen seinen Zweck, die Bauernschaft zur revolutionären Partei zu machen, nicht entsprechen, sondern vielmehr geeignet sein, die heute bestehende Gesellschaftsordnung durch künstliche Konseroirung des Bauernlandes noch auf unabsehbare Zeiten hinaus aufrecht zu erhalten und damit den natürlichen ökonomischen und politischen Entwicklungsprozeß zu hemmen. Sie hält die bestehenden Forderungen des Erfurter Programms, mit Ausnahme der den Arbeiterjahre betreffenden, welche etwas zu ergänzen sind, für ausreichend, die sozialdemokratische Agitation auf das platte Land zu tragen, und spricht demnach die Erwartung aus, daß der Parteitag zu Breslau den Entwurf der Agrarkommission ablehnen werde. Gleichzeitig spricht die Versammlung den Wunsch aus, der Parteivorstand möge dafür Sorge tragen, daß das Agrarprogramm als einer der ersten Punkte dem Parteitage vorgelegt werde, falls dasselbe nicht inzwischen von der Agrarkommission noch überhaupt zurückgezogen würde.“

In Frankfurt a. M. setzte Dr. Quard sein Referat über das Agrarprogramm in einer zweiten Versammlung fort. Nach dem Bericht der „Vollstimme“ führte er aus: Der allgemeine Charakter des von der Agrarkommission vorgeschlagenen Programms wird durch die Resolution bestimmt, die der vorjährige Frankfurter Parteitag angenommen hat und der auch unsere Delegirten, sowie diejenigen der benachbarten Wahlkreise mit Begeisterung zustimmen: „Der Bauernschaft soll die Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirth vor Nachtheilen bewahren.“ (Protokoll S. 135). Dadurch hat die Partei ihren Standpunkt festgelegt und sie kann ihre Ansicht doch nicht alljährlich wechseln wie einen Rock. Die schwierigen landwirthschaftlichen Verhältnisse sind eben anders zu betrachten als die industriellen. Die maschinelle Technik kann uns niemand mehr nehmen, kein Stumm und kein Krupp und kein Baare. Aber Leute wie Fürst Bismarck, wenn wir der Entwicklung ruhig ihren Lauf lassen wollen, wie in England durch Vernichtung des Adelsstandes und Verwandlung in Jagd- und Weidgründe unserer Volksernährung den Boden entziehen, während umgekehrt Deutschland bei guter, fortschreitender Bodenkultur vielleicht in absehbarer Zeit seinen ganzen Getreidebedarf zu decken vermöchte. Ausgaben für Verbesserung der Landwirtschaft sind allgemeine Kulturaufgaben; jede Neuerung, welche der Staat auf dem flachen Lande einführt, jede Bahn und jeder Kanal revolutioniren neue Gebiete, die bis jetzt als abgeschlossene Winkel dalagen. Was aber die zu schützenden Personen anbelangt, so sind uns die Groß- und Mittelbauern mit Knechten und Mägden natürlich herzlich gleichgültig. Wir haben uns lediglich um den schon halb proletarisirten Kleinbauer zu kümmern, der mit Familie in Deutschland eine Bevölkerung von ca. 15 Mill. ausmacht. Er ist schon jetzt vielfach mehr bedrückt, als der städtische Arbeiter. Und das tiefste Elend erzeugt kein zielbewußtes, sondern das Lumpenproletariat, das uns schadet. Wir bemühen uns, auch den städtischen Arbeiter nicht in das tiefste Elend verfallen zu lassen. Man hat sich den etwas ledigen Witz erlaubt, zu sagen, unseren Engels habe das Agrarprogramm unter die Erde gebracht. Aber Engels hat sich zum Agrarprogramm gedankt, noch ehe er uns entrißen wurde, vor wenigen Monaten in der „Neuen Zeit“, 1894/95 (I. Band, Nr. 10). Er kritisirte die Franzosen, aber er war sachlich genug, zuzugeben: „Wir stehen entschieden auf der Seite des Kleinbauern; wir werden alles nur irgend zulässige thun, um sein Loos erträglich zu machen. . . Je größer die Anzahl der Bauern ist, denen wir den wirklichen Absurz in das Proletariat ersparen, desto rascher vollzieht sich die gesellschaftliche Umgestaltung. . . Die materiellen Opfer, die in diesem Sinne im Interesse der Bauern aus öffentlichen Mitteln zu bringen sind, sind eine vortreffliche Anlage und ersparen vielleicht den zehnfachen Betrag bei den Kosten der gesellschaftlichen Reorganisation überhaupt.“ So unser verlorener Vorkämpfer, und wo er stand, da darf die Agrarkommission auch stehen.

Die einzelnen Forderungen nun, welche die Agrarkommission aufgestellt hat, haben nicht alle dieselbe Wichtigkeit. Das versteht sich von selbst. Und über die Fassung lassen wir überall mit uns reden. Die vielfach mißverstandene Einleitung zum ganzen zweiten Theil des Programms will weiter nichts besagen als: wir werden den jetzigen reaktionären preussisch-deutschen Staat nicht heute abschaffen und morgen den sozialistischen organisiren. Dazwischen wird ein langes Uebergangsstadium liegen, in welchem wir Schritt für Schritt die Demokratisirung

des Staatswesens erzwingen. Und mit jedem Schritt in dieser Richtung vorwärts können wir auch im demokratischen Sinne gemeinte wirtschaftliche Reformen im Interesse der Arbeiter und Kleinbauern, immer neue Maßregeln gegen die gänzliche Proletarisierung und für die technische Vervollkommenheit der Industrie und der Landwirtschaft durchsetzen. Darin stehen wir alle zu Bebel: was nicht in der Linie dieser Fortschritte liegt, taugt für uns nicht. Punkte, über deren Aufnahme in das allgemeine Programm man gewiß streiten kann, sind das landwirtschaftliche Schulwesen, das freilich bei der Junkerfeindschaft gegen alle Schulbildung auf dem Lande wohl besonders betont zu werden verdient, die Abschaffung aller Rechte von Erbuntertänigkeit, die Ueberrahme und Instandhaltung der Verkehrs-mittel, die Verstaatlichung der Versicherung, die aber der von uns so oft beantragten Verstaatlichung der Apotheken doch gewiß nicht nachsteht, sowie die Wald-, Weide- und Jagdrechte. Die Punkte mögen sich besser, richtiger im einzelnen formuliert in einer besonderen Bauernagitations-Broschüre aufstellen lassen. Von grundlegender Wichtigkeit ist dagegen die Vermehrung und Erhaltung des öffentlichen Grundeigentums, sowie die Bewirtschaftung durch Genossenschaften von Landarbeitern und Klein-pächtern und der Staatskredit an letztere. Wir wollen ja keine Pflanzengruppierungen zur Entsehung der Kapitalisten, wie Basse, die mit einem Pflanzengruppierung sofort ins Leben treten wollen. Das wäre freilich eine Utopie. Wir wollen lang-same, allmähliche Förderung des Genossenschaftswesens in den Einzelgeweisen, in denen es sich bewährt hat, und auch Kautsky muß zugestehen, daß wir in genossenschaftlichen Betrieben den rationelleren sehen, sonst wären wir nicht Sozial-demokraten." Die Hypothekendarlehen hat ebenfalls keinen geringeren Gewährsmann als Engels, und die Aufhebung der Grundsteuer hat längst im alten Programm gelegen.

Endlich sprechen für die Einigung auf ein gemeinsames Kleinbauern-Programm noch eine Reihe taktischer Erwägungen. Nehmen die Genossen für jeden einzelstaatlichen Landtag (z. B. Hessen und Baden) ihre besonderen Programme für die Landbevölkerung auf; in den landlichen Reichstags-Wahlkreisen agitiert jeder Kandidat auf eigene Faust. Hier muß durch ein gemeinschaftliches Programm eine größere innere Einheit erzielt werden. Ebenso müssen wir uns den ausländischen Bruderparteien nähern, die längst ihre Landagitations-Programme haben, im Interesse des internationalen Zusammengehens. Solche Gesichtspunkte sind wichtiger, als die, ob die heutige Agrar-kommission in dem einen oder anderen Punkte fehlgegriffen hat. Mit dem bloßen Verneinen à la Eugen Richter ist es nicht ge-tan. Jeder Genosse, der uns sagt, wie es besser gemacht werden muß, ist uns willkommen. So sollten auch die Beschlüsse der Versammlungen lauten, die jetzt so zahlreich stattfinden und ein erfreuliches Zeugnis für die Regsamkeit innerhalb der Partei sind: wir haben dies und jenes auszuführen, aber wir wollen auf einer gemeinsamen Grundlage weiterarbeiten. Die klein-bäuerliche Bevölkerung liefert heute noch zum größten Theil die Elemente, die einst die Nordstaaten gegen ihre eigenen Brüder der Arbeit lehren sollen, und sie liefert ferner die Lohn-drücker und Arbeitverflechter, welche den gewerkschaft-lichen Kampf in den Städten erschweren und zum Theil unmöglich machen. Gerade die städtischen Arbeiter haben alles Interesse daran, daß die kleinbäuerliche Bevölkerung, die nach der Stadt strömt, nicht um jeden Preis Arbeit sucht und wenigstens etwas aufgefressen ist. Mögen sie mithelfen, den angeblich antisoziali-stischen Bauernschädel zu gewinnen, damit das große Bündnis zwischen städtischen und landlichen Proletariaten und proletarischen Kleinbauern eine weitere feste Sicherheit für den Erfolg unserer Kulturbestrebungen biete.

An den Vortrag knüpfte sich eine interessante Diskussion. Ruoff führte aus: Genosse Quard hat in der Versammlung vor acht Tagen gesagt, daß in den letzten Jahren innerhalb der Partei ähnliche Vorschläge gemacht worden seien, wie heute von der Agrarkommission. Das ist doch merkwürdig. Wir fragen: Weshalb hat man denn diese Vor-schläge nicht verwirklicht? Antwort: Weil man die ungeheueren Schwierigkeiten in der Durchführung der Vorschläge erkannte. Betrachten wir die Vorschläge der Agrarkommission näher, so sehen wir, daß beispielsweise durch die Verstaatlichung der Hypotheken das Privateigentum sanktioniert wird. Ebenso wie der Bauer kann auch der Handwerker kommen und Kapitalisten vom Staat verlangen. Von den übrigen Vorschlägen der Agrarkommission ist zwar einiges brauchbar; aber ein-für allemal so etwas im Programm festlegen zu wollen, ist dringend zu widerrathen. Wir können nicht wissen, ob es nicht schon in 10 Jahren überflüssig geworden ist. Alle Augen-blicke aber Änderungen am Hauptprogramm vorzunehmen, ist unthunlich. Solche Nebenbdinge, praktische Fragen des Augen-blicks, passen für Aktionsprogramme und sind in den einzelnen Provinzen verschieden aufzustellen. Im übrigen, verfallen wir doch nicht in den Fehler der Antisemiten, den Bauern etwas zu versprechen, was wir nicht halten können! Ferner, wenn der Bauer etwas hört vom Koalitionsrecht der landlichen Arbeiter und der Aufhebung der Gesinde-Ordnung, wird er uns die größte Opposition machen, da er egoistisch ist bis zum äußersten. Daß die Agrarkommission Studien angefertigt hat, ist zu begrüßen; die Arbeit wird nicht vergeblich sein. Daß praktische Brauchbare, das sie zu Tage ge-fördert hat, wird bei uns Verwendung finden. Doch machen wir den Bauern keine zu großen Hoffnungen. Sagen wir ihm rund heraus: „So lange die Klassenwirtschaft besteht, können wir Euch nicht helfen.“ Palliativmitteln werden den Untergang der Kleinbauern nicht verhindern. Wir werden vom Auslande mit Getreide überschwenmt werden. Diese Konkurrenz wird der Bauer nicht ertragen können. Die Furcht des Genossen Quard, daß wir nicht Getreide genug haben könnten, wenn infolge unserer Vernachlässigung der Bauern-stand zu Grunde ginge, ist unbegründet, angesichts der großen Zufuhr aus dem Auslande. Mein Endurtheil geht dahin: Der Bauer wird einzelne, von der Agrarkommission ge-machte Vorschläge akzeptieren, darum aber noch lange kein Partei-genosse werden, bis er proletarisiert ist.

Fleischmann erklärt: Ich habe auf dem Frankfurter Parteitag auch zugehört, daß der Agrarfrage näher getreten werden solle. Daß aber ein meterlanges Agrarprogramm dabei herauskommen würde, habe ich nicht erwartet. Ich bin mit der Vorlage nicht einverstanden. Gewundert habe ich mich darüber, daß Genosse Quard sich bei seinem Referat auf Kautsky gelehrt hat, welcher ehemals für die Emancipation der Bauern eingetreten sei. Wenn Kautsky jetzt in der „Neuen Zeit“ anders spricht, so hat er eben bewiesen, daß er mit der Entwicklung fortgeschritten ist. Das Erfurter Programm verlangt Vergesellschaftung von Grund und Boden. Was will dagegen die Agrarkommission? Sie will Reformen „im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung.“ Das ist der Kardinalpunkt in der ganzen Debatte über das Agrarprogramm. Wir sollen nach der Kom-mission dem Bauer in der Gegenwart Hoffnungen machen. Weshalb denn nicht auch dem Handwerker? Mit der Maschine hat dem Handwerk die letzte Stunde geschlagen. Die aufgelaufenen Elemente unter den Handwerkern stehen deshalb schon lange in unseren Reihen. Die Agrarkommission verlangt nun von uns, daß wir den Handwerkern zusetzen sollen: Euch können wir nicht helfen! Aber Dir, Bruder Bauer, wollen wir zur Seite stehen! Genosse Quard meinte, wir müßten mit den Bauern eine andere Sprache reden, damit sie uns verstehen. Aber infolge der Entwicklung des Verkehrs und der ganzen Wirtschaft ist Stadt und Land schon so nivelliert, daß es wirklich nicht nötig ist, in der Stadt so und auf dem Lande anders zu reden. Die Bauern gehen zu Grunde infolge der Entwicklung der ganzen Verhältnisse. Sie mögen sich damit trösten, daß es ihnen so geht, wie so vielen Millionen anderer Proletarier. Von dem Augenbilde an, wo wir dem Bauer helfen, wird er regierungsfreundlich, reaktionär werden. Wir sollen uns nach der Ansicht der Agrarkommission ver-

halten für eine untergehende Klasse! In 10 Jahren wird die Zahl der bäuerlichen Häubnisse ungeheuer gewachsen sein, welche nichts mehr ihr eigen nennen können, als eine ver-fallene Hütte. Wie industrielle Arbeiter, welche durch einen Glücksumstand zu irgend einem Besitz gelangt sind, sich von uns abwenden, wie viel mehr noch der Bauer, der ein richtiger Eigentumsteufel ist, wenn wir ihn in seinem Besitze befestigen! Wir sollen nach der Kommission Luftschlöffer bauen und wissen nicht, ob jemand darin zu wohnen vermag. Unnehmbar im Ent-wurfe sind allein die letzten Vorschläge: Sachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf die Landwirtschaft, die Organisation der Landwirtschaft in Kreutern und Kammern, landwirtschaftliche Schiedsgerichte, Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung, reichsrechtliche Ausdehnung der Versicherung auf alle im Lohn- und Dienstverhältnis stehenden Personen. Diese Vorschläge sind deshalb annehmbar, weil sie den Schutz des landlichen Proletariats verlangen. Ich schlage vor, daß der zu wählende Delegierte nur für das landliche Proletariat ein-treten soll. In der Kommissionsvorlage sind Genossenschaften gefordert. Wie wird sich die Regierung dazu stellen? Werden wir doch einmal auf die sozialreformatorische Tätigkeit der Re-gierung hin. Wenn gute Fabrikinspektoren etwas ordentliches für die Arbeiter fordern, so werden sie denunziert und erhalten Rastensläber. Von der Regierung, welche die Spitze der kapitalistischen Wirtschaftsführung ist, ist nichts zu erwarten. Sie wird nie die geforderten Genossenschaften unterstützen! Unsere Tätigkeit muß darin bestehen, daß wir die Proletarier zum Klassenbewußtsein bringen. Erst wenn das Proletariat die Macht in der Hand hat, wird eine Reform möglich sein!

Elbert bemerkt: Genosse Quard hat viel über die Ent-ziehung des Agrarprogramms, aber wenig über das Programm selber gesprochen. Aus den Einleitungsworten der Vorschläge geht hervor, daß die Besiehenden in Landwirtschaft, Ge-werbe u. s. w. geschützt werden sollen. Das werden sich die Bauern gern gefallen lassen, nie aber werden sie für die landlichen Arbeiter eintreten. Der Auf-hebung der Gesinde-Ordnung werden sie sich mit allen Kräften widersetzen. Der Bauer sagt: Ich stehe mit meinem Knechte nicht auf einer Stufe. Genosse Quard hat gesagt, wir könnten heute unmöglich einen anderen Standpunkt einnehmen, als vor einem Jahre auf dem hiesigen Parteitage, welcher beschloß: „Der Bauernschutz soll den Bauern als Steuerzahler, als Schulden, als Landwirthe vor Nachtheilen bewahren.“ Genosse Quard hat aber vergessen hinzuzufügen, daß in der Resolution nirgends von einem Einschießel in das Hauptprogramm die Rede ist, wie es die Agrarkommission aus-gearbeitet hat. Ich bin der Meinung, daß einige Punkte in den Vorschlägen annehmbar sind, daß diese aber nicht in das Programm gehören. Das Programm würde sich thätiglich zu einem Nisipferde anwachsen, wenn wir, auf die Bedürfnisse aller Erwerbszweige Rücksicht nehmend, Forderungen für diese ins Programm ein-stellen, wenn wir allen untergehenden Klassen helfen wollten. Genosse Quard hat gesagt, zu den Bauern müsse eine deutlichere Sprache geredet werden. Aber selbst die Vorschläge der Agrar-kommission werden von den Bauern nicht verstanden werden. Ich werde für eine Resolution eintreten, in welcher gefordert wird, daß alle Unterabtheilungen der Agrarkommission ihre Ent-würfe bekannt geben sollen.

Die Diskussion wird nächsten Dienstag fortgesetzt.

Eine Parteikonferenz für die fränkischen Wahlkreise Hof, Bayreuth und Kronach-Lichtenfels tritt Sonntag, 8. September, vormittags 9 Uhr, in Schwarzenbach a. S. im Lokale des Herrn Schirmer zusammen, um über folgende Punkte zu verhandeln: 1. Bericht der Vertrauensleute, 2. Bericht über den Stand des Parteiblattes, 3. Organisation und Agitation, 4. Stellungnahme zum Agrarprogramm-Entwurf (Referent: Redakteur D. Städel), 5. Stellung zum Partei-tag in Breslau, 6. Anträge.

Als Reichstagskandidat für den 7. württembergischen Wahlkreis Calw-Neuenbürg wurde von einer Delegierten-Konferenz in Calw der Parteigenosse P. Benz aus Stuttgart aufgestellt.

Babische Landtagswahlen. Für den 11. Kreis ist an stelle des zurückgetretenen Parteigenossen Röder der Partei-genosse Wohlschlegel aus Neckarau als Kandidat auf-gestellt.

Zu dem Protest, den der Pforzheimer Verein „Vorwärts“ gegen die Kandidatur des Parteigenossen Stroh erhoben hat, schreibt der „Offenburger Volksfreund“ noch: „Soweit wir nun über die Verhältnisse informiert sind, hat der (größere und ältere) sozialdemokratische Verein zu Pforzheim sich nach einem unparteiischen und in Arbeiter wie Bürgerkreisen be-liebten und geschätzten Kandidaten (nämlich Stroh) umgesehen und ihn in einer kombinierten Parteiversammlung zum Vorschlag gebracht. Der Vorgesetzte wurde von der Mehrheit akzeptiert, und es wäre Pflicht des Vereins „Vorwärts“ gewesen, sich dem Mehr-heitsbeschuß zu fügen. Daß er das nicht thut, beweist für uns, daß der „Vorwärts“ Sonderinteressen pflegt. Die Folgen dieses Verhaltens wird er sich selbst anzuschreiben haben. Wer in der gegenwärtigen Reaktionsperiode noch derartige verwerfliche Obstruktionspolitik treibt, der verdient nicht den Namen Sozial-demokrat.“

Ans Rabenau in Sachsen wird uns geschrieben: Als die Schreckensklänge von der Verurtheilung des Genossen Schröder und seiner Kameraden hier bekannt wurde, entschlossen sich sofort hiesige Arbeiter, eine Sammlung zu Gunsten der Familien der Verurtheilten zu veranstalten. Um jeden Konflikt mit der viel-gewandten sächsischen Polizei zu vermeiden, suchten wir um Ge-nehmigung bei der Amtshauptmannschaft nach. Die Genehmigung wurde aber wider alles Erwarten verweigert und zwar mit der Begründung, für Leute, die wegen Meuterei ver-urtheilt wurden, könne eine Sammlung nicht genehmigt werden; für diesen Fall sei ja die amtliche Armenunterstützung in Best-stand da. Etwas anderes seien Sammlungen für Abgebrannte, Ueberschwennte u. dgl.

Oder für so arme Leute wie Bismarck, wollen wir hinzu-fügen. Ein merkwürdiger Standpunkt für eine Behörde des „christlichen“ sächsischen Staates, schuldlöse Frauen und Kinder das angebliche Verschulden ihrer Ernährer entgelten zu lassen.

Aus Straßburg i. G. wird dem Offenburger „Volks-freund“ geschrieben: Obwohl die Straßburger Polizeibehörde, sowie das babische Bezirksamt Kehl in genügender Weise bekannt machen ließen, daß die öffentliche Versammlung in Neu- und I. verboten sei, fanden sich letzten Sonntag trotzdem einige hundert Genossen ein, um den Wirth für sein mannhaftes Ausbarren einigermaßen zu entschuldigen. Noch auf lässlichem Boden wurde der — Sozialdemokrat bereitwillig. In Kehl sah es ganz russisch-sah-lotztrigig aus, jedoch wir uns gerade läßteln, nun — wie man sich in Elsas-Rothringen fühlt, so recht freizeitlos. Armes Land Baden! Und die Sonne schien so heiß und schön, als wollte sie die Freiheit mit leuchtender Schönheit empfangen. Als wir in Neumühl Einkehr hielten, fiel uns sofort auf, daß in jedem Haus Dragoner waren. Uns wurde wirklich gruselig. Endlich wurde das Dragoner-Müßel gelöst. Die Bauern hatten Ein-quarterung. Darum wohl auch die und da die faueren Gesichter unserer wackeren Bauernleute. In der „Sonne“ wurden wir von drei Gendarmen empfangen. Im schattigen Garten warteten wir der Dinge, die da kommen sollten. Endlich nach 3 1/2 Uhr ungefähr kamen zwei fein gekleidete Herren angefahren. Der Garten wurde einer genauen Besich-tigung unterzogen und dann mit den Gendarmen betreten. Einige unserer fangesundigen Genossen stimmten heitere und inhaltvolle Lieder an. Jedermann war ganz Ohr, allen gefiel es. Gegen Abend wurde zum Schluß die Marschlaute angestimmt, wozu auch der oben erwähnte Besuch sich einfindet. Die ersten zwei Verse schienen den Herren zu gefallen, wie einige unserer Genossen

auf ihren Blicken deuten wollten. Beim dritten Verse aber wurden wir mit Stentorstimme unterbrochen: „Sie singen: Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, meine Herren, das freie Wahlrecht ist verboten.“ Es ist unglaublich aber wahr. Ein im Denkvorgang etwas beschränkter Mann trat auf mich zu und sagte: „Sehen Sie, in Baden haben sie kein freies Wahlrecht, man darf nicht mal davon singen.“ Ich mußte dem Mann recht geben, denn wir hörten es gerade sagen. Der Garten wurde von der Gendarmerie geräumt und mit sonderbaren Meinungen verließen wir unser liebes Neumühl. Auf dem Wege nach Kehl konnte man manches frächtige Wörtchen hören. Wie bei unseren Märchen es immer der Fall ist, wurde ein lustiges Lied ge-sungen; aber auch dieses harmlose Vergnügen sollten wir nicht ungestört genießen. Die zwei feingekleideten Herren fuhren nach Kehl zurück und in vollem Trapp in unsere Reihen hinein, sobald sich die Pferde aufbäumten. Der größere blonde Herr erklärte sich nochmals; mit voller Kraststimme und mit geballten Fäusten rief er uns zu: „Jeder hüte sich selbst vor Schaden.“ Wie konnten auch unsere Genossen verlangen, daß die Herren an unseren Reihen vorbei im Schritt fahren sollten? Da „hütete sich eben jeder selbst vor Schaden!“ — — — Genossen, beherzigt diese Worte! Es sind goldene Worte. Wählen wir nächstes Jahr einen besseren Gemeinderath, der uns Lokale zur Ver-fügung stellt; dann haben wir nicht mehr nötig, die badische Gastfreundschaft in Anspruch zu nehmen. „Jeder hüte sich selbst vor Schaden!“ Genossen, beherzigt diese Worte!

Todtenliste der Partei. In Zwidau-Pölsch ist der Berginvalid Karl Moriz Schnert gestorben. Das „Sächs. Volksblatt“ stellt ihm das Zeugnis aus, daß er das Muster eines pflichtgetreuen Parteigenossen war.

In München starb der Hafnergehilfe Georg Pierl-meier, seinerzeit Vorsitzender der dortigen Organisation seines Berufs und in guten wie schlimmen Tagen als Parteigenosse wohl bewährt.

Polizeiliches, Gerichtliches u.

— Auf Antrag des Staatsanwalts in Weutben (Oberschlesien) nahm in Berlin die Polizei am Mittwoch eine Haus-suchung in den Räumen der Redaktion und der Druckerei der „Gazeta Robotnicza“ vor, wobei sie nach einem Flugblatt forschte, das in den seit 3 Jahren nicht mehr existierenden Buchdruckerei von Siller u. Janigowski hergestellt worden sein soll und dessen Text mit den Worten beginnt: „Genossen! Brüder! Arbeiter!“ und mit den Worten schließt: „Es lebe die Arbeiterklasse!“ Die Haus-suchung war vergeblich. Die Polizei mußte unverrichteter Sache wieder abziehen. Wie wir hören, soll einem Weutbener Genossen, in dessen Besitz sich das Flugblatt befand, der Prozeß gemacht werden. Was nach drei Jahren in dem Flugblatt schlimmes entdeckt worden ist, wird man ja hören.

— Ein Prozeß wegen Beleidigung des Gendarmen Münter ist gegen unseren Genossen Dr. Büngenau in Dortmund anhängig gemacht.

— Wegen Beleidigung des Polizeiverwalters Witschel in Tilsit wurde der Redakteur der „Königsberger Volkstribüne“, Genosse Karl Lorenz, zu 3 Wochen Gefängnis verurtheilt.

— Wegen Beleidigung von Polizeibeamten, verübt durch eine Lokalnöth mit der Spikmarke: „Die Tumulte entstehen können“, wurde der verantwortliche Redakteur des „Volksblatts für Halle“, Genosse Fritz Schneiderburger, vom Schöffengericht in Halle a. S. zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt und wegen „Fluchtverdachts“ sofort in Haft genommen. In der Lokalnöth war die Art und Weise, wie ein alter Bettler ver-haftet worden war, kritisiert. Die Verhaftung hatte zu einem Menschenauflauf geführt. Vorsitzender des Schöffengerichts war der ehemalige Staatsanwalt, jetzige Amtsrichter Windel. Er führte in der Urtheilsbegründung aus: Aus Erfahrung sei bekannt, daß die Tendenz des „Volksblatts“ sich in der Richtung bewege, bei solchen Vorkommnissen Beamte bloßzustellen. Der Artikel, der das Gift auf die Leser übertrage, erbeische eine Sühne, es sei deshalb nach dem Antrage des Staatsanwalts erkannt worden, Natürlich wird gegen das Urtheil Berufung eingelegt.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Essen a. d. Ruhr., 29. August. (B. Z. B.) Die Reichs-tag-Verfassung für den Wahlkreis Arnberg 6 ist, wie die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ meldet, auf den 25. Oktober an-geleht worden.

Hamburg, 29. August. (B. Z. B.) Der „Hamburgischen Börsenhalle“ zufolge ist zwischen der Hamburg-Amerikanischen Padehfahrt-Aktien-Gesellschaft und der Firma Harland und Wolff in Welsch ein Vertrag, betreffend den Bau eines Dampfers von 20 000 Tonnen, der somit das größte Schiff der Welt sein wird, abgeschlossen worden. Der Dampfer soll haupt-sächlich dem Waarenaustausch dienen, wird 2000 Tonnen Schwer-gut laden können und Raum bieten für 200 Kajüten- und 1500 Zwischendecks-Passagiere. Die Gesellschaft hat ihre beiden älteren Dampfer „Austria“ und „Rhodan“ bei diesem Vertrag in Gegenrechnung verkauft. Die Lieferungsfrist für das neue Schiff beträgt 10 Monate. Deutsche Werften waren in ihren Bedingungen wesentlich theurer und beanspruchten eine Lieferungs-zeit von 19 Monaten.

München, 29. August. (B. Z. B.) Der Katholikentag wurde heute mit einem Festessen beschlossen, an welchem 200 Personen theilnahmen.

Karlsruhe i. B., 29. August. (B. Z. B.) Bei einer in Herrschried ausgebrochenen Feuersbrunst kamen drei Personen ums Leben.

Wien, 29. August. (B. Z. B.) Gestern Abend kam in Larnopol eine Cholera-Erkrankung vor.

Leibach, 29. August. (B. Z. B.) Heute früh gegen 4 Uhr wurde hier ein heftiges Erdbeben verspürt, welches zwei Sekunden dauerte, von unterirdischen Rollen begleitet war und wellen-förmig mit kurzem, kräftigem Stoß auslief. Zahlreiche Häuser sind beschädigt. Die Bevölkerung ist in höchster Aufregung.

Wien, 29. August. (B. Z. B.) Der hier gelegentlich des Augen-ärzte-Kongresses weilende berühmte Augenarzt Ugo Taylor aus Neapel schnitt sich in einem Wahnsinnsanfälle die Pulsadern auf und verletzte sich dadurch lebensgefährlich.

Rom, 28. August. (B. Z. B.) Nach den großen Manövern wird die Regierung größere Truppen-Abtheilungen nach Sizilien, Sardinien und anderen Distrikten entsenden, um das Briganten-thum zu unterdrücken.

Paris, 29. August. (B. Z. B.) Im Municipalrath zu Saint Etienne kamen in den letzten Tagen zwischen den sozialistischen und republikanischen Mitgliedern heftige Streitigkeiten vor. Die Sozialisten verließen den Sitzungssaal unter dem Beifall des anwesenden Publikums. Zwei von ihnen, darunter ein General-rath, riefen beim Hinausgehen dem Vorsitzenden Schimpfwörter zu. Wegen dieses Vergehens wurden sie gestern zu zwei bezw. drei Monaten Gefängnis verurtheilt, infolge dessen sie ihre Wählbarkeit verloren. Im sozialistischen Lager herrscht dieserhalb große Erregung.

Lyon, 29. August. (B. Z. B.) Der Generalrath nahm eine Resolution an, worin energisch gegen die Abhaltung der für das Jahr 1900 beabsichtigten Weltausstellung in Paris protestirt wird. Der Kammer soll eine diesbezügliche Petition eingebracht werden.

Tunee, 29. August. (B. Z. B.) Die Zahl der Streifen-den in den Zuteilinneren ist heute auf 80 000 gestiegen. Tarnopol, 29. August. (B. Z. B.) Die Cholera breitet sich immer weiter aus; die Todesfälle mehren sich. Da das Brunnen-wasser ebenfalls infiziert ist, wurde angeordnet, mit filtrirtem Wasser zu benutzen.

Rio de Janeiro, 29. August. (B. Z. B.) Der von der Regie-rung ausgearbeitete Annesie-Antrag, der besonders zahlreichen politischen Strömungen zu gute kommen soll, wird im Kongreß eine große Mehrheit finden.

Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland.

Von Friedrich Engels.

(Fortsetzung zu Nr. 201 des „Vorwärts“.)

Sehen wir uns nun diese „Erwägungen“ etwas näher an. Zunächst muß der Satz des französischen Programms, daß die Freiheit der Produzenten den Besitz der Produktionsmittel voraussetzt, ergänzt werden durch die gleich darauf folgenden: daß der Besitz der Produktionsmittel nur in zwei Formen möglich ist: entweder als Einzelbesitz, welche Form nie und nirgends allgemein für die Produzenten bestanden hat und fähig mehr durch den industriellen Fortschritt unmöglich gemacht wird; oder aber als Gemeinbesitz, eine Form, deren materielle und intellektuelle Voraussetzungen schon durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selbst hergestellt worden sind; daß also die gemeinshaftliche Besitzergreifung der Produktionsmittel zu erkämpfen ist mit allen dem Proletariat zur Verfügung stehenden Mitteln.

Der Gemeinbesitz der Produktionsmittel wird also hier als einziges zu erstrebendes Hauptziel aufgestellt. Nicht nur für die Industrie, wo der Boden schon vorbereitet ist, sondern allgemein, also auch für die Landwirtschaft. Der Einzelbesitz hat nach dem Programm nie und nirgends allgemein für alle Produzenten gegolten; eben deshalb, und weil der industrielle Fortschritt ihn ohnehin beseitigt, hat der Sozialismus kein Interesse an seiner Aufrechterhaltung, wohl aber an seiner Beseitigung; denn da, wo und soweit er besteht, macht er den Gemeinbesitz unmöglich. Wenn wir uns einmal auf das Programm berufen, dann auch auf das ganze Programm, das den in Klammern zitierten Satz sehr bedeutend modifiziert, indem es die darin ausgesprochene allgemeingültige Wahrheit erst in die Bedingungen faßt, unter denen allein sie heute in Westeuropa und Nordamerika eine Wahrheit bleiben kann.

Der Besitz der Produktionsmittel durch die einzelnen Produzenten verleiht heutzutage diesen Produzenten keine wirkliche Freiheit mehr. Das Handwerk in den Städten ist schon ruiniert, in Großstädten wie London ist es sogar schon total verschwunden, ersetzt durch die Großindustrie, Schweißsystem und elende Pfuscher, die vom Bankrott leben. Der selbstwirtschaftende Kleinbauer ist weder im sicheren Besitz seines Stückchens Land, noch ist er frei. Er wie sein Haus, sein Hof, seine paar Felder gehören dem Wucherer; seine Existenz ist unsicherer als die des Proletariats, der wenigstens dann und wann ruhige Tage erlebt, was dem gepeinigten Schuldknecht nie vorkommt. Streicht den Artikel 2102 des bürgerlichen Gesetzbuchs, sichert dem Bauern durch Gesetz einen unpfändbaren Bestand an Ackergeräth, Vieh etc.; gegen eine Zwangsfrage, worin er sein Vieh „freiwillig“ selbst verkaufen, wo er sich mit Leib und Seele dem Wucherer verschreiben muß und froh ist, sich eine Galgenfrist zu erkaufen, kommt ihr ihn nicht sichern. Euer Versuch, den Kleinbauern in seinem Eigentum zu schützen, schützt nicht seine Freiheit, sondern nur die besondere Form seiner Knechtschaft; sie verlängert eine Lage, worin er weder leben noch sterben kann; die Verweisung auf den ersten Absatz eures Programms ist also hier keineswegs am Platz.

Die Motivierung sagt, im heutigen Frankreich befinde sich das Produktionsmittel, nämlich der Boden, noch an sehr vielen Orten als Einzelbesitz in den Händen der einzelnen Produzenten; die Aufgabe des Sozialismus aber sei nicht, das Eigentum von der Arbeit zu scheiden, sondern im Gegenteil, diese beiden Faktoren aller Produktion in denselben Händen zu vereinigen. — Wie bereits angedeutet, ist letzteres in dieser Allgemeinheit keineswegs die Aufgabe des Sozialismus; seine Aufgabe ist vielmehr nur die Uebertragung der Produktionsmittel an die Produzenten als Gemeinbesitz. Sobald wir dies aus den Augen lassen, führt uns obiger Satz direkt in die Irre, nämlich dahin, daß der Sozialismus berufen sei, das jetzige Scheineigentum des kleinen Bauern an seinen Feldern in wirkliches zu verwandeln, also den kleinen Pächter in einen Eigentümer und den verschuldeten in einen schuldenfreien Eigentümer. Der Sozialismus hat allerdings ein Interesse daran, daß dieser falsche Schein des bürgerlichen Eigentums verschwindet; aber nicht auf diese Art.

Jedenfalls sind wir nun so weit, daß die Motivierung es schlaunweg für die Pflicht des Sozialismus erklären kann, und zwar für seine gebieterische Pflicht, „die selbstarbeitenden Bauern im Besitz ihrer Landstücke zu erhalten gegenüber dem Fiskus, dem Wucherer, und den Eingriffen der neuerstandenen großen Grundherren.“ Die Motivierung überträgt hiermit dem Sozialismus die gebieterische Pflicht etwas durchzuführen, was

sie im vorigen Absatz für unmöglich erklärt hat. Sie giebt ihm auf, das Parzelleneigentum der Bauern zu „erhalten“, trotzdem sie selbst sagt, dies Eigentum sei „unrettbar dem Untergang geweiht“. Der Fiskus, der Wucherer und die neuerstandenen großen Grundherren, was sind sie anders als nur die Instrumente, durch welche die kapitalistische Produktion diesen unvermeidlichen Untergang vollzieht? Mit welchen Mitteln „der Sozialismus“ den Bauer gegen diese Dreieinigkeit schützen soll, werden wir weiter unten sehen.

Aber nicht nur der Kleinbauer soll in seinem Eigentum geschützt werden. Es ist ebenfalls „angemessen, diesen Schutz auszuheben auf die Produzenten, die unter dem Namen Pächter oder Theilpächter (métayers) fremdes Land bebauen, und die, wenn sie Tagelöhner ausbeuten, dazu gewissermaßen gezwungen sind durch die an ihnen selbst verübte Ausbeutung“. Hier kommen wir schon auf ein ganz absonderliches Gebiet. Der Sozialismus richtet sich ganz speziell gegen die Ausbeutung der Lohnarbeit. Und hier wird es für die gebieterische Pflicht des Sozialismus erklärt, „die französischen Pächter dabei zu schützen, wenn sie — „Tagelöhner ausbeuten“ — so heißt es wörtlich! Und zwar, weil sie gewissermaßen dazu gezwungen werden „durch die an ihnen selbst verübte Ausbeutung“!

Wie leicht und angenehm es sich doch abwärts rutscht, ist man erst einmal auf der schiefen Ebene! Wenn nun der Groß- und Mittelbauer Deutschlands kommt und bittet die französischen Sozialisten, sich beim deutschen Parteivorstand zu verwenden, daß die deutsche sozialdemokratische Partei ihn schütze in der Ausbeutung seiner Knechte und Mägde, und sich dabei beruft auf die durch Wucherer, Steuereinnahmer, Getreidepekulanten und Viehhändler „an ihm selbst verübte Ausbeutung“ — was werden sie antworten? Und wer steht ihnen dafür, daß nicht auch unsere agrarischen Großgrundbesitzer ihnen den Grafen Ramin schicken (der ja auch einen dem ihrigen ähnlichen Antrag auf Verstaatlichung der Getreideeinfuhr gestellt) und ebenfalls um sozialistischen Schutz bitten für ihre Ausbeutung der Landarbeiter, unter Berufung auf die „an ihnen selbst verübte Ausbeutung“ durch Börsen, Zins- und Getreide-Wucherer?

Sagen wir hier gleich, daß unsere französischen Freunde es lange nicht so böse meinen wie es den Anschein hat. Der obige Absatz soll nämlich nur einen ganz speziellen Fall treffen, nämlich diesen: Im Norden Frankreichs, wie in unseren Zuckerrübengebieten, wird den Bauern Land mit der Verpflichtung zum Rübenbau unter äußerst lästigen Bedingungen vermietet; sie müssen die Rüben an die bestimmte Fabrik zu dem von dieser festgesetzten Preis verkaufen, müssen bestimmten Samen kaufen, ein festgesetztes Quantum vorgeschriebener Düngung verwenden, und werden obendrein noch bei der Ablieferung schmächtig geprellt. Das alles kennen wir in Deutschland ja auch. Wollte man aber einmal diese Sorte Bauern unter seinen Schutz nehmen, so müßte man dies direkt und ausdrücklich sagen. Wie der Satz dasiebt, in seiner unbegrenzten Allgemeinheit, ist er eine direkte Verleumdung nicht nur des französischen Programms, sondern des Grundprinzips des Sozialismus überhaupt, und seine Verfasser werden sich nicht beklagen können, wenn diese nachlässige Redaktion von den verschiedensten Seiten gegen ihre Absicht ausgebeutet wird.

Derselben Mißdeutung fähig sind die Schlussworte der Motivierung, wonach die sozialistische Arbeiterpartei die Aufgabe hat, „alle Elemente der ländlichen Produktion, alle Tätigkeiten, die unter verschiedenen Rechtsiteln den nationalen Grund und Boden verwerten, zusammenzubringen in denselben Kampf gegen den gemeinsamen Feind: die Feudalität des Grundbesitzes.“ Ich lasse geradezu, daß die sozialistische Arbeiterpartei irgend eines Landes die Aufgabe hat, außer den Landproletariats und Kleinbauern auch die Mittel- und Großbauern, oder gar die Pächter großer Güter, die kapitalistischen Viehzüchter und die anderen kapitalistischen Verwerther des nationalen Grund und Bodens in ihren Schoß aufzunehmen. Ihnen allein mag die Feudalität des Grundbesitzes als gemeinsamer Feind erscheinen. Wir mögen in gewissen Fragen mit ihnen zusammengehen, für bestimmte Zwecke eine Zeit lang an ihrer Seite kämpfen können. Aber in unserer Partei können wir zwar Individuen aus jeder Gesellschaftsklasse, aber durchaus keine kapitalistischen, keine mittelbürgerlichen oder mittelbäuerlichen Interessengruppen gebrauchen. Auch hier ist es nicht so schlimm gemeint, wie es aussieht; an alles das haben die Verfasser offenbar gar nicht gedacht; leider aber ist der Generalisationsdrang mit ihnen durchgegangen und es darf sie nicht wundern, wenn man sie eben beim Wort nimmt.

Nach der Motivierung kommen nun die neubeschlossenen Zusätze zum Programm selbst. Sie verurtheilen dieselbe Flüchtigkeit der Redaktion wie jene.

„Kriegsministerium.“

Die Nr. 133 der am 11. Juni 1895 in Magdeburg erschienenen „Volksstimme“ druckt aus dem Buche von Wiedemann „Deutschland im 18. Jahrhundert“ eine angeblich im Jahre 1798 erlassene Allerhöchste Kabinettsordre, betreffend das Verhalten besonders der jungen Offiziere dem Zivilstande gegenüber, ab.

Das Schriftstück ist, wie die bereits im Jahre 1793 dieserhalb angestellte Untersuchung und die in der „Königlich privilegierten Berlinischen Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen“ vom 3. Februar 1798 abgedruckte Bekanntmachung des General-Feldmarschalls von Möllendorff vom 31. Januar 1798 ergeben, eine dreiste, aufscheinend zuerst durch den 1. Band dritten Stück der „Geraer Zeitung“ vom 9. Januar 1798 verbreitete Fälschung.

Berlin, 28. August 1895.

Kriegs-Ministerium.

Bronsart von Schellendorff.

Die Bekanntmachung des General-Feldmarschalls v. Möllendorff, auf die hier Bezug genommen wird, findet sich in der Nummer der „Volksstimme“ vom 3. Februar 1798 und lautet:

„Die „Geraer Zeitung“ hat im ersten Bande dritten Stück vom 9. Januar d. J. ein angebliches an mich gerichtetes Kabinettschreiben Sr. Majestät des Königs aufgenommen, worin von den Verhältnissen des Militär- und Zivilstandes die Rede ist. Preussische Unterthanen und jeder, der die Gesinnungen Sr. Majestät des Königs und die Verfassung des preussischen Staats kennt, wird sich bei Lesung des Schreibens von selbst überzeugen, daß solches nicht aus der Feder Sr. Majestät geflossen sein kann. Damit aber das unwürdige Publikum, dem die hiesigen Verhältnisse weniger bekannt sind, durch Publizität, welches die „Geraer Zeitung“ gedächtem Schreiben gegeben hat, nicht getäuscht werde, so mache ich hierdurch öffentlich bekannt, daß solches gänzlich erdichtet sey. Berlin, den 31. Januar 1798. v. Möllendorff.“

Es verstand sich ja eigentlich von selbst, daß ein König des Militärstaates Preußen nicht eine solche Kabinettsordre erlassen konnte. Die „Geraer Zeitung“ hat denn auch wohl nur eine Satire schreiben wollen. Aber das im Kampfe mit dem Junkertum begriffene Bürgertum glaubte die Mär, und glaubte sie bis heute, denn unfähig, sich beim Offiziersstand selbst Hülfe zu verschaffen, setzte es damals und seit es noch heute seine

Der Artikel, wonach die Gemeinden landwirtschaftliche Maschinen anschaffen und sie zu den Selbstkosten an die Bauern vermieten sollen, wird geändert dahin, daß die Gemeinden erstens Staatszuschüsse für diesen Zweck erhalten, und zweitens die Maschinen den Kleinbauern gratis zur Verfügung stellen sollen. Diese weitere Konzession wird den Kleinbauern, deren Felder und Betriebsweise nur wenig Maschinengebrauch zulassen, sicher auf keinen besonders grünen Zweig helfen.

Ferner: Erfah aller bestehenden indirekten und direkten Steuern durch eine einzige progressive Steuer auf alle Einkommen von mehr als 3000 Franken. — Eine ähnliche Forderung findet sich seit Jahren in fast jedem sozialdemokratischen Programm. Daß sie aber speziell im Interesse der Kleinbauern aufgestellt wird, ist neu und beweist nur, wie wenig man ihre Tragweite berechnet hat. Nehmen wir England. Dort beträgt das Staatsbudget 90 Millionen Pfund Sterling. Davon werden aufgebracht durch die Einkommensteuer 13 1/2 bis 14 Millionen, die übrigen 76 Millionen zum kleineren Teil durch Besteuerung von Geschäften (Post, Telegraphen, Stempel), zum weitaus größten Teil aber durch Auflagen auf die Massenkonsumtion, durch stets wiederholtes Abwachen, in kleinen, unmerklichen, aber sich zu vielen Millionen aufsummierenden Beträgen, vom Einkommen aller Einwohner, vornehmlich aber der Arbeiter. Und es ist in der heutigen Gesellschaft kaum möglich, die Staatsausgaben auf andere Weise zu decken. Geseht, man legte in England alle 90 Millionen den Einkommen von 120 Pfd. St. = 3000 Fr. und darüber in progressiver direkter Steuer auf. Die durchschnittliche jährliche Akkumulation, die jährliche Vermehrung des gesamten nationalen Reichthums, betrug 1865/1875 nach Giffen 240 Mill. Pfd. St. Sagen wir, sie sei jetzt gleich 300 Mill. jährlich; eine Steuerlast von 90 Mill. würde fast ein Drittel der gesamten Akkumulation vergehen. Mit anderen Worten, keine Regierung kann so etwas unternehmen außer einer sozialistischen; wenn die Sozialisten am Ruder sind, werden sie Dinge durchzuführen haben, bei denen jene Steuerreform nur als eine momentane, ganz unbedeutende Abschlagszahlung figurirt, und wobei den Kleinbauern ganz andere Perspektiven eröffnet werden.

Man scheint auch einzusehen, daß die Bauern auf diese Steuerreform etwas lange warten müßten, und stellt ihnen daher „einwillen“ (on attendant) in Aussicht: „Abschaffung der Grundsteuer für alle selbstarbeitenden Bauern, und Verminderung dieser Steuer für alle mit Hypotheken belasteten Grundstücke“. Die letzte Hälfte dieser Forderung kann sich nur auf große Bauerngüter beziehen als die die Familie selbst bewirtschaften kann, sie ist also wiederum eine Begünstigung derjenigen Bauern, welche „Tagelöhner ausbeuten“.

Ferner: „Freiheit der Jagd und des Fischfangs ohne andere Beschränkungen als bedingt sind durch die Schonung des Wild- und Fischstandes und der wachsenden Ernten.“ — Dies klingt sehr populär, aber der Nachschab hebt den Vorbehalt auf. Wie viel Hasen, Rebhühner, Nechte und Karpfen kommen denn schon jetzt in der gesamten Dorfskur auf jede Bauernfamilie? Etwa mehr, als daß man jedem Bauern einen Jagdtag und Fischtag im Jahr freigegeben könnte?

Der Abschaffung des gesetzlichen und konventionellen Zinsfußes — also erneuerte Wucherergesetze, erneuerter Versuch, eine Polizeimaßregel durchzuführen, die seit zweitausend Jahren stets und überall gescheitert ist. Kommt der Kleinbauer in die Lage, wo es für ihn das kleinere Uebel ist, zum Wucherer zu gehen, so findet der Wucherer immer die Mittel, ihn auszulangen, ohne dem Wucherergesetz zu verfallen. Diese Maßregel könnte höchstens zur Beschwichtigung des Kleinbauern dienen, Vorthell bringt sie ihm nicht; im Gegentheil, sie erschwert ihm den Kredit gerade dann, wenn er ihn am nötigsten hat.

„Kostenfreie ärztliche Behandlung und Lieferung der Arzneien zum Kostenpreis“ — dies ist jedenfalls keine spezielle Bauernschutzmaßregel; das deutsche Programm geht weiter und verlangt auch kostenfreie Arznei.

„Entschädigung der Familien einberufener Reservisten während der Dienstzeit“ — besteht bereits, wenn auch in höchst unzureichender Gestalt, in Deutschland und in Oesterreich und ist ebenfalls keine spezielle Bauernforderung.

„Der Abschaffung der Transporttarife für Dünger und landwirtschaftliche Maschinen und Produkte“ — ist in Deutschland im wesentlichen durchgeführt, und zwar hauptsächlich im Interesse der — Großgrundbesitzer.

„Sofortige Vorbereitungsarbeiten zu einem Plan für öffentliche Arbeiten zur Verbesserung des Bodens und Hebung der landwirtschaftlichen Produktion“ — läßt alles im weiten Feld

Hoffnung auf den König. Es ist deshalb eine Art weltgeschichtlicher Ironie, daß ein preussischer Kriegsminister dazu beitragen mußte, den Legendenkreis, der sich um einen Hohenzollern gebildet hat, in einem sehr wesentlichen Punkte zu zerstören.

Theater.

Schiller-Theater. Mittwoch, den 28. August 1895, zur Feier von Goethes Geburtstag: „Götter von Verlockungen mit der eisernen Hand“, Schauspiel in 5 Aufzügen von Goethe.

Zu schweres mußte sich das Schiller-Theater zu, dies bewies die geistige Aufführung des hervorragenden und volkstümlichsten Jugendwerkes Goethes. So sehr es angerechnet ist, daß eine Bühne wie das Schiller-Theater seinem Publikum klassische Dichtungen vermitteln will, so sehr muß davor gewarnt werden, daß dies mit unzulänglichen Mitteln geschieht. Dies war gestern leider der Fall. Nur wenige Darsteller waren ihrer Aufgabe einigermaßen gewachsen, so vor allem Herr Patet, der freilich den Hausvater Götter besser darstellte als den Ritter. Vortrefflich war er in der ersten Szene des vierten Aktes, wo er als Gesandter vor dem kaiserlichen Kommissar steht. Glücklicherweise war das Debüt von Fräulein Grethe Meyer, die den Georg gab, und die Darstellung Perses durch Herrn Patet, Fräulein Lanius vom Wiener „Raimund-Theater“, die als Adelheid auftrat, war nicht ganz in den Geist ihrer Rolle eingedrungen, nur in wenigen Szenen schuf sie die Goethe'sche Gestalt. Die übrigen Darsteller werden nicht böse sein, wenn wir unser Urtheil zurückhalten. Die Massenscenen waren zum großen Theil verunglückt, was wohl auf Sparsamkeit der Regie bei den Proben mit den Statisten zurückzuführen ist. Die mangelhafte Darstellung läßt das Experiment mit der Shakespeare-Savits-Verfall-Lautenschlager'schen Reformbühne doppelt gewagt erscheinen. Bei derselben ist die Dekoration bedeutend vereinfacht, die Illusion mehr gestört, der Phantasie mehr Spielraum gelassen. Bei vorzüglicher Darstellung wird man die Einschränkung des geistigen Apparates als einen Fortschritt, als ein Mittel zu reinem Genuss des Kunstwerks ansehen können. Bei der Aufführung im Schiller-Theater störte das Experiment. Das Publikum war wie immer im Schiller-Theater beifallswürdig, es klatschte oft zur unpassenden Zeit, was einen anderen Theil des Publikums zu protestirendem Pfiffen veranlaßte. Der Gast scheint für Claque gesorgt zu haben, auch auf diese Reform ließe sich verzichten.

Eine Hohenzollern-Legende perdu.

Die Magdeburger „Volksstimme“ veröffentlichte in ihrer Nummer 133 vom 11. Juni folgende Notiz:

„Eine Kabinettsordre aus dem Jahre 1788, welche — im Hinblick auf die Hamburger Vorgänge von Seiten des Majors v. Schulze-Klosterfelde — wohl werth wäre, ebenfalls erneuert zu werden, wie der vor kurzer Zeit in der „Volksstimme“ veröffentlichte Erlaß an die Bahnbeamten, findet sich in dem Werke des bürgerlichen Professors Wiedemann „Deutschland im 18. Jahrhundert“, B. I, S. 201; Friedrich der Große glaubte den militärischen Geist seines Heeres und seines Volkes nicht besser kräftigen zu können — schreibt Wiedemann —; als indem er eine scharfe Trennung des Militärs von den bürgerlichen Klassen und einen Vorrang des letzteren vor diesen letzteren begünstigte.“ Nachdem der Verfasser die aus dieser Ansicht eines Monarchen hervorgegangenen schrecklichen Zustände schildert, sagt er weiter: „Ein merkwürdiger Umschwung der Ansichten trat in dieser Beziehung unter Friedrich Wilhelm III. ein. Die französische Revolution war wohl ihren Antheil daran gehabt haben. In einer Kabinettsordre aus dem Jahre 1798 wird die Stellung des Militärs zu dem Volke in einer Weise aufgefäht, welche für alle folgenden Zeiten hätte zum Muster dienen können.“ Diese Kabinettsordre lautet:

„Ich habe sehr mißfällig vernommen müssen, wie besonders junge Offiziers Vorrang vor dem Zivilstande behaupten wollen. Ich werde dem Militär sein Ansehen geltend zu machen wissen, wo es ihm wesentlichen Vortheil bringt, auf dem Schauplatz des Krieges, wo sie ihre Mitbürger mit Leib und Leben verteidigen sollen. Allein im übrigen darf sich kein Soldat unterheben, wozu Standes er auch sei, einen der geringsten Meiner Bürger zu brüskiren; sie sind es, nicht ich, die die Armee unterhalten; in ihrem Prozeß steht das Heer der Meinen Befehlen anvertrauten Truppen, und Arrest, Kassation und Todesstrafe werden die Folge sein, die jeder Kontravention von Meiner unbeweglichen Strenge zu erwarten hat.“ Friedrich Wilhelm III.

Das klingt so zeitgemäß — und doch so fremd! Wie muß sich der Herr Major v. Schulze-Klosterfelde freuen, daß diese Kabinettsordre „veraltet“ ist.

In dieser Veröffentlichung brachte nun der „Meißner Anzeiger“ im amtlichen Theile seiner Nummer 205 vom 28. August folgende Erklärung:

der Unbestimmtheit und der schönen Versprechungen und liegt ebenfalls im Interesse vor allem des Großgrundbesitzes.

Nur, nach all' dem gewaltigen theoretischen Anlauf der Mobilisierung, geben uns die praktischen Vorschläge des neuen Agrarprogramms erst recht keinen Aufschluß, wie die französische Arbeiterpartei es fertig bringen will, die Kleinbauern im Besitz eines Parzelleneigentums zu erhalten, das nach ihrer eigenen Aussage unrettbar dem Untergang geweiht ist.

II.

In einem Punkt haben unsere französischen Genossen unbedingt recht: gegen den Kleinbauer ist in Frankreich keine dauernde Umwälzung möglich. Nur scheint mir, daß, um dem Bauern beizukommen, sie den Hebel nicht am richtigen Punkt angeseht haben.

Sie gehen, wie es scheint, darauf aus, den Kleinbauer von heute auf morgen, womöglich schon für die nächste allgemeine Wahl zu gewinnen. Das können sie nur zu erreichen hoffen durch sehr gewagte allgemeine Zusicherungen, zu deren Verteidigung sie genötigt sind, noch weit gewagtere theoretische Erwägungen vom Stapel zu lassen. Sieht man dann näher zu, so findet man, daß die allgemeinen Zusicherungen sich selbst widersprechen (Zusage, einen Zustand erhalten zu wollen, den man selbst für unrettbar dem Untergang geweiht erklärt) und daß die einzelnen Maßnahmen entweder ganz wirkungslos sind (Wuchergesetze), oder aber allgemeine Arbeiterforderungen, oder solche, die auch dem Großgrundbesitz zu gute kommen, oder endlich solche, deren Tragweite im Interesse des Kleinbauern keineswegs sehr bedeutend ist; sodas der direkt praktische Teil des Programms von selbst den ersten verfehlten Anlauf berichtigt und die gefährlich ausschweifenden großen Worte der Mobilisierung auf ein thörschallisch unschuldiges Maß reduziert.

Sagen wir es gerade heraus: bei den aus seiner ganzen ökonomischen Lage, seiner Erziehung, seiner isolierten Lebensweise entstehenden und durch die bürgerliche Presse und die Großgrundbesitzer genährten Vorurteilen können wir die Masse der Kleinbauern von heute auf morgen nur gewinnen, wenn wir ihnen etwas versprechen, wovon wir selbst wissen, daß wir es nicht halten können. Wir müssen ihnen eben versprechen, ihren Besitz nicht nur gegen alle anstürmenden ökonomischen Mächte unter allen Umständen zu schützen, sondern auch ihn von den ihm schon jetzt bedrückenden Lasten zu befreien: den Bädern in einen freien Eigentümer zu verwandeln, dem der Hypothek erliegenden Eigentümer seine Schulden zu bezahlen. Können wir das, so wären wir wieder da, von wo aus der heutige Zustand sich mit Notwendigkeit von neuem entwickelt. Wir hätten den Bauern nicht befreit, wir hätten ihm eine Galgenstrick verschafft.

Es ist aber nicht unser Interesse, den Bauer von heute auf morgen zu gewinnen, damit er uns, wenn wir das Versprechen nicht halten können, von morgen auf übermorgen wieder abfällt. Wir können den Bauer, der uns zumutet, ihm sein Parzelleneigentum zu verewigen, nicht als Parteigenossen brauchen, ebensowenig wie den kleinen Handwerksmeister, der sich als Meister verewigen will. Diese Leute gehören zu den Antisemiten. Mögen sie zu diesen geben, sich von diesen die Rettung ihres kleinen Betriebes versprechen lassen; haben sie dort erfahren, was es mit diesen glänzenden Phrasen auf sich hat und welche Melodien die Geigen spielen, von denen der antisemitische Himmel voll hängt, dann werden sie in stiel wachsendem Maß einsehen, daß wir, die wir weniger versprechen und die Rettung in einer ganz anderen Richtung suchen, daß wir doch die sichereren Leute sind. Hätten die Franzosen, wie wir, eine lärmende antisemitische Demagogie, sie hätten den Fehler von Rantes schwerlich gemacht.

Was ist denn unsere Stellung zur Kleinbauernschaft? Und wie werden wir mit ihr verfahren müssen am Tag, wo uns die Staatsmacht aufzählt?

Erstens ist der Satz des französischen Programms unbedingt richtig: daß wir den unvermeidlichen Untergang des Kleinbauern voraussehen, aber keineswegs befehlen sind, ihn durch Eingriffe unsererseits zu beschleunigen.

Und zweitens ist es ebenso handgreiflich, daß wenn wir im Besitz der Staatsmacht sind, wir nicht daran denken können, die Kleinbauern gewaltsam zu expropriieren (einerlei ob mit oder ohne Entschädigung), wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu thun genötigt sind. Unsere Aufgabe gegenüber dem Kleinbauer besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen gesellschaftlichen überzuheben, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck. Und da haben wir allerdings Mittel genug, um dem Kleinbauer Vorteile in Aussicht zu stellen, die ihm schon jetzt einleuchten müssen.

Schon vor fast zwanzig Jahren haben die dänischen Sozialisten, die in ihrem Land nur eine eigentliche Stadt — Kopenhagen — besitzen, also außerhalb dieser fast nur auf Bauernpropaganda angewiesen sind, derartige Pläne entworfen. Die Bauern eines Dorfs oder Kirchspiels — es gibt in Dänemark viel große Einzelhöfe — sollten ihr Land zu einem großen Gut zusammenwerfen, es für gemeinsame Rechnung bebauen und den Ertrag nach Verhältnis der eingeschossenen Bodenfläche, Gelbvorschüsse und Arbeitsleistungen teilen. In Dänemark spielt der Kleinbesitz nur eine Nebenrolle. Wenden wir aber die Idee auf ein Parzellengebiet an, so werden wir finden, daß beim Zusammenwerfen der Parzellen und Großkultur ihrer Gesamtfläche ein Teil der bisher beschäftigten Arbeitskräfte überflüssig wird; in dieser Arbeitslosigkeit liegt ja gerade einer der Hauptvorteile der Großkultur. Für diese Arbeitskräfte kann Beschäftigung gefunden werden auf zwei Wegen. Entweder man stellt der Bauerngenossenschaft weitere Landstrecken zur Verfügung aus demachtbarten großen Gütern; oder aber man verschafft ihnen die Mittel und Gelegenheit zu industrieller Nebenarbeit, möglichst und vorwiegend für eigenen Gebrauch. In beiden Fällen stellt man sie in eine ökonomisch bessere Lage und sichert gleichzeitig der allgemein-gesellschaftlichen Leistung den nötigen Einfluß, um die Bauerngenossenschaft allmählich in eine höhere Form überzuführen und die Rechte und Pflichten sowohl der Genossenschaft im ganzen, wie ihrer einzelnen Mitglieder mit denen der übrigen Zweige der großen Gemeinschaft auszugleichen. Wie das im einzelnen in jedem Spezialfall auszuführen, wird von den Umständen des Falls und von den Umständen abhängen, unter denen wir Besitz von der öffentlichen Gewalt ergreifen. So werden wir möglicherweise im stände sein, diesen Genossenschaften noch weitere Vorteile zu bieten: Uebernahme ihrer Gesamt-Hypothekenschuld durch die Nationalbank unter harter Zinsherabsetzung, Vorschüsse aus öffentlichen Mitteln zur Einrichtung des Großbetriebs (Vorschüsse nicht notwendig oder vorzugsweise in Geld, sondern in den nötigen Produkten selbst: Maschinen, Kunstdünger etc.), und noch andere Vorteile.

(Schluß folgt.)

Tokales.

Die nächste juristische Sprechstunde findet heute Abend 7 Uhr statt.

Achtung! Parteigenossen des 6. Wahlkreises! Durch die Solidarität der Genossen ist das Unternehmen der Parteispedition gesichert. Wegen 8000 Abonnenten sind den Beschlüssen der Volksversammlungen gefolgt und entnehmen ihren Bedarf von der Parteispedition. Aber was will das besagen gegen die große sozialdemokratische Wählerzahl im 6. Kreise. Noch sind es hunderte von Parteigenossen, welche ihre Zeitungen von Expeditionen entnehmen: tausende von Arbeitern lesen noch gemietete Blätter; sie glauben bisweilen ein höheres Abonnementsgeld für Zeitungen nicht zahlen zu können und lassen sich daher eine Zeitung leihen, die durchaus nicht im Interessewie berichtet wird, durch das Kriegsministerium in Berlin be-

der Arbeiterfrage liegt. Seine saure verdiente Groschen opfert ein solcher Proletariat gegenrührigen Blättern, welche fortwährend die gerechten Forderungen der Arbeiter belächeln. Arbeiter, durch Unterfütterung derartiger Organe schädigt ihr Euch selbst und die Allgemeinheit! Nur durch Zusammenschluß aller Arbeiter ist es möglich, die Forderungen zu erringen, welche sich die Partei und ihre Presse gestellt haben.

Agitiert daher für unsere Presse, macht Eure Kollegen aufmerksam auf die Schädlichkeit ihres Treibens und ruht nicht eher, bis sie erkannt haben, auf welche Seite sie sich stellen müssen.

In allen Zählstellen und Lokalen, wo Zählende im sechsten Wahlkreis abgeholt werden, liegen Listen aus zur Aufnahme von Abonnenten. Alle Vertrauenspersonen sowie folgende Parteispeditionen nehmen Abonnements auf den „Vorwärts“, den „Sozialdemokrat“ und den „Wahren Jacob“ u. s. w. entgegen:

Für Moabit: Gempel, Säbelerstr. 16, Hof p.; für Wedding und Oranienburger Vorstadt: Stolzenburg, Wiesenstr. 14, p.; für Gesundbrunnen: Gasmann, Grünthalstr. 14, p.; für Köpenicker Vorstadt: Rosenthal, Gräfenstr. 6, im Keller; für Schönehauser Vorstadt: Marx, Kasanien-Allee 96, part.

In die Parteigenossen von Mariendorf, Mariensfeld und Tempelhof! Am Sonntag, den 1. September, veranstaltet der „Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgegend“ eine Agitationspartie und bittet derselbe die Genossen der oben genannten Orte, sich zahlreich hieran zu beteiligen. — Treffpunkt: Früh 1/2 7 Uhr, Militärbahnhof in Mariensfeld; daheim sind wir bestimmt 2 Uhr. Der Vorstand.

Reinickendorf. Parteigenossen! Am Sonntag, den 1. September, findet in Schönholz im Restaurant Bagand die Laffale-Fest statt, bestehend in Konzert, Gesangsvorträgen und Tanz. Es ist Pflicht eines jeden, mit seiner Familie daran teilzunehmen.

Höchst wunderbare Verhältnisse scheinen in manchen Verwaltungen des Berliner Magistrats zu herrschen, die wirklich sehr dringenden der Aufklärung bedürfen. Uns wird folgender Fall mitgeteilt, der das gerade Gegenteil jedes Berliner Bürger hervorrufen muß. Der städtische Techniker im Hygienebureau H., der bereits seit vierzehn Jahren in städtischen Diensten steht, war an einem hochgradigen Nervenleiden erkrankt, das ihm theil noch die Folge der Belagerung von Metz, zum theil die Folge des Tages- und Nachtdienstes war, den der betreffende während 11 Jahre als Oberaufseher bei der städtischen Straßenreinigung zu verrichten hatte. Er befah über seinen Zustand ärztliche Zeugnisse, die einen Urlaub für nötig hielten, und er beabsichtigte, seine Krankheit durch Tanninbäder zu lindern. Er wandte sich deshalb am 1. Juni an seinen Vorgesetzten, Herrn Stadt-Bauinspektor Rohde von der 7. Stadt-Bauinspektion mit einem Gesuch um dreiwöchigen Urlaub. Das Gesuch wurde ohne weitere Mitteilung angenommen, und Mitte Juni wurde dem Antragsteller durch Verfügung des Ober-Bürgermeisters Zelle vom 12. Juni ein dreiwöchiger Urlaub vom 6. bis 26. August bewilligt. Auch diese Verfügung ging durch die Hände des Stadt-Bauinspektors Rohde, aber auch in den nun folgenden 1 1/2 Monaten wurde dem Techniker H. keinerlei Mitteilung gemacht. H. traf die Vorbereitungen zur Reise und machte 8 Tage vor dem 6. August der 7. Stadt-Bauinspektion die vorgeschriebene Anzeige, die in dem Unterscheiden eines vorgedruckten Formulars besteht. Endlich, drei Tage vor dem vom Ober-Bürgermeister angeordneten Urlaubsanfang, besam H. den Bescheid, daß der Stadt-Bauinspektor das Urlaubsgesuch (das, wie bemerkt, durch den Ober-Bürgermeister bereits bewilligt war) nicht befürworten könne. H. wandte sich noch in aller Eile an den Stadt-Baurath Hobrecht, blieb aber ohne Bescheid. Im Vernehmsein seines Rechts machte er nun, krank und elend, wie er war, am 6. August der 7. Stadt-Bauinspektion die gehörige Anzeige, daß er den durch Verfügung des Ober-Bürgermeisters gewährten 14tägigen Urlaub krankheitshalber antreten habe.

H. ging also in Urlaub, erhobte sich und kam am 27. August zurück. Das erste, was er erfuhr, war, daß ihm für die Urlaubszeit kein Gehalt ausgezahlt werde. Das zweite war, daß ihm der Stadt-Bauinspektor Rohde am 28. August mitteilte, er hätte seine Kündigung beantragt, da er ohne Urlaub abgereist sei. Am 29. August hielt er bereits das folgende vom 28. August datierte Dokument in Händen:

Hierdurch kündigen wir Ihnen Ihre Stellung als Techniker bei der diesseitigen Verwaltung zum 1. Oktober 1895, da Sie, ohne den Bescheid auf Ihre Eingabe vom 1. August d. J. abzuwarten, dennoch und ohne Vorwissen Ihres unmittelbaren Vorgesetzten den Ihnen von letzterem verordneten Urlaub angetreten haben. Städtische Bau-Deputation, Abtheilung II. Friedel.

Daß diese Kündigung vollständig unlogisch abgefaßt ist, indem erst gesagt ist, H. hätte den Bescheid nicht abgewartet, und dann, der Urlaub wäre von dem Vorgesetzten versagt worden, erlauben wir uns nur nebenbei zu bemerken. Aber es ist wirklich ein Schauspiel für Götter, das durch die Magistratsbeamten der Stadt Berlin hier geboten wird. Der arme Diätar, für den es keinerlei Pensionsberechtigung gibt und der in Krankheitsfällen lediglich auf die Gnade des Magistrats angewiesen ist, wird, wenn er im kranken Zustande von der Urlaubsverweigerung Gebrauch macht, die ihm durch den obersten städtischen Beamten erteilt ist, auf Antrag eines Stadt-Bauinspektors einfach vor die Thür gesetzt. Das ist Humanität in der Stadt der Intelligenz! Das ist moderne städtische Sozialpolitik! — Herr Oberbürgermeister Zelle hat jetzt einen siebenwöchigen, Herr Stadt-Baurath Hobrecht einen vierwöchigen Urlaub angetreten. Da nicht anzunehmen ist, daß auch diesen Herren des Urlaubs wegen gekündigt wird, wie dem armen Diätar, so finden die Herren nach der Rückkehr vielleicht Gelegenheit, sich über die Angelegenheit des so menschenfreundlich behandelten Diätars H. etwas näher zu informieren.

Wegen Aufreizung zum Klassenhaß, angeblich begangen während der diesjährigen Maisfeier, steht am Sonnabend, den 31. August, gegen den Gastwirt Karl Blumrod und Genossen vor der II. Strafkammer des Landgerichts I (Vorherr: Brausewetter) Termin an.

Hell leuchte Kerzenflanz aus jedem Fenster! So hat Herr Zelle geschrieben und die Berliner Hauswirthe sind emsig an der Arbeit, diesen im höchsten Maßstabe der erkannten Mitwelt verkündeten Wunsch in die reale Wirklichkeit zu überführen. In vielen Berliner Häusern zirkulieren Listen, auf denen sich die Bewohner durch Unterschrift verpflichten sollen, am St. Sedantage zu illuminiren. Wir brauchen wohl nicht erst besonders darauf hinzuweisen, daß niemand zu einer solchen Gesinnungslosigkeit verpflichtet ist und deswegen auch kein schriftliches Versprechen abzugeben braucht.

Offizielle Sedantage scheint jetzt die Parole für das ganze patriotische Berlin zu sein. Wie aus Berichten der bürgerlichen Presse zu ersehen ist, beabsichtigt der Magistrat, am Montag, den 2. September, sämtliche städtischen Bureaus zu schließen. — Als in den Jahren 1894 und 1895 mehrere hiesige Orts-Stranzenlaffen am 1. Mai die Bureaus schließen wollten, kam derselbe Magistrat und verbot dieses den Vorständen bei Androhung von Geldstrafen (in einem Falle sind Vorstandsmitglieder sogar vom Gericht bestraft worden, weil am 1. Mai das Kassenlokal geschlossen war, was allerdings nicht in Berlin geschah). Es wurde dies Verbot der Schließung am 1. Mai damit motiviert, der 1. Mai sei kein gesetzlicher Feiertag. Aber ist denn St. Sedan ein solcher?

Handel mit alten — französischen Kanonen wird jetzt, durch das Kriegsministerium in Berlin be-

trieben. Das Sedan-Gesichtliche zu Konig hatte sich an den Kaiser mit der Bitte um Ueberlassung eines erhebten französischen Geschüzes zur dauernden Aufstellung am dortigen Kriegerdenkmal gewandt. Vom Kriegsministerium ist nun die Antwort eingegangen, daß die unentgeltliche Ueberlassung eines Geschüzes unzulässig sei, daß jedoch das Kriegsministerium im Stande sei, ein glattes französisches 9-Zentimeter-Brönze-Kanonengrohr im Gewicht von 320 Kilogramm oder ein solches 12-Zentimeterrohr im Gewicht von 627 Kilogramm gegen Erstattung von 80 Pf. für das Kilogramm ohne Lafette zur Verfügung zu stellen. Auch könne man eine preussische Kanone unter der gleichen Voraussetzung erhalten. Das Komitee beschloß die Erwerbung des kleinen eroberten Geschüzes.

Der Preis von 80 Pfennig für das Kilogr. Brönze scheint uns wirklich sehr niedrig zu sein. Das Kriegsministerium hätte für die Geschüze in jedem Berliner Pumpeneller sicherlich einen höheren Betrag pro Pfund erzielt. Allerdings haben wir die Kanonen ja auch verhältnismäßig billig erworben, indem dafür bloß einige Zehntausend deutscher Soldaten ihr Leben gelassen haben.

Die Verhaftung auf der Straße betreffend, hat das Reichsgericht einen wichtigen Rechtsgrundsatz aufgestellt. Danach ist ein Schuttmann, der gegen eine auf der Straße bei einer strafbaren Handlung betreffende, nicht fluchtverdächtige, aber ihm unbekannte Person einschreitet, nach einem Urtheil des Reichsgerichts vom 5. April d. J. — sofern nicht die Voraussetzungen für Erlass eines Haftbefehls vorliegen und Gefahr im Verzuge obwaltet — nicht bestraft, diese Person unter Ablehnung der Prüfung der angeblichen Legitimationspapiere zu verhaften. Der Widerstand des Festgenommenen gegen seine Festnahme ist nicht strafbar.

Der Anarchist Schneider tödtet ist nach seiner Freisprechung im Appellationsprozeß aus der Untersuchungshaft jetzt entlassen worden.

In dem Prozesse der früheren städtischen Nachtwächter bezw. des einen derselben, welcher bis jetzt auf Kosten sämtlicher Wächter gegen die Stadt Berlin klagt, steht die Verhandlung vor dem Kammergericht am 9. November an. Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwält Dr. Heinemann, hat zu dieser Verhandlung zehn andere Wächter als Zeugen laden lassen. Unter den sämtlichen früheren Wächtern herrscht, nachdem der genannte Rechtsanwält in mehreren Versammlungen derselben über die bedeutungsvolle Rechtsfrage eingehend gesprochen hat, vollste Zustimmung auf einen für sie günstigen Ausgang des Prozesses.

Ein Mord- und Selbstmordversuch, hat Mittwoch Abend gegen 9 Uhr die Bewohner der Koppentstraße in große Aufregung versetzt. Wir erfahren darüber: Der Brunnenmacher Freitag hatte vor etwa vier Jahren nach dem Tode seiner Frau die verwitwete jehige Handelsfrau Angermann als Wirthschafterin zu sich genommen; zwischen beiden entspann sich dann ein intimes Verhältnis. Aus diesem heraus stammt wohl eine Selbstforderung, welche die A. an den Geliebten stellte und auf dem Klagenwege erstritt. Die Frau ließ den F. ausfinden und richtete sich in dem Hause Koppentstr. 31 aus einem Theil der Pfandobjekte eine Kellerrückwand ein, während sie den Rest der gepfändelten Möbel zu Bekannten brachte. Sie eröffnete einen fliegenden Obsthandel und trat bald in einen engen Verkehr mit einem Obstverkäufer, der sich außerordentlich viel bei der Wittwe aufhielt. Vor etwa einem Monat gab F. seine Wohnung auf, brachte seine beiden Kinder zu Verwandten nach Krieg und lehrte am Dienstag nach Berlin zurück. Gestern Nachmittag begab sich der Brunnenmacher nach Moabit, wo sich bei einer Schwester der Angermann ein Sohn der letzteren in Pflege befindet und gab an die Handelsfrau eine Depesche des Inhalts auf: „Komme sofort, Franz schwer krank, Anna.“ Das geplante Attentat kam jedoch nicht zur Ausführung, da die Angermann bei ihrer Ankunft den Brunnenmacher antraf und als sie sich entfernte hatte, Vorkehrungsmaßregeln zu ihrer Sicherheit traf. Nun begab sich F. bald darauf nach der Koppentstraße 31. Hier versteckte er sich in einer Kellerrückwand und wartete dort bis 9 Uhr abends, um welche Zeit die Handelsfrau mit dem jehigen Geliebten nach Hause kam. Als die A. mit einem Theil der vom Fuhrwerk abgeladenen Obstkörbe den Keller betrat, gab F. aus einem Revolver drei Schüsse auf sie ab, ohne jedoch, da es dunkel war, zu treffen. Dann jagte sich der Brunnenmacher selbst drei Kugeln durch den Kopf. Während die A. flüchtete, eilte ihr jehiger Liebhaber in den Keller hinab; hier soll er den Schwerverletzten barbarisch mißhandelt haben; er packte ihn an den Füßen und schleifte den Verwundeten, den Kopf nach unten, die Kellertreppe hinauf, über den Hof nach dem Hausflur, wo er den Blutüberfließen dann liegen ließ. Während die A. und ihr Galan den Wagen in aller Eile zum Abfahren abladen, benachrichtigten die Hausbewohner die Polizei und Aerzte, und F. wurde nun nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Trotz der schweren Verwundungen dürfte F. dem Leben erhalten bleiben.

In einem Brief, den uns Freitag vor dem Selbstmordversuch geschrieben hat, der aber erst nach demselben in unsere Hände kam, behauptet er, durch die betreffende Frau betrogen und vollständig ruiniert worden zu sein. Auch soll der wirkliche Name der Frau nicht Angermann, sondern K o n o w sein. Ferner schreibt er: „Meine kleine Tochter Frieda möchte doch unterschützt werden. Sie ist in Krieg bei meiner Mutter, Pelnische Straße 2.“

Die Untersuchung gegen die Gasse Tante gestaltet sich bei weitem nicht so einfach, als man anfangs wohl annehmen dürfte. Sie ist noch lange nicht abgeschlossen, und es erscheint sehr fraglich, ob die Sache schon in der nächsten Schwurgerichtsperiode zur Verhandlung kommen kann. Selbst die Grundfrage, ob ein Mord oder ein Tödtungsversuch oder eine Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange vorliegt, ist noch nicht ganz geklärt. Die Tante bestritt, den Dr. Steinthal vorsätzlich getödtet zu haben, und behauptet, daß die Waffe sich durch einen Zufall entladen habe.

Ein Liebesdrama, das zwei Menschenleben gefordert, hat sich Mittwoch 10 1/2 Uhr abends im Flur des Hauses Friedrichstraße 215 abgespielt. Der 29jährige Schlossergeselle Gustav Schwarz, aus Graubenz gebürtig, hat die 18jährige Schlichtermamsell Johanna Brum erschossen und sich dann selbst getödtet. Schwarz unterhielt seit einiger Zeit ein Liebesverhältnis mit der Brum, die früher im Festerischen Geschäft angestellt war und seit einigen Wochen bei dem Eigentümer des Hauses Friedrichstraße 215, dem Schlichtermeister Rietsch jun., in Diensten steht. Das Verhältnis hatte sich in der letzten Zeit gelockert und die Brum hatte schließlich dem Schwarz erklärt, daß sie nichts mehr von ihm wissen wolle. Seitdem verfolgte der Schwarz seine frühere Braut auf Schritt und Tritt und machte wiederholte Versuche, das Mädchen zu einer Aussprache mit ihm zu bewegen. Schon während des gestrigen Tages schloß sich die Brum sehr bedrückt und fielen den Stunden, die sie gern von dem kranken und gewandten Mädchen bedienen ließen, ihre verweinten Augen auf. Abends kurz nach 10 Uhr gelang es dem Schwarz endlich, die Brum zu bewegen, mit ihm in die noch offene Handthür zu treten. Passanten bemerkten, wie beide hier kurze Zeit ganz ruhig miteinander sprachen. Alsdann erklärte ein Schuß und mit lautem Aufschrei stürzte die Brum ins Haus hinein und brach sehr bald im Flur zusammen. Ehe die bedrängten Passanten hinzupringen konnten, hatte Schwarz den Revolver auch gegen sich gerichtet. Man benachrichtigte die Unfallstation, deren Krankenwagen sofort zur Stelle eilte. Die ärztliche Kunst vermochte jedoch nichts mehr auszurichten. Gustav Schwarz war sofort todt, die Kugel hatte die Herzspitze durchschlagen; die Brum gab noch einige Lebenszeichen von sich, verstarb aber während

der Ueberführung nach der Unfallstation in der Wilhelmstraße. Die Kugel war durch das Brustbein gegangen, hatte das Herz gestreift und Magen und Leber verletzt. — Bemerkenswert ist, daß sich im Geschäft des Schlächtermeisters Nitsch schon einmal vor etwa 2 1/2 Jahren ein ähnliches Drama abgespielt hat. Damals verließ die Sache zum Glück nicht so schlimm. Die betreffenden wurden damals nur verletzt, das Mädchen kam mit einem kürzeren Krankenlager davon, der Liebhaber, damals ein Schlächtergeselle, erhielt für die That 2 1/2 Jahre Gefängnis.

Die Einverleibung Girschgartens in Friedrichshagen ist in der letzten dortigen Gemeindevorsteher-Sitzung beschlossen worden. Hiermit ist diese Frage, die die Gemeinden schon des öfteren beschäftigt, erledigt.

Übermals ist aus dem Norden der Stadt eine Blutthat zu melden, wobei wiederum das Messer eine bedauerliche Rolle gespielt hat. Der Inspektor des ehemals Weimann'schen Volksgartens, Herr Carl Pirnau, ist in der zweiten Nachtrunde, nachdem er den Volksgarten verlassen hatte und noch einen Schoppen trinken wollte, auf offener Straße von drei Rowdys, in denen der wegen schwerer Körperverletzung verurteilte Lohse-Geselle Willy Schulz, Brunnenmacher Weisner jr. und Lohse-Bundesmann ermittelt worden sind, hintertäuscht mit Messern, Knütteln und anderen stumpfen Instrumenten vor dem Grundstück Prinzenallee 89 zu Boden geschlagen worden. Nach den polizeilichen Feststellungen hat der Verletzte den Bohn der Rowdies dadurch auf sich geladen, daß er sie in seiner Eigenschaft als Inspektor des Volksgartens wegen unangemessenen Betragens aus dem Volksgarten gewiesen hat. B. hat schwere Verletzungen am Kopf erlitten. Die Messerhelden sind verhaftet.

Eine für die Berliner interessante Nachricht bringt die „Allg. Braumeister-Ztg.“ Aus derselben geht hervor, daß einige zum Verein der Brauereien Berlins und Umgegend gehörige Brauereien beabsichtigen, größere Ausschanklokale in verschiedenen Stadtteilen zu errichten, die als Restaurationslokale für den Arbeiterverkehr eingerichtet und verpachtet werden sollen. Die Linnengasse von kleinen Restaurations, welche jetzt bestehen und oft Nahrungsmittel von zweifelhaftem Werthe bieten, seien schon längst als ein soziales Uebel bezeichnet worden. In den nächsten Versammlungen der verschiedenen Berliner Gastwirtschaftsvereinigungen soll über den vorstehend wiedergegebenen Plan diskutiert werden.

Die Sammelliste Nr. 2701 für die Familien der unglücklichen Opfer des Essener Prozesses ist verloren gegangen; dieselbe ist ungesammelt und sind 2 M. darauf gezeichnet. Es wird ersucht, die Liste beim Vertrauensmann C. Helbig, Hagenstraße 23, abzugeben.

Polizeibericht. Am 28. d. M. nachmittags sprang ein Mädchen an der Uferstraße in die Panke, wurde aber noch lebend wieder herausgezogen. — Auf dem Egerplatz an der Schönhauser Allee wurde ein elfjähriger Knabe durch einen von einem anderen Knaben abgeworfenen Schuß aus einem Lebküchergewehr an der Schulter verletzt. — Abends versuchte ein Brunnenmacher im Keller eines Hauses in der Kopenstraße sich durch mehrere Schüsse in den Kopf zu tödnen. Er wurde noch lebend in ein Krankenhaus gebracht. — Vor dem Laden eines Schlächtermeisters in der Friedrichstraße erschoss abends ein Schloffer eine in dem Geschäft angestellte Verkäuferin und dann sich selbst. Verschmähte Liebe scheint die Veranlassung gewesen zu sein. — Im Laufe des Tages fanden vier Feuer, darunter ein Dachstuhlbrand im Hause Prinzenallee 88 statt.

Witterungsübersicht vom 29. August 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (°C. = 40° F.)
Swinemünde	765	SW	4	Regen	14
Hamburg	766	SSW	4	bedeckt	15
Berlin	768	SSW	2	wolfig	16
Bielefeld	771	Still	—	wolfig	13
München	773	O	1	heiter	15
Wien	770	W	2	wolkenlos	16
Apolda	742	W	4	wolfig	9
Petersburg	—	—	—	—	—
Cott.	764	SW	3	bedeckt	16
Aberdin	761	SW	2	bedeckt	13
Paris	771	Still	—	wolkenlos	13

Wetter-Prognose für Freitag, 30. August 1895.

Stetlich warmes, zeitweise heiteres, vielfach wolfiges Wetter mit etwas Regen und frischen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Gerechts-Beitrag.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde von der Strafkammer in Ulm der Theaterdirektor Weiskopf in Göttingen zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Derselbe wurde von einem Schauspieler aus Mache demüthigt.

Soziale Uebersicht.

Die wirkliche Volksstimme. Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht folgenden Brief: „Werden, den 19. August 1895. Geehrte Redaktion! Ich als armer Arbeiter verpichte mich, so lange wie es eben meine Mittel erlauben, einen vierteljährigen Beitrag von 50 Pfennig in Briefmarken einzusenden für die Familien der von dem Essener Schwurgericht verurtheilten Bergleute L. Schröder und Genossen. Hoffentlich werden viele Arbeiter, wenn sie auch keine Bergleute sind, was für diese armen Familien übrig haben, um die Noth und den Hunger in etwas zu steuern. Schröder und Genossen sind Märtyrer für die Arbeiterfrage geworden. Möge dieser Beitrag, wenn auch nicht viel, weil nicht mehr in meinen Kräften steht, Euch herzlich willkommen sein. Oktober sende ich weiteren vierteljährigen Beitrag ein. Ich möchte bitten, die Familien zu übermitteln. Hochachtungsvoll Ein armer Arbeiter aus Berlin.“

Gewerkschaftliches.

Achtung, Lohgerber und Lederarbeiter Berlins! Von Rudolstadt i. Th., wo sich die Kollegen seit mehreren Wochen im Auslande befinden, sind Kyppe zum Juristen nach Berlin geschickt worden. Wollt Ihr nicht den kämpfenden Brüdern ihre berechtigten Forderungen dadurch illusorisch machen, daß Ihr diese Lederjuristen, sondern wollt Ihr, daß auch die Kollegen außerhalb der Thore Berlins einen zum Leben wenigstens nothdürftig ausreichenden Lohn verdienen, so weist von Euch, den um einen etwas besseren Lohn kämpfenden Kollegen auf jene Weise in den Rücken zu fallen. Gebt den Kollegen in der Provinz ein gutes Beispiel, damit, wenn auch wir vereint, von der Noth gedrückt, eine Forderung erheben, auf unsere Standhaftigkeit hinweisend, fordern können, daß der Lohzuzug ferngehalten wird. Verband der Lederarbeiter Deutschlands.

Der Feilenhauer-Streik in Erfurt ist nun in vollem Gange, da die Kündigungsfrist abgelaufen ist, ohne daß die Unternehmer den vorgelegten Tarif angenommen haben. Es ist gute Aussicht vorhanden, daß der Streik siegreich durchgeführt werden wird. Zuzug ist daher fernzuhalten.

Ein Streik der Former Kaiserblantern ist dank der guten Organisation und der Einigkeit der Arbeiter vermieden worden und zwar wurden die Differenzen noch vor dem Tage, wo in den Streik getreten werden sollte, beigelegt. Die Firma bewilligte sämtliche Forderungen.

In Braun haben sämtliche Klempner der Emaillewaarenfabrik Austria (Inhaber Arthur Bartelmann) die Arbeit wegen fortgesetzter Lohnabzüge eingestellt. Dem Ausstand schlossen sich die übrigen Arbeiter an, so daß gegen 400 Personen im Streik stehen. Die Nachricht der Telegraphenbureau, daß die Forderung nach höherem Lohn Ursache des Ausstands wäre, ist unrichtig. Es handelt sich nur um Abwehr der Lohnkürzungen. Zuzug ist aufs allerstrengste fernzuhalten.

Versammlungen.

Der Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter tagte am 24. August in der Oranienstr. 51 bei Herrn Schulz. Mehrere schilberten in längeren Ausführungen die Fehler und Mängel der Schule; der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. — In der Debatte über den Pflichten Streik sprach sich die Versammlung theils für Streik, theils für Sperre aus, da schon einige Plätze von Streikbrechern besetzt sind. Kollege Blozies stellt den Antrag, den Streik weiter bestehen zu lassen, jedoch können die Kollegen in Arbeit treten. Der Antrag wird angenommen. In die Werkstatt-Kontrollkommission wurde der Kollege Kündt per Affirmation gewählt. In der Angelegenheit Blum kontra Böler wurde festgestellt, daß die Angelegenheit vom Kollegen Blum aufgearbeitet worden ist. Es kommt der Antrag Gollin aus der Vorstandssitzung zur Verlesung: Der Vorstand spricht sich mißbilligend über die antilegalistische Handlungsweise des Kollegen Blum aus. Der Antrag Winkler, die Geschäftsleute aus dem Verein auszuschließen, fällt durch den Antrag Blozies, darüber zur Tagesordnung überzugehen. Neu aufgenommen wurden acht Kollegen.

Vermischtes.

Die Weber abermals verboten! Als am Sonnabend im Metallarbeiter-Verbande zu Halle a. S. das Hauptmann'sche Drama „Die Weber“ verlesen werden sollte, verbot das die Polizei und drohte mit Auflösung der Versammlung, wenn dem Verbot nicht nachgegeben würde. Jetzt möchten wir schon wissen, schreibt unser Parteigänger in Halle, auf welchen Paragraphen und auf welches Gesetz der Herr Polizeioberinspektor dieses Verbot stützt. Noch vor acht Tagen hat er selbst gesagt, wenn „Die Weber“ in einem geschlossenen Vereine recitirt würden, so könne er nichts dagegen machen, und acht Tage später macht er doch etwas dagegen. Mehrere in letzter Zeit zu Tage getretene Anzeichen machen wahrscheinlich, daß unsere liebe Polizei etwas nervös geworden ist.

Wie aus Gotha gemeldet wird, starb dort am Sonntag Prof. Karl Ernst Georges, der Verfasser des bei uns am meisten verbreiteten lateinischen Wörterbuchs. Georges hat es auf 88 Jahre gebracht. Wie das Beispiel Daniel Sanders', Littrés und das Georges' zeigt, ist Langlebigkeit ein Vorzug der Wörterbuchschreiber.

Fromme Wünsche hegt der antisemitische „Saalfelder Anzeiger“. Er schreibt: „Es wäre wahrhaftig ein verdienstvolles Werk, wenn sich eine Anzahl von Deutschen zusammenfänden und das orientalische (H) Meditationsbureau des „Vorwärts“ so würdevoll prügelten, daß diese frechen Lämmer ein Vierteljahr nicht sitzen könnten.“

Ueber die Verhältnisse in Brothierode, das neulich vom Feuer zerstört wurde, wird folgendes berichtet: Es sind zur Zeit 6 Baracken mit je 10 Wohnungen fertiggestellt. In einer kleinen Baracke befinden sich Apotheke, Arzt, Polizeibehörde und Wache. An Polizei ist in Brothierode kein Mangel. Es sind dort jetzt 12 Gendarmen stationirt. Betten sind im Laufe dieser Woche angekommen und vertheilt worden. Suppe wird nur noch unentgeltlich an Kranke und Schwache verabreicht, weil es Gelegenheit zum Arbeiten giebt. Der Berliner Unternehmer, dem das Schuttabfahren übertragen worden ist, zahlt den Arbeitern pro Arbeitstunde 22 1/2 Pf. Lohn. Der Schulunterricht hat am 19. d. M. wieder begonnen. Die Schulkinder erhielten neue Bücher. Von den 7 Lehrern Brothierode's unterrichten zur Zeit 3 am Orte und 4 in umliegenden Ortschaften (da, wo die meisten aus Brothierode verzogenen Einwohner wohnen). Der Gesundheitszustand ist nicht sonderlich. Mäfern, Dungenentzündung und Diphtheritis treten auf. Für die Abgetödteten sind bis jetzt im Deutschen Reiche insgesamt etwas über 200 000 M. gespendet worden.

Die Wallfahrt nach Achezar. Aus Krefeld wird berichtet: Trotz der besorgten Heiligtumsfahrten nach Aachen, Cornelimünster, Gladbach nimmt der Zug nach Achezar außerordentliche Dimensionen an. Für Sonnabend und Sonntag waren 19 Sonderzüge mit über 11 000 Pilgern angemeldet. Dazu kommen noch zehn Fußprozessionen. Trotz der tropischen Hitze ist in der vergangenen Woche kein Tag vergangen, an dem nicht mehrere Prozessionen auf dem Wege von oder nach Achezar unsere Stadt passirten. Die Leute kommen häufig aus beträchtlicher Entfernung. Die für die Reise unentbehrlichen Dinge werden ihnen auf großen Wagen nachgeführt. Unter den Theilnehmern bildet das weibliche Geschlecht den überwiegenden Prozentsatz. Das städtische Element ist so gut wie gar nicht vertreten.

Generbrand in Holland. Aus Amsterdam wird vom 29. August gemeldet: In Hooge Zwaluwe, im nördlichen Theile von Brabant, entstand gestern ein großer Brand, der noch fortwüthet. 43 Häuser sind bisher zerstört. 50 Familien sind in einem Schuppen des Bahnhofes untergebracht.

Generbrand in Russland. Moskauer Blättern zufolge ist die gegen 4000 Einwohner zählende Stadt Zuchnow im Gouvernement Smolensk zur Hälfte abgebrannt.

Falschmünzer in Italien. In Florenz wurden wiederum mehrere Verhaftungen, darunter solche hochstehender Persönlichkeit, vorgenommen, die unter dem Verdacht stehen, einer Falschmünzerbande anzugehören. Eine Verhaftung ist bisher nicht entdeckt worden. Die Verbreitung von falschen 100 Lire-Noten der Nationalbank, die täuschend nachgemacht sind, dauert fort.

Ein schreckliches Eisenbahn-Unglück ereignete sich bei der unweit der serbischen Hauptstadt gelegenen Haltestelle von Rakovica. Dort fuhr der Orient-Expresszug in eine Menge von 3000 wartenden Ausflüglern hinein. Bis jetzt sind fünf Tote gezählt, doch befürchtet man, daß noch mehr Personen ihren Verletzungen erliegen werden. Die Schuld mißt man der Bahnverwaltung bei, welche keine genügende Vorkehrungen getroffen hatte, auch in der dunkeln Nacht die Haltestelle nicht ausreichend beleuchtete. Zwanzig Personen wurden verwundet.

Cholera. Ein Arzt in Larnopol, welcher das Wasser des Sereth-Flusses und der Teiche in der Umgegend untersuchte, konstatierte, daß dasselbe Cholera-bacillen enthalte. Infolgedessen hat die Behörde jede Benutzung des Wassers verboten. — Heute ist hier ein neuer Cholera-Erkrankungsfall vorgekommen.

Einfluß der Bewaldung auf die Bevölkerungsziffer. Sehr interessante Beobachtungen über den Zusammenhang von Ausholzung der Wälder und Entvölkerung eines Landes wurden an der Hand statistischer Nachweise in Frankreich gemacht. Dreißig Departements, in denen ganze Wälder ausgerodet worden sind, haben seit der letzten Volkszählung vom Jahre 1886 nicht weniger als 80 000 Einwohner verloren. Es darf fast als ein Naturgesetz gelten: Sollen die Thäler bewohnt sein, müssen die Berge einen ausreichenden Waldbestand aufweisen. Denn wenn der Bergrücken kahl ist, so vollenden Bergströme und wandernde Gletscher ihre Zerstörungswerk, ohne daß ihnen Hindernisse im Wege stehen, vernichten die Kulturen und schwemmen den pflanzentragenden Humus fort. Der Landbauer, den der unfruchtbar gewordene Boden nicht mehr ernähren kann, lebt im Elend oder wandert aus. Die Ausholzung ist also einer der Hauptgründe der Entvölkerung. Alle Landstriche Afrika's und Asiens, die der Mensch in seiner Thorheit ausgebeutet hat, sind Wüsteneien geworden. Zentralasien bevölkert sich wieder, nicht nur, weil die Russen dort eine Eisenbahn gebaut, sondern vor allem, weil sie sich ansiedeln, dort wieder Waldschonungen anzulegen, wo die turkmenischen Nomadenstämme Steppen geschaffen haben, um für ihre Herden Weideland zu schaffen, Baumschläge verbrannten, das nachwachsende Knieholz vernichteten und den ganzen Boden vollständig abgraben ließen. In Frankreich hat man berechnet, daß die durch Ueberschwemmungen hervorgerufenen Schäden sich dort jährlich auf 89 Millionen Franken belaufen. Wenn man also in den Alpen- und Pyrenäen-Departements durch Anpflanzung neuer Wälder den Ueberschwemmungen halt gebieten könnte, würden die Flurschäden außerordentlich verringert werden und das Land jährlich vielleicht 80 Millionen ersparen, was der Erhaltung von 100 000 Bauernfamilien gleichkäme, die bei dem jetzigen Stande der Dinge wirtschaftlich zu grunde gehen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die nächste juristische Sprechstunde findet heute Abend 7 Uhr statt.

P. A. Scharber hat eine unverförmte Frau und 10 Kinder, die meisten in unmäßigem Alter, hinterlassen.

C. V. 291. Sie müssen den amtlichen Bescheid abwarten. Galt dieser nicht zu Ihren Gunsten aus, so wenden Sie sich wegen des weiteren Vorgehens an uns.

H. St. 120. Der eine Stein ist der Wolf, die vier Steine die Schafe.

M. G. Bezüglich der ersten Frage raten wir Ihnen, in unsere Sprechstunde zu kommen. Man sagt: Bekleidet die Stelle eines Vorgesetzten.

Briefkasten der Expedition.

Für die Familien der im Essener Meinelidsprozeß Verurtheilten gingen ferner ein:

Gesammelt von den Lithographen der Firma Heymann u. Schmidt 10,75. Amerikanische Auktion eines sauren Fering's 2,20. Dem langen Gustav zum Kerger gesammelt bei Lamprecht, Alte Jakobstraße 4,20. M. W., Centrum 3,—. Münsterfreunde, zweite Rate 3,95. Tagesverein Ostend 10,—. Adelpolier der Equi'schen Werkstatt 3,—. Für die meinelidschen Bergleute 5,—. Verein der Zinngießer 20,—. Arbeiter der Zigarrenfabrik Pinge 9,—. M. G. 18,70. Schmidt, Freiwalde 1,35. Franke, Berlin 10,—. Mehrere Entwürfe in Marburg a. Bahn 18,45. Malerpersonal Steinmann, Tiefenfurt 14,50. Tischlerei Pantak 6,85. M. S. —, 50. Gesangverein Ephen durch Siegert 10,—.

Summa 147,25 M. Bereits quittirt 2306,91 M., in Summa 2456,16 M.

N. St. 45. Darüber müssen Sie mit dem Expeditur sprechen, der Ihnen die Zeitung bringt; wir können dies nicht bewerkstelligen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin Osten.

Sonnabend, den 31. August 1895, abends 8 1/2 Uhr, bei Nietz, Weberstraße 17:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Ueber Form und Entlohnung des Geldes“. Referent: Kollege Rohrlach. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. — Gäste willkommen. 119/11

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Brauer.

Sonntag, den 1. September er., nachm. 2 Uhr,

Monats-Versammlung

im Englischen Garten (Hoffmann u. Sohn), Alexanderstr. 23. Tagesordnung: 1. Referat des Kollegen Klemm über: „Die historische Entwicklung der Gewerkschaften“. 2. Wahl der provisorischen Abordnungskommission. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Innere Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. 21455

Rohtabak.

Größte Auswahl! Billigste Preise! Lager in Formen, Booklagers. Heinrich Franck, Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Sophaffoff Beste in Lips, Damask, Cröpe, Phantasia, Gobelin und Plüsch Spotbillig! Proben franko! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

Neu eröffnet! C. Joël's Festsäle

Empfehle den geehrten Gesellschaften meine auf das prächtvollste renovirten Säle (100—1500 Personen fassend) mit großer Theaterbühne zu Festlichkeiten und Versammlungen unter sehr günstigen Bedingungen, außerdem 8 Regelmäßig. Stadtbahn und Pferdebahn nach allen Richtungen. Hochachtungsvoll C. Joël. 21545

Kranzbinderei u. Blumenbldg. August Retzlaff,

Berichtstraße 80, 29695 empfiehlt für Gewerkschaften und Vereine Widmungskränze, Guirlanden und Blumen zu den billigsten Marktpreisen. Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Arbeitsanträge W. Fahr, Brunnenstr. 112.

Prachtvolle Zahnen-Margarine, im Geruch, Geschmack, Aussehen einer feinen Tafelbutter vollständig, gleich, vers. 10 Pfd. Post. franko Nachn. M. 7,50. Otto Bauer, Götting i. N. 4.

Der Streik in Carmaux.

Paris, 28. August.
Angesichts der moralischen und materiellen Unterdrückung, welche die Streikenden von Carmaux selbst außerhalb der sozialistischen Partei finden, scheinen selbst schon die kapitalistischen Blätter daran zu zweifeln, daß der Direktor der Glashüttenwerke aus dem von ihm provozierten Kampf siegreich hervorgehen werde, und schieden darum, ehrlich wie sie sind, die ganze Schuld an dem Streik — unserem Genossen Jaurès zu. Ja, nicht der berüchtigte Mességuier, der den zum Bezirksrath gewählten Glasarbeiter am Tage nach dessen Wahl aufs Pflaster warf; nicht der Direktor und Hauptaktionär der Glashüttenwerke, der die von seinen Arbeitern auf Grund des Gesetzes vom 27. Dezember 1892 verlangte Einsetzung eines Schiedsgerichts zurückgewiesen; nicht der Mann, der, nachdem seine Arbeiter trotz seiner Zurückweisung des Schiedsgerichts und trotz seiner Entlassung Baudot's die Arbeit wieder aufnehmen wollten, in einem offenen Schreiben ankündigte, daß er die Fabriken nur unter Ausmerzung der „Mädelsführer“ und Aufstellung eines neuen, niedrigeren Lohnsatzes wieder eröffnen werde; nicht der Emporkömmling, der mit der Arbeitskraft den ganzen Arbeiter, den Menschen und Körper gekaufte zu haben wähnt und durch diesen Streik hoffte, die gewerkschaftliche wie politische Organisation seiner Arbeiter vernichten zu können, hat denselben hervorgerufen, sondern der sozialistische Abgeordnete von Carmaux, der den Glasarbeitern gleich bei Ausbruch des von Mességuier provozierten Kampfes angerathen, das Schiedsgericht anzunehmen und der, nachdem Mességuier dies zurückgewiesen, ihnen mit gleichem Erfolge angerathen, die Arbeit trotzdem und alledem wieder aufzunehmen. Ja, Jaurès ist an dem ganzen gegenwärtigen Streik schuld, ohne ihn wäre die Harmonie zwischen den Arbeitern und dem Direktor der Glashüttenwerke schon längst wieder hergestellt, denn dieser ist durchaus nicht der harte Mann, als den ihn seine Gegner darstellen. O, ganz im Gegenteil. Welches Unrecht begehen darum diejenigen, die für die Streikenden Partei ergreifen.

Man sagt, so leitarteltel der „Temps“ — ich gebe nur die Hauptstellen wieder — „man sagt, daß Herr Mességuier sich zu keiner Unterhandlung hergiebt und daß er jedes Uebereinkommen und selbst jedes Gespräch über die kritischen Punkte verweigert. Ist man dessen so sicher? Was hat man gethan, um es zu wissen? Anstatt einige ergänzende Aufklärungen von ihm zu verlangen, haben sich die Glasarbeiter in gewerkschaftlicher Versammlung um Herrn Jaurès vereinigt, den Streik votirt und ihrem Abgeordneten die Gelegenheit gegeben, einige schöne Stüde bereiter Prosa zu recitieren. Denn wir alle wissen, ist es nicht um das eitle Vergnügen, die Streikenden von Carmaux in der Art jenes Gedanken befehlen zu wollen, der das Kind, das am Ertrinken war, wegen dessen Unvorsichtigkeit ausschalt, sondern um Männern wie Herrn Blanc oder Herrn Guinbat (beide haben in Artikeln für die Streikenden Partei ergreifen) zu zeigen, daß die aufrichtigen Freunde der Arbeiter das größte Unrecht haben, durch ihre unbedingte Zustimmung die Autorität des Herrn Jaurès oder des Bürger's Baudot zu vermehren. Herrn Jaurès halber und des Bürger's Baudot oder anderer Räuberführer halber ist der Friede nicht gemacht worden. Ihrthalben ist der Krieg erbarmungslos ausgebrochen. Selbst wenn Herr Mességuier nicht der „gute Arbeiter“ wäre, als den man ihn schildert, selbst wenn er hundert Mal schlimmer wäre, selbst wenn, mit einem Worte, der Administrator von Carmaux nicht „interessant“ wäre, dann hätte man sich gleichwohl mit den Rechten des Arbeitsgeheimnisses zu befassen, die ebenso achtbar sind, als die Rechte des Proletariats und ebenso notwendig für das Wohlergehen der Arbeiter; dann hätte man sich noch mit der französischen Industrie zu befassen, welche die von den Politikern geleiteten Gewerkschaften auf dem Wege sind umzubringen. Es steht Herrn Jaurès frei, zu glauben, daß Carmaux der Mittelpunkt der Welt sei. Aber dies ist nicht wahr. Wir haben uns um herum hürige Konkurrenten. Wir haben mit der ausländischen Konkurrenz zu rechnen, die stets bereit ist, aus den zwischen Kapital und Arbeit sich erhebenden Konflikten den Gewinn einzufahren. Wenn das unheilvolle Werk der Streikpöbel fortgesetzt wird, wenn Männer von Verstand und Erfahrung wie Herr Blanc nicht die Kraft und den Muth haben, sich dem entgegenzusetzen, wenn man das Volk schmeichelt, wenn man ihm von vornherein die Wahrheit verbirgt, dann wird es die Nationalindustrie sein, die daran sterben wird. Man wird es bald fertig gebracht haben, die Henne mit den goldenen Eiern zu tödten. Hernach werden wir eine akademische Debatte eröffnen, um diese Erscheinung zu erklären. Und Herr Jaurès wird auch da noch eine Gelegenheit haben, Neden zu halten. Wenn das den Arbeitern genügt...“

Und mit dieser in die Augen springenden Verdröhung der Thatfachen meint dieser „aufrichtige Freund der Arbeiter“, als welcher ja der „Temps“ weit und breit genügend bekannt ist — hat er doch nie und nimmer, auch diesmal nicht dem Ausbeuterthum irgendwem die Wahrheit zu verbergen gesucht — die Arbeiterschaft gegen Jaurès aufbringen und für Herrn Mességuier gewinnen zu können! Wenn die ausländische Konkurrenz gar so sehr auf der Lauer steht, um gleich aus jedem Konflikt, der sich zwischen dem Kapital und der Arbeit erhebt, Profit zu ziehen, wenn jeder Streik und insbesondere dieser eine Gefahr für die Nationalindustrie bedeutet, warum hat denn der „Temps“ so gar kein Wort des Tadel's gefunden, als Herr Mességuier das Schiedsgericht zurückgewiesen oder als er, nachdem die Arbeiter trotzdem die Arbeit wieder aufnehmen erklärten, mit neuen unverschämten Forderungen hervortrat? Wo blieb denn da die bedrohte Nationalindustrie, wo da die Fabel von der Henne mit den goldenen Eiern? Die Wahrheit ist, daß die Herren gehofft hatten, in den Arbeitern von Carmaux jedes Rechtsgefühl erlöschend, jede Mannlichkeit erlöschend und damit zugleich den Boden für einen kapitalistischen Abgeordneten vorbereiten zu können. Nun ist sich hierin verrechnet haben, nun selbst die bürgerlichen Demokraten auf Seite der Streikenden stehen und diesen von allen Seiten in einer die Herren erschreckenden Weise massenhaft Gelder zuschießen, wissen sie nicht, wie sie ihren Maßstab ansetzen sollen, ohne gefahren zu wissen, daß ihre Sache eine verlorene ist, und suchen darum in ihrer Verlegenheit die „Nationalindustrie“ anzuspüren und die ganze Schultigkeit Mességuier's auf dessen Opfer abzuwälzen. Dabei vergessen sie, daß sie selber am meisten zur Verbreitung des Schreibens beitrugen, in welchem Mességuier erklärte, daß „jeder Vergleich in der absolutesten Weise zurückgewiesen werden müsse und daß er, indem er dies thue, sicher sei, der Nationalindustrie den größten Dienst zu erweisen.“ Wollen die Herren wirklich den Frieden, dann haben sie nur dafür zu sorgen, daß in den Glashüttenwerken von Carmaux der Status quo ante wieder hergestellt werde. Da nicht die Arbeiter mit Forderungen hervorgeraten sind, nicht sie den Streik gesucht haben, sondern Herr Mességuier. Will dieser den Kampf fortsetzen, dann um so schälimmer für ihn, da das ganze arbeitende Frankreich auf Seite der Streikenden steht, wie dies ein Blick auf die Subskriptionslisten der sozialistischen Blätter zeigt, von denen die „Petite République“ allein täglich bis zu 1000 Frs. und darüber zu verzeichnen hat, davon auch die verschiedenen zu

gunsten der Streikenden abgehaltenen Versammlungen, von denen z. B. die am Sonntag in Narbonne unter dem Vorsitze Ferron's abgehaltene Versammlung, in der Jaurès über den Streik gesprochen, eine Reineinnahme von 1200 Frs. erzielt hat. Bei einer solchen Solidarität der Arbeiterschaft sind die Streikenden, trotz aller Millionen Mességuier's sicher, siegreich aus dem ihnen aufgedrungenen Kampfe hervorzugehen.

Der Magdeburger Anarchisten-Prozess.

Magdeburg, 28. August.
Nach Schluß der Verlesung ergreift der Erste Staatsanwalt das Wort zur Schuldfrage. Er führt aus, die Angeklagten gäben zu Anarchisten zu sein, mit Ausnahme Rihau's, der Sozialist und Rohlmann's, der Sozialdemokrat sein wolle. Sie seien ihrem eigenen Gekändnisse nach Revolutionäre. Das Wort Revolution bedeuete wörtlich überführt Umdrehung, frei überführt Umsturz und die Revolution, das heißt der Umsturz würde von „Sozialist“ gepredigt und noch nie sei es in der Weltgeschichte vorgekommen, daß die Revolutionen sich freiwillig ihrer Verbrechen, daß eine Revolution in Ruhe vor sich gegangen sei, deshalb müßten die Angeklagten sich bewußt gewesen sein, daß sie, wenn sie einen Umsturz anstrebten, nothwendig zu Gewaltthaten ihre Zuflucht nehmen müßten. Daß nun die Angeklagten oder ihre Partei besonders peinlich in der Wahl ihrer Mittel sein würden, könne wohl nach Verlesung der beschlagnahmten Schriften nicht angenommen werden.

Die Angeklagten seien beschuldigt, sich an einer verbotenen Verbindung betheiligt zu haben und behaupten, es habe gar keine Verbindung bestanden, denn der oberste Grundsatz der Anarchie sei der, sich unter keinen Willen, auch nicht unter den der Majorität zu beugen; eine Verbindung erfordere allerdings die Unterordnung des einzelnen unter den Willen der Majorität. Ob die Aender der Angeklagten diesen Zukunftsstaat erreichen würden, sei mindestens sehr zweifelhaft. Eine Organisation soll nicht bestanden haben und habe Schneider in einer Versammlung ausdrücklich betont, ohne Organisation sei nichts zu machen; thatsächlich habe aber eine solche, wenn auch nur eine lose, bestanden und diese zeichne sich als Verbindung. In den letzten drei Jahren seien regelmäßig Vertrauensmänner gewählt, die die Versammlungen einzuberufen, Drucksachen zu bestellen und anzunehmen, Gelder zu sammeln und abzuführen hätten. Wie das beschlagnahmte Rechnungsbuch ausweise, seien Gelder für den Propagandafonds, zur Unterhaltung verurtheilter Genossen resp. deren Familien gesammelt. Es seien auch Revisionen gewählt worden, um die Verwendung dieser Gelder zu überwachen. Daß für gemeinschaftliche Zwecke Drucksachen beschafft, allerdings noch nicht bezahlet seien, habe die Jengin Wille ja gestern bekundet. Den Angeklagten werde nun zur Last gelegt, sich an einer Reihe von öffentlichen Versammlungen dieser Verbindung betheiligt zu haben und zwar theilweise als Leiter. Ferner sollten sie bei einer Anzahl geheimer Konventikel zugegen gewesen sein, die gewiß nicht so harmloser Natur waren, da sie das Licht des Tages gesiehet hätten. Bei diesen sei Jengin der eifrige gewesen. Zu dem Begriff Verbindung sei es durchaus nicht nöthig, daß der Zusammenschluß ein besonders fester gewesen sei, man brauche nicht einmal, nach dem letzten Reichsgerichtsurtheile, Mitglied gewesen zu sein, wenn man nur die Versammlungen besucht hat. Daß auch eine Unterordnung des Willens des einzelnen unter den der Gesamtheit stattgefunden habe, sei doch wohl nach der Beweisaufnahme nicht mehr zu bezweifeln, denn es sei ja durch Zeugen bewiesen, daß Meinungsverschiedenheiten bei den Versammlungen hervorgerufen seien. Die Partei habe auch einen Delegirten gewählt. Allerdings sei nicht festgestellt, daß Rohlmann eine Legitimation bekommen, wohl aber, daß er eine habe erhalten sollen. Er habe das wohl nicht für nöthig gehalten. Sie wollten die Propaganda der That verabsäumen und sagten, einem deutschen Anarchisten wird es nie einfallen, solche Blutthaten zu begehen, wie sie in Frankreich und Italien begangen sind. Nach Meinung des Redners sei dies doch aber wohl nicht so unmöglich. Das allerdings nicht aufgeführte Attentat auf Polizeirath Krause in Berlin lasse doch den Glauben aufkommen, daß die Anarchie daran betheiligt sei. Einigen von ihnen schäme der Gedanke nicht allzu fern gelegen zu haben, daß die Anwendung von Gewalt zu befürworten sei. Daß die Verbreitung von verbotenen, staatsgefährlichen Schriften ein unerlaubtes Mittel sei, wäre längst anerkannt und von wie gefährlicher Art die gestern in den späten Abendstunden verlesenen Proschriften seien, hätte man ja gehört, einen besseren Rechtsbegriff für Aufrechter können es gar nicht geben. Denn in den Schriften sei alles was der Menschheit bisher heilig und theuer gewesen sei, in den Schmutz gezogen und zertritten. Die Druckschriften seien aber nach ihrem eigenen Gekändnisse von den Angeklagten verbreitet worden.

Tamit sei der Thatbestand des § 129 des Strafgesetzbuches gegeben.
Nachdem der Staatsanwalt die Schuldbeurtheilung für die einzelnen Angeklagten erörtert hatte, beantragte er gegen Reiter (vorbestraft) 3 Monat Gefängnis, gegen Rihau (vorbestraft) 3 Monat, gegen Jengin (unbestraft) 6 Monat, gegen Paul (vorbestraft) 4 Monat, gegen Jentes (unbestraft) 1 Monat, gegen Rohlmann (vorbestraft) 3 Monat, gegen Rihau (vorbestraft) 3 Monat, gegen Wärrer (vorbestraft) 2 Monat, gegen Schneider (vorbestraft) 1 Monat, gegen Rohlmann (vorbestraft) 1 Monat, gegen Weilmann (unbestraft) 1 Monat Gefängnis.

Vertheidiger Rechtsanwalt Sonnenfeld giebt zu, daß die Angeklagten öffentliche Versammlungen besucht hätten, sich Anarchisten oder Unabhängige nannten. Auch daß in diesen Versammlungen Vertrauensmänner gewählt seien, daß Zeller-Versammlungen veranstaltet und zu deren Beaufsichtigung für jeden einzelnen Abend Revisionen gewählt seien, aber es sei nicht erwiesen, daß eine strafbare Verbindung bestanden habe. Das Hauptverbrechen einer solchen sei, daß sich der Wille des einzelnen dem der Majorität untergeordnet habe. Nun sei es aber bei allen sonst meist recht unheimlichen Schattierungen der Anarchisten der einzige unbestrittene Satz, nie dürfe sich der Wille des einzelnen dem des anderen, auch nicht dem der Mehrheit unterordnen. Es sei doch gewiß nicht anzunehmen, daß die Angeklagten, die sich Anarchisten nennen, durch Schließen einer Verbindung gegen diesen obersten Grundsatz verstoßen hätten. Um diese Verbindung strafbar zu machen, selbst wenn sie bestanden habe, sei es nothwendig, daß sie ungesetzliche Ziele mit verbotenen Mitteln habe erreichen wollen. Es sei also nöthig, daß der Zweck strafbar sei; nun sei es aber nicht strafbar, wie der Herr Vorsitzende im Laufe der Verhandlung mehrfach hervorgehoben habe, wenn man es sich zur Beschäftigung mache, die Verfassungen Preußens und der Bundesstaaten, sowie die bestehende Gesellschaftsordnung durch erlaubte Mittel zu verändern oder ganz zu beseitigen. Es sei unbedingt nöthig, daß die Mittel ungesetzlich seien, nicht das gleiche gelte vom Zweck. Hier greife der juristische Grundsatz, daß der Zweck die Mittel heilige, mit Play. Es sei auch strafbar, erlaubte Zwecke mit

unerlaubten Mitteln zu erstreben. Was seien denn nun die Mittel der Angeklagten gewesen, mit denen sie ihren an sich unerlaubten Zweck hätten erreichen wollen. Das Abhalten öffentlicher Versammlungen und das Vertheilen von Druckschriften. Welches erlaubte Mittel, denn die Schriften, die später vom Amtsgericht Hannover beschlagnahmt seien, wären erst seit kurzem verboten, zur Zeit der Vertheilung aber erlaubt gewesen. Dann werde der Vorwurf der Geheimbündelei erhoben, worauf er — Redner — jedoch später zurückkommen wolle und der ihm ungerechtigt erscheine. Ferner das Tragen des Kranzes bei dem Begräbniß des Sozialdemokraten Bremer, in dem von der Anklage eine Demonstration erblickt würde. Nun aber hätten die daran betheiligten Angeklagten einen glühenden Haß gegen die Sozialdemokraten und daher sei es wohl anzunehmen, daß sie nicht demonstrieren, sondern nur den Menschen und Vorkämpfer hätten ehren wollen. Dies gelte besonders von dem ersten Angeklagten. Gegen Rihau sei vorgebracht, daß er verbotene und beschlagnahmte Schriften vertheilt habe. Lange habe er mit der Erklärung geögert, die er dann endlich glaubhaft vorgebracht habe, daß nicht er sondern seine Ehefrau diese Schriften bezogen und verbreitet habe, auch seien dieselben damals noch nicht beschlagnahmt gewesen. Gegen Jengin liege vor, daß er Vertrauensmann gewesen sei und daß er sich dessen Arbeiten unterzogen hat; dann, daß er dem Komitee zur Gründung eines Disputirkulubs angehört habe. Eine an sich straflose Bestrebung, denn der Klub sollte dazu dienen, die Behörden über die Ziele der Anarchisten aufzuklären, da dieselben nicht das Licht, sondern nur die über sie herrschende falsche Meinung zu scheitern hätten. Paul solle in einer öffentlichen Versammlung den Zwischenruf gethan haben: „Wo kriegen wir die ersten Bomben her!“ Er — Redner — wolle gewiß nicht behaupten, daß der betreffende Polizeikommissar wirklich etwas Falsches sage. Denn er könne nicht umhin, seine Bewunderung über die ebenso geistreiche wie obsequiöse Berichterstattung aller der im Laufe der Verhandlung vernommenen Herren Polizeibeamten auszusprechen, aber irren sei menschlich und wenn der Zeuge den Zwischenrufer, wie er sagt, nur sitzend gesehen hat, so ist es wohl schwer, ihn später, wenn er ihn stehend neben sich wiederzuerkennen. Denn wir alle wüßten, wie sehr man irren könne, wenn man jemand sitzend für groß oder klein halte. Ebenso leicht könne man in der Stimme irren. Aber selbst, wenn Paul den Ruf gethan, so könne man gegenüber der Aussage der Zeugnisszeugen, die ihn als friedlichen Menschen erscheinen lassen, nur an eine Redephase denken. Jentes endlich könne doch wohl gar nicht verurtheilt werden, denn er habe nur einmal, am 4. November 1894, in einer Versammlung gesagt: „Wenn mich noch einmal ein Vertreter des Kapitals drückt, dann nimm ich ein Exempel“, und diese Aeußerung sei schon einmal Gegenstand eines Strafverfahrens gewesen, das rechtskräftig eingestellt sei. Wärrer sei neben Rohlmann entschieden der beste Klaffe Kopf unter den Angeklagten, aber darum noch lange kein Antonio. Er habe seinem Widerwillen gegen jede Gewalt und seinem Glauben an die idealen Ziele der Anarchie wiederholt Ausdruck gegeben. Er habe gesagt, es sei eine Gemeinheit, an blutigen Aufständen zu denken, denn die kleinlichbrügger Gewehre würden in einem solchen Falle schon ihre Schuldigkeit thun. Er habe kein anderes Ziel verfolgt, als dem Uebel und der Unterdrückung ein Ende zu machen. Ob solche idealen Ziele erreichbar seien, sei ja mehr als fraglich. Er habe stets als bestes Mittel die Aufklärung empfohlen, diese und den Austritt aus der Landeskirche und Bildung von Gewerkschaften als erstes Erforderniß zur Erreichung des idealen Zukunftsstaates hingestellt. Er hätte ja auch die Attentate als Thaten des Wahnsinns bezeichnet und wenn er gesagt habe, das heutige System ist aber auch dazu angethan, die Leute zum Wahnsinn zu treiben, so habe er damit die in Frankreich und Italien herrschenden Systeme gemeint, aber nicht das in unserem Vaterlande herrschende. Der Angeklagte Schneider habe einmal in einer öffentlichen Versammlung Stellung gegen die Sozialdemokratie genommen und gesagt, es müsse schriftlich und mündlich mehr agitiert werden; wenn die Sozialdemokraten erst einsehen würden, daß sie von ihren Führern ausgefogen, würden sie alle Anarchisten; er habe sich damit nur gegen die Diktatur der Parteiführer gewandt, aber nicht zum Klassenhaß aufgereizt. Von Rohlmann habe der Polizei-Inspektor Schmidt bekundet, er sei ein ganz gemäßigter Sozialist, allerdings habe er sich auch als Revolutionär bekannt, wie alle, doch gäbe er — Redner — eine andere Deutung von dem Begriff Revolution, es gäbe auch friedliche Revolutionen, ohne Blut und Eisen. Man rede ja doch von einer Revolution auf dem Weltmarkt, von einer Revolution im Reich der Wissenschaft und eine solche unblutige Revolution im Reich der Geister hätten die Angeklagten erstrebt. Rohlmann solle dann noch einige Aeußerungen gethan haben, wie „wir sind alle gleiche Männer u. s. w.“, doch Anweisungen zu Doh und Gewaltthat seien darin nicht enthalten. Auch hat er, als Redner einmal eine Brandrede hielt, nichts gesagt, wohl aber, als derselbe Redner eine sehr gemäßigte beendet hatte, gerufen: „Gente hat der Mann und allen aus dem Herzen gesprochen!“ Er spreche nicht etwa aus unedlen Beweggründen, wie etwa aus Faulheit, denn er habe die Redewendung gebraucht: „In dem Zukunftsstaate wird Arbeit eine Erholung sein und dann kann uns niemand mehr die Arbeit nehmen!“ Rohlmann habe schon öfter das Gleich der Arbeitslosigkeit empfunden und dies möchte er aus der Welt schaffen. Weilmann solle in der Versammlung vom 4. November 1894 den Ausdruck gebraucht haben: „Wenn wir auf das hineinwachsen in die neuen Verhältnisse warten sollen, dann können wir lange warten!“ Er bestritte dies und da man ihm nicht gleich Gelegenheit zu seiner Vertheidigung gegeben habe, so könne er heute nicht den Beweis führen, daß er dies nicht gesagt habe. Auch er sei einmal zum Revisor gewählt worden, habe aber dies Amt niemals ausgeübt.

Was nun den Besuch der geheimen Konventikel anbetreffe, der den Angeklagten zur Last gelegt werde, so sei gar nichts erwiesen. Nicht etwa, daß er — Redner — glaube, der Polizei-Inspektor Schmidt habe seine Gewährsmänner auf ihre Zuverlässigkeit nicht genügend geprüft, aber es habe einen Zeitraum von drei Jahren erfordert, um das Beweismaterial zusammenzubringen und so müssen doch den Herren selbst die Angaben nicht recht genügt haben. Zudem ginge das erste Erforderniß einer Verhandlung, die Unmittelbarkeit, verloren, es sei das ebenso gut, als wenn der eine Theil, die Angeklagten, gar nicht gehört würde. Anders wäre es, wenn die Kronzeugen hier vernommen werden könnten, dann hätte sich doch der Gerichtshof selbst ein Urtheil über deren Glaubwürdigkeit bilden können, aber auf die bloße Meinung des Polizei-Inspektors Schmidt hin, daß seine Gewährsmänner Glauben verdienten, könne man doch niemand ins Gefängnis schicken. Er — Redner — könne die Weigerung des Polizeipräsidenten nicht fassen, denn daß durch die Namensnennung einiger Spione das Wohl eines Staates gefährdet werden könne, erscheine ihm unmöglich, zumal es ja nach Aussage des Inspektors Schmidt viele solcher Leute gäbe. Die Gewährsmänner hätten dem Zeugen wohl das Thema, das in den Konventikeln besprochen sei, angegeben, aber nicht, ob sich die Angeklagten zustimmend oder mißbilligend darüber aus-

gesprochen hätten. Wie gesagt, irren sei menschlich, und deshalb könne sich Jenege Schmidt trotz der größten Sorgfalt in seinen Gewahrsam irren. Im Kriege sowohl wie bei der Polizei seien Spione unentbehrlich; daß diese nun deshalb aber besonders ehrenwerthe, glaubhafte Leute seien, würde doch wohl niemand behaupten. Wenn aber der Glaube an das Bestehen der geheimen Versammlungen nicht durchdringe, falls zugleich ein Stützpunkt der ganzen Anklage, denn durch sie solle doch der fortwährende Zusammenhang der Verbindung hergestellt sein. Die Angeklagten bestritten es, entweder überhaupt in den Salons gewesen zu sein, oder wollen dort ruhig mit Bekannten ein Glas Bier getrunken und vielleicht auch einmal über Politik gesprochen haben, doch seien dies nur gewöhnliche Bierstischgespräche gewesen. Der Herr Staatsanwalt siehe das Attentat auf Krause zur Befriedigung heran, als habe dies etwas mit der Anarchie zu thun. Er — Medner — könne nicht umhin, zu erwähnen, daß in Berlin sogar in den Kreisen der Polizei der Glaube herrsche, nicht die Anarchisten, sondern ein früherer Untergeordneter Krause habe das Attentat verübt. Man könne doch unmöglich die Angeklagten dafür verantwortlich machen, wenn irgend welche Parteigenossen in Frankreich und Italien Mordthaten begingen.

In den öffentlichen Versammlungen hätte man sich ja auch genügend gegen jeden Zusammenhang mit solchen Mordbuben verwahrt. Freilich hätten von auswärts verschriebene Medner wie Werner und der als Polizeispion verdächtige Riecke und Krüger Vorreden gehalten, aber nicht unwarrscheinlich sei es, daß gerade diese Medner die Gewährsmänner der Polizei seien. Was diese nun aber gesagt haben, wird als für die Angeklagten belastend mit hineingezogen und daraus solle der Schluss gezogen werden, daß die Angeklagten innerlich ebenso dächten. Dies könne aber nicht angenommen werden und wenn auch, für das, was man innerlich denke, könne man nur dann bestraft werden, wenn es nach außen hin in Erscheinung trete. Der Verteidiger bittet deshalb um Freisprechung ev. um Milderung der beantragten Strafe, da die Angeklagten doch nicht aus unedlen Motiven, wie Faulheit u. dgl. gehandelt hätten, die Propaganda der That offen verdammt und ideale, wenn auch unerreichte Ziele verfolgten. Auch die Vorstrafen, die ja doch meist auf anderem Gebiete lägen, könnten nicht erschwerend wirken, denn seitdem sie der anarchistischen Partei angehörten, hätten die Angeklagten sich entschieden veredelt und seien nicht mehr mit dem Strafgesetz in Konflikt gerathen.

Der Erste Staatsanwalt meint, es sei durchaus unnötig gewesen, daß der Verteidiger die hiesige Polizei lobe. Er selbst habe kein Wort darüber verloren, er sei das so gewohnt, nun wolle er es aber nicht unterlassen, den Herren Polizeibeamten seine Komplimente darüber zu machen, wie unparteiisch, objektiv und eifrig sie ihres Amtes gewaltet, sowie ihre Berichte erstattet hätten. Gewiß erfreuten sich wenige Städte Deutschlands einer so vorzüglichen Polizei. Der Staatsanwalt wundert sich auch, wie der Verteidiger wissen könne, daß Riecke Polizeispion sei, oder gar der hiesigen Polizei Bericht erstattet habe. Werner sei bereits bestraft und Krüger würde gewiß heute mit auf der Anklagebank sitzen, wenn er nicht flüchtig geworden wäre. Es erfolge dann noch zwischen dem Ersten Staatsanwalt und dem Verteidiger einige Nichtigkeiten, auch entspinnt sich zwischen ihnen über die hervorgetretene Meinungsverschiedenheit eine längere Replik und Duplik.

Zuletzt verwahrt sich der Angeklagte Kohlmann noch heftig dagegen, daß er ein Sozialdemokrat sein solle.

Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten Paul wegen Vergehens gegen § 130 des Str.-G.-B. zu 2 Monaten Gefängnis, sprach dagegen die sämtlichen Angeklagten frei und begründete dies Urtheil dahin:

Die Frage, ob eine Verbindung im Sinne des § 129 des Str.-G.-B. vorliege, sei bejaht worden, denn es habe, wenn auch eine lose, so doch eine Organisation bestanden. Freisprechung müsse erfolgen, weil nicht erwiesen sei, daß die Verbindung den Zweck gehabt habe, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern und zu entkräften, oder daß dies zu ihrer Beschäftigung gehöre habe. Erwiesen sei nicht, daß die Angeklagten den gewaltsamen Umsturz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, eine Revolution mit Mitteln äußerer Macht und physischer Gewalt bezweckt hätten. Allerdings liege dieser Verdacht durch ihre Kundgebungen in den öffentlichen Versammlungen und durch ihre Schriftenverbreitung nahe. Dieser Verdacht sei aber nicht ausreichend. Abgelehnt, bei allen feststehenden Meinungen über die letzten, ja nicht einmal über die nächsten Ziele der Verbindung seien den Angeklagten nicht nachzuweisen gewesen. Sie hätten in der Verhandlung die verschiedensten Angaben darüber gemacht, wie sie ihre Ideale zu verwirklichen gedächten, aber alle hätten ihre Gewinnung in durchaus friedfertigerweise dargestellt. Daß diese nicht allen beizubringen sei zweifellos, der Nachweis aber schwierig zu führen. Dies sei nur möglich gewesen, wenn man von dem Inhalt der geheimen Unterredungen Kenntnis erlangt hätte. Ob Zusammenkünfte stattgefunden, hätte nicht bejaht werden können. Zwar seien die Angaben der Polizeibeamten in vollen Ehren zu halten, auf Grund der Mittheilungen ungenannter Gewährsmänner aber kein Urtheil zu fällen. Die Bedingung der Unmittelbarkeit ginge dadurch verloren. Ferner sei der Nachweis nicht geführt, daß den Angeklagten die Konstitution der Schriften durch auswärtige Gerichte bekannt gewesen sei. Zudem sei es auch zweifelhaft, ob sich die Wirksamkeit auf den Bezirk Magdeburg beziehen lasse. Die verlesenen drei Hefte enthielten allerdings Majestätsbeleidigungen u. dgl., doch sei auch hier der Nachweis nicht erbracht, daß die Angeklagten Kenntnis von den beleidigenden Stellen gehabt hätten.

Tagegen sei Paul des Vergehens gegen § 130 d. Str.-G.-B. überführt erachtet, denn es sei erwiesen, daß er in einer öffentlichen Versammlung die beschlossenen Protestationen gegen die bestehenden Massen durch seinen Zwischenruf zum Verstoß von Bomben, also zu Gewaltthatigkeiten angereizt habe.

Soziale Uebersicht.

Den Vermögensverhältnissen soll es, wie die offiziellen Berliner Politischen Nachrichten mittheilen, durch die in Aussicht stehende Unfallversicherungs-Novelle ermöglicht werden, gleichwie die Altersversicherungs-Kassalen, einen Theil ihrer Kapitalien zum Bau von Arbeiter-Wohnstätten zu verleihen.

Ueber Geldüberfluß und Arbeitslosigkeit wird uns aus Kiel geschrieben: Seitdem am Nord-Östsee-Kanal die hauptsächlichsten Arbeiten beendet sind, hat sich in der Provinz Schleswig-Holstein eine recht fühlbare Geschäftskrise bemerkbar gemacht. Für die beim Kanalbau beschäftigt gewesenen Arbeiter hat sich innerhalb der Provinz keine Arbeit gefunden, sodaß diese entweder anderwärts hingehen oder arbeitslos umherirren, wodurch besonders viele Kleinhandlärer und Handwerker stark zu leiden haben. Ebenso ist im Banhandwerk eine allgemeine Reaktion eingetreten, sodaß mit recht von den Banhandwerkern der heranrückende Winter gefürchtet wird. Dieser Noth und Elend vertheilenden allgemein trostlosen Lage steht ein Geldüberfluß gegenüber, wie er noch nie vorhanden war. Fast alle Banken, Sparkassen und sonstige sichere Geldinstitute haben der-

artig Kapital angehäuft, daß sie den Zinssatz auf 2 pCt. herabgesetzt haben, vielfach aber gar keine Zinsen zahlen und sich weigern, Geld anzunehmen. So die Kieler Spar- und Leihkasse, bei der seit geräumter Zeit größere Einzahlungen nicht mehr angenommen werden. Und obgleich Baugelder zu 4 pCt. bis zum 60fachen Reinertrag massenhaft zu haben sind, verpönt dennoch kein Mensch Lust, von diesem Angebot Gebrauch zu machen. So bleibt denn als einzige Hoffnung der Schiffbau, wofür ständlich Aufträge von Japan und China erwartet werden. Wohl sind in letzter Zeit einige Frachtdampfer nach diesen Ländern verkauft worden, doch sind die Neubestellungen, vor allem an Kriegsschiffen, bis jetzt noch ausgeblieben. Es ist demnach, als wenn sich die von der sozialistischen Presse ausgesprochene Prophezeiung, England und Amerika würden Frankreich, Rußland und Deutschland von dem ostasiatischen Markt verdrängen, schon jetzt bewahrheiten soll. Die Industriellen scheinen dies jetzt auch schon einzusehen und begreifen den in japanischer Sprache demnächst erscheinenden Industrie-Anzeiger mit Freude; hoffen sie doch, durch diesen ihren Platz auf dem ostasiatischen Markt behaupten zu können.

Deutsche Hungerlöhne. 30 Pfennig für eine Hufe wurde in einem Stuttgarter Kleidergeschäft einem Schneidermeister gezahlt, der auf eine Annonce hin sich dort Arbeit geholt hatte. Der Fall — sagt die „Frankfurter Zeitung“ — beweist klassisch die Nothwendigkeit voller Koalitionsfreiheit, die von den „Entgegnungen“ so oft angegriffen wird.

Zu 1 Jahr Zuchthaus wurde vom Dresdener Landgericht ein Mann verurtheilt, weil er ein Scheit Holz, das dreißig Pfennige werth war, aus dem Kohlenbahnhof in Kölln a. O., wo er beschäftigt war, aufgehoben und mit nach Hause genommen hatte, um es als Feuerholz zu verwenden. Der Mann war siebenmal bestraft und hatte das Zuchthaus zu Waldheim erst vor kurzer Zeit verlassen. Das erklärt juristisch den Spruch. Aber unvereinbar mit der Vernunft ist eine Gesellschaftsordnung, wonach auf die Verübung eines Schadens von 30 Pf. die Qual einer einjährigen Zuchthausstrafe gesetzt werden kann.

Die Verwaltung der badischen Kautlin- und Sodafabrik in Ludwigshafen entließ, wie wir in süddeutschen Arbeiterblättern lesen, einen Arbeiter, weil er einige Minuten zu spät zur Arbeit kam. Nicht genug damit, stellte sie ihm auch ein schlechtes Zeugnis aus. Der Arbeiter fand trotz eifriger Suchens keine andere Arbeit, verzweifelte darüber und schnitt sich an beiden Armen die Pulsadern auf. Er befindet sich jetzt im Spital und es ist fraglich, ob er mit dem Leben davonkommen wird. Seine Familie ist im größten Elend.

Die badische Kautlin- und Sodafabrik ist eine Gesellschaft, die unter den Altunternehmungen Deutschlands so ziemlich den besten Profit abwirft. Die Börsenpresse ist deshalb über sie des Lobes voll. Anders sprechen die Arbeiter Ludwigshafens. Der hohe Nebel der Gesellschaft kommt zu stande durch die rücksichtslose, minutiöse Ausnutzung der Arbeitskräfte. Der Arbeiter kam ein paar Minuten zu spät, um eben so viele Minuten schmälerte er der Gesellschaft die Ausbeutungsgelegenheit, folglich fliegt er hinaus, und wenn er, in Verweisung, dem Jammerleben in dieser „besten der möglichen Welten“ ein Ende machen will, so hat das Kapital höchstens noch Tadel für ihn, daß er seine Familie unverfürzt zurücklassen wollte und dadurch unter Umständen die Armenkasse belasten konnte.

Lieberliche Behandlung der Dampfessel scheint in der Schweiz noch besonders im Schwange zu sein. Nach dem letzten Jahresberichte des Schweizerischen Vereins von Dampfesselbesitzern, dem die Aufsicht über Anlage und Betrieb von Dampfesseln von den Kantonalregierungen übertragen ist, war der Kesselsturz folgender: „Innerliche Reinigung schlecht oder nicht fertig besorgt bei 121 Kesseln, schlecht gerichtet bei 94 Kesseln, Kesselstein noch in der Dicke von 5 bis 60 Millimetern vorhanden bei 59 Kesseln. Eine ganze Anzahl von Mitgliedern mußte ausgeschlossen werden.“

Wenn es also, so schreibt ein schweizerisches Arbeiterblatt, einmal Dampfessel-Explosionen mit hunderten von Opfern giebt, so braucht sich niemand zu wundern. Solche „Unfälle“ werden durch solche frühlich nachlässige Behandlung der Kessel förmlich vorbereitet. Wir fordern staatliche Kontrolle dieser Mordinstrumente!

Gewerkschaftliches.

Widhauer. Die Differenz mit der Firma Südwestend, Fischerstr. 12, ist beigelegt. Die Firma bewilligte 8 1/2 stündige Arbeitszeit und an Stelle des früher gezahlten Abordnungs Zeitlohn.

In der Werkstatt von Schröder, Blumenstr. 46, haben drei Kollegen die Arbeit niedergelegt. Es wird von diesen auch die Bewilligung der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit und des Zeitlohns gefordert. Erhöhte Forderung ist bereits bewilligt. Der Vorstand des Zentralvereins der Widhauer, Verwaltungsstelle Berlin.

Der Streik in der Schuhfabrik von Bergschmidt und Lange in Berlin, Brunnenstr. 10, ist, nachdem zwischen Fabrikanten und Arbeitern eine Einigung erzielt wurde, für beendet erklärt. Die Arbeiter nehmen heute, am Freitag Morgen, die Arbeit wieder auf.

Der Vorzeelanarbeiter-Streik in Altwasser dauert fort, da es, trotz aller Bemühungen der Arbeiter, zu keiner Einigung mit dem Unternehmer Reich gekommen ist. Auch in Sophienau und Rönitzsch dauert der Ausstand fort.

Die Norddeutsche Steinzeugfabrik-Alliengemeinschaft in Grohn-Wegefeld, über deren Betrieb die Sperre verhängt ist und die deshalb weder im Deutschen Reich noch in Österreich Arbeiter bekommt, sucht Arbeitskräfte in andern Ländern anzuwerben und hatte auch nach England Werber geschickt. Es kamen auch 18 Engländer in Wegefeld an. Als sie aber von ihren deutschen Kameraden über die Ursache der Sperre in ihrer Landessprache unterrichtet worden waren, sagten sie: We will not attack our German comrades, we will not be black-legs, was auf deutsch bedeutet: Wir wollen unsere deutschen Kameraden nicht belästigen, wir wollen keine Streikbrecher sein. Die braven Söhne Albions sind denn auch richtig wieder nach ihrer Heimath abgemarscht und haben somit ein schönes Beispiel internationaler Solidarität gegeben.

Die Zahl der streikenden Maler Leipzigs ist auf über 500 gestiegen. 23 Meister haben die Forderungen der Gehilfen durch Unterschrift anerkannt, 7 Meister haben zwar bewilligt, lehnen aber die Unterschrift ab. 200 Gehilfen arbeiten nach den neuen Bedingungen. Die Innung will den älteren Gehilfen den Lohn erhöhen, den jüngeren 2 bis 5 Pf. pro Stunde auf den bisher gezahlten Lohn anlegen, lehnt aber die neunstündige Arbeitszeit ab. Im Leipziger Tageblatt drohten die Meister, wenn bis Donnerstag eine Einigung nicht erzielt sei, eine Generalausperrung vornehmen zu wollen. Die Gehilfen beschloßen jedoch, an ihren Forderungen festzuhalten. Der Streik steht sehr günstig, denn das Reichsgericht-Gebäude muß fertig werden und die Einweihungsfeierlichkeiten bringen wieder eine Menge Arbeit. Auf dem Reichsgerichts-Neubau haben alle Gehilfen, bis auf die des Berliner Unternehmers Wodenstein, die Arbeit niedergelegt.

Die letzte Generalversammlung des von der arbeitertreundlichen sächsischen Regierung aufgelösten Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter findet Sonntag, den 22. September, nachmittags 3 Uhr, im Saale „Zur Juche“ in Hohenstein-Ernstthal statt. Einziger Punkt der Tagesordnung: Die Liquidation des Verbandes und Wahl einer Liquidationskommission.

Schuhmacher-Kongress in Kopenhagen. (Dritter Verhandlungstag.) Ein Antrag auf Einführung eines Minimallohnes (statt für Durchführung der Preiskontante zu wirken) wurde nach kurzer Debatte bis zum nächsten Kongress vertagt. Dann wurde mitgeteilt, daß im Jahre 1897 in Kopenhagen ein skandinavischer Schuhmacherkongress abgehalten werden soll. Auf die Frage, ob die dänische Organisation sich daran theilnehmen wolle, erhob man das Bedenken, daß die norwegischen und schwedischen Organisationen noch sehr schwach seien und daher die dänische von einem Zusammenarbeiten mit ihnen eher Nachtheil als Nutzen hätte. Schließlich erhielt der Vorstand den Auftrag, die Gesichtspunkte aufzustellen, unter denen man mit den übrigen Skandinaviern zusammenarbeiten könnte. Weiter beschloß man, den nächsten Kongress 1897 in Kopenhagen abzuhalten, wenn der skandinavischer Schuhmacherkongress zu stande käme, im andern Fall ihn erst 1898 tagen zu lassen.

Die Schneider Zänemarsk hielten in Horsens einen Kongress ab, dessen Ergebnis in folgenden Beschlüssen niedergelegt ist: In allen Geschäften, welche Lieferungen für die Bahnen (zu 1896) übernehmen und die Arbeit nicht nach dem Takt bezahlen wollen, ist die Arbeit niedergezulegen. Der Kongress protestirt dagegen, daß der Staat und die Kommunen Lieferungen annehmen, ohne daß die Lieferanten verpflichtet werden, nach dem geltenden Takt zu bezahlen. In anbetracht, daß die Organisation das einzige Mittel ist, die Lage der Arbeiter zu verbessern, sprach der Kongress denjenigen Kollegen einen Tadel aus, die noch nicht Mitglieder des Verbandes sind, da sie durch ihre Zurückhaltung beihilflich sind, den besten Schutz gegen die Bewegung niederzuhalten, die besonders in den neugebildeten Meisterverbänden sich geltend macht. Mehrere verbinden eine ruhige Entwicklung der Arbeitsverhältnisse und drücken dadurch den Arbeitslohn herunter. Die Zentralleitung wie auch die Lokalverbände sollen ihre Aufmerksamkeit den Lagergeschäften zuwenden, speziell dem Arbeitslohn der Frauen, die in diesen beschäftigt werden. Die Zentralleitung habe für die Errichtung eines Arbeitsnachweises Bureau's thätig zu sein. Ein Vorschlag, der Verband solle einer von den Fachvereinigungen vorgeschlagenen planmäßigen Streikunterstützung beitreten, wurde zunächst den Lokalverbänden zur Verhandlung überwiesen. Der Kongress beschloß ferner, daß alle Verbandsmitglieder, welche männliche und weibliche Gehilfen haben, dafür zu sorgen haben, daß diese den betreffenden Organisationen angehören. Wo die Forderung nach Lohnerhöhung für männliche Arbeiter gestellt wird, muß sie auch für weibliche gelten, soweit diese der Organisation angehören und es wünschen. Die Mitglieder werden ersucht, soweit als möglich mit Nichtmitgliedern nicht zusammenzuarbeiten. Der nächste Kongress wird 1897 in Kopenhagen abgehalten. Der Verband soll auf dem 1897 in Stockholm stattfindenden skandinavischen Kongress vertreten sein. Die Delegirten wählt die Zentralleitung.

Geriichts-Beitrag.

Ein wunderbarer Strafbefehl wegen großen Aufruhrs (Vergehen gegen § 360, 11 des Str.-G.-B.) ist gegen den verantwortlichen Redakteur des „Börsen-Kouriers“ vom Amtsgericht I erlassen worden, und zwar wegen einer von dem Blatte am 6. Juni gebrachten Notiz, nach der „am 5. Juni 1895 auf dem Wörther Platz einem 3 1/2 jährigen Knaben von mehreren größeren Jungen Tod in den Mund gegossen worden, so daß der Kleine in entsetzlicher Weise verbrannt worden sei“. Durch diese „rein aus der Luft gegriffene Nachricht, welche geeignet gewesen, das Publikum in seinem Sicherheitsgefühl zu stören und somit zu belästigen“, soll, nach der gerichtlichen Verfügung, also „grober Unfug“ begangen sein! Ueber den Vorgang selbst hatte dem Blatte damals ein Augenzeuge berichtet, der im übrigen bei den Eltern des Knaben und an amtlicher Stelle Ermittlungen eingeleitet hatte. So ganz „aus der Luft gegriffen“ dürfte also die Mittheilung nicht gewesen sein; außerdem stimmt sie fast wörtlich mit der Meldung des amtlichen Polizeiberichts, der den Vorgang wie folgt schildert: „Auf dem Wörther Plage wurde einem 3 1/2-jährigen Knaben von einem noch nicht ermittelten größeren Knaben Jodtinktur in den Mund gegossen.“ Selbstverständlich ist gegen den Strafbefehl Einspruch erhoben worden. Daß aber die Verfügung, obwohl der amtliche Polizeibericht dem Gerichte bekannt gegeben wurde, überhaupt erlassen worden, erscheint schwer verständlich!

Ein böses Jubiläumsgeschenk wurde gestern dem Invaliden Wilhelm Vallentin durch Urtheil der 129. Abtheilung des Schöffengerichts zu theil. Der Verurtheilte ist während des Feldzuges 1870 verwundet und als theilweise erwerbsunfähiger Invaliden entlassen worden. Wie er behauptet, ist er nicht theilweise, sondern völlig erwerbsunfähig. Die ihm gewährte Invalidenpension reiche zum nothwendigsten Unterhalt nicht aus, fünf Jahren bemühe er sich bei allen möglichen Behörden, eine höhere Unterstützung zu erhalten, aber immer vergeblich. Dann habe er schließlich ein Gesuch an den Kaiser gerichtet, dieses aber vom Bezirkskommando II zurückgehalten mit der Begründung, daß es nicht beantwortet werden könne, weil er als Invaliden keinen Anspruch auf eine höhere Pension habe, als er erhalte. Nun hatte der Angeklagte ein zweites Gnadengesuch an den Kaiser gerichtet, worin er das Bezirkskommando der großen Lüge bezichtigte und behauptete, daß die Behörden ihm nur langsam verhungern lassen wollen. Wenn der Staat behauptet, daß er (Vallentin) noch erwerbsfähig sei, so möge der Staat ihm auch Arbeit geben, denn ein Privatmann gebe ihm keine Beschäftigung. Wegen der gegen das Bezirkskommando gerichteten Aeußerungen wurde gegen Vallentin Anklage wegen Verleumdung erhoben. Er entschuldigte sich im Termin mit seiner erbitterten Stimmung. Wenn der Gerichtshof auch geneigt war, dies als Milderungsgrund anzuerkennen, so wurde doch nach dem Antrage des Staatsanwalts auf eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen erkannt.

Wegen Majestätsbeleidigung und Bedrohung wurde der Schneider Josef Hierer am 20. März 1895 vom Landgericht Nürnberg zu 2 Monaten und 1 Tag Gefängnis verurtheilt. Er legte gegen das Urtheil Revision ein und rügte unzulässige Beschränkung der Vertheidigung, indem zwei von ihm benannte Zeugen als unerheblich abgelehnt worden seien. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Angeklagten.

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung der Graveure und Biskure hielt am 20. August ihre ordentliche Versammlung ab, in welcher Genosse Bösch über „den Augen und die Bedeutung der Organisation“ sprach; der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Im Geschäftlichen berichtete Kollege Krause über das Fehlen verschiedener Bücher aus der Vereinsbibliothek. Die Versammelten erchten in üblicher Weise das Andenken unseres verstorbenen Vorkämpfers Friedrich Engels. Der Vorsitzende gab bekannt, daß in der nächsten Versammlung ein Vortrag über „die neuesten Errungenschaften der Astronomie“ stattfinden.

Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands. Die Filiale II Berlin-Nord ertheilte am 20. d. M. das Andenken Friedrich Engels, nahm dann mit Beifall einen Vortrag des Genossen Wagner über: „Vollbildung und Volkserziehung“ entgegen. Die Abrechnung des Dampfvergnügens ergab einen Ueberschuß von 22,80 Mark. Den streikenden Kassenmachern wurden 20 Mark bewilligt. Das Stiftungsfest findet am 12. Oktober statt.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband (Zirkel Berlin, Bezirk Osten) hielt am Sonntag, den 23. August, seine letzte Mitglieder-Versammlung in Meißels kleinem Saal in der Weber-

Kollege Engmann eröffnete die Versammlung und begrüßte den Antrag, betreffend Umgestaltung des Arbeitsnachweises. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Ellert, Vertmann, Engmann, Vogelgesang, Guls, Loe, Dullig, Schellisch und Siebert. Sämtliche Redner waren gegen das Weiterbestehen der jetzigen Form des Arbeitsnachweises. Kollege Dullig wünscht die Errichtung von Arbeitsnachweisen in vier Stadtteilen unter der Kontrolle der Kollegen, wie es heute die Wohnpolizei haben. Diese Form verursacht viel weniger Kosten, und dabei werde gut gearbeitet. Kollege Siebert ist mit dieser Anregung auch einverstanden. Er verspricht sich jedoch von der Umgestaltung des Arbeitsnachweises nicht viel, sondern wünscht einen städtischen Arbeitsnachweis, in dem jeder Beruf vertreten ist und wo die Vermittlung der Stellen unentgeltlich geschehen soll. Bloß an diesen würden sich die Unternehmer wenden. Kollege Engmann verlas hierauf einen Antrag des Kollegen Schäfer, welcher lautet: Die heute in Meißner's Gasthofen tagende Bezirksversammlung empfiehlt, daß der Arbeitsnachweis derartig umgestaltet wird, daß in vier Stadtteilen je eine Vermittlungsstelle eingerichtet wird, er bittet, den Antrag der Generalversammlung zu überweisen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Da der Kollege Dullig Umstände halber gezwungen ist, seinen Posten als Bibliothekar niederzulegen, wurde an seiner Stelle Kollege Vogelgesang gewählt.

Eine von dem Bevollmächtigten der Filiale Berlin einberufene Schneider- und Schneiderinnenversammlung, die am 28. August bei Cohn in der Deutsches-Straße stattfand, beschäftigte sich mit den sanitären Zuständen in der Hausindustrie und mit der Aufgabe, die der Gewerkschaft hierdurch erwächst. Der Referent, Kollege Zimm, gab hierzu eine kurze Darstellung der wiederholt in der Presse und in Versammlungen gerügten, vielfach geradezu verwerflichen hygienischen Zustände in der Hausindustrie; er betrachtete es als Hauptaufgabe, die öffentliche Meinung im weitesten Maße hierfür zu interessieren, und erklärte, daß auch ärztliche Autoritäten ihre Betätigung zugesagt haben bei der Untersuchung der sanitären Zustände in der Hausindustrie. Zum Zwecke genauer Erhebungen auf diesem Gebiet sei von der Kaiser-Kommission in Gemeinschaft mit der Untersuchungskommission ein Fragebogen formuliert, der den Kollegen und Kolleginnen zur gewissenhaften Ausfüllung aufgestellt wird, und prompt an den Kollegen Zander, Schützenstr. 18/19, Arbeitsnachweis und Auskunfts-Bureau der Schneider und Schneiderinnen Berlins, abzugeben ist. Der Vorsitzende bespricht darauf die einzelnen Fragen resp. deren zweckmäßigste Beantwortungsweise und teilt zum Schluß mit, daß sich ein Kontrollkomitee aus dem Verbande heraus gebildet habe, welchem die Aufgabe zusteht, über die Richtigkeit der Ausfüllung der Fragebogen zu wachen, und die sich als notwendig herausstellenden Nachkontrollen vorzunehmen. Genosse Heymann betont die Wichtigkeit dieser Fragebogenaktion für die gesamte Hausindustrie. Er konstatiert die Gemeingefährlichkeit der hausindustriellen Herstellung der Bekleidungsgegenstände durch ein Beispiel, nach welchem im vorigen Jahre die Blätter den Eingang in den Vereinigten Staaten gefunden haben. Damals grassierten die Blätter in Chicago und sind von hier aus durch die Hausindustrie hergestellten Bekleidungsgegenstände, die oft in enge Berührung mit Blättern-krankheiten gekommen sind, überall hin verschleppt worden. Der Nachweis der Gemeingefährlichkeit der Hausindustrie sei für die Allgemeinheit von größter Bedeutung und soll durch das aus den vorliegenden Fragebogen sich ergebende Material geführt werden. Die Meinung des Redners ging dahin, daß es in Berlin keine Verstaatlichung der Hausindustrie gebe, die auch nur annähernd den gesundheitlichen Ansprüchen nachkomme; er mahnt ebenfalls, keine Mühe zu scheuen, um die Erhebungen recht umfangreich zu gestalten, wodurch ein überaus wichtiges Aufklärungsmaterial zu schaffen sei, welches die Regierung zu energischem Eingreifen zu veranlassen hat. Konfektions-schneider Kullik, Anhänger der lokalen Richtung, erkennt ebenfalls die Bedeutung der Fragebogen-Aktion an und gibt noch einige Anregungen bezüglich der Ablieferungsdränge. Darauf erfolgt die Bekanntgabe der Abrechnung vom zweiten Quartal durch Kassier Zimm. Die Einnahmen inkl. Bestand betragen 788,45 M., die Ausgaben, einschließlich 550,— M., die an die Hauptkasse gefandt wurden, 779,— M., so daß ein Bestand von 9,45 M. sich am Orte befindet. Die Lokalkasse vom zweiten Quartal weist noch Bestand vom vorigen Quartal und den am Orte für örtliche Agitation zurückgehaltenen 80 Prozent einer Gesamteinnahme von 443,60 M. auf, der eine Gesamtausgabe von 838,91 M. gegenübersteht; somit ist ein Bestand von 104,69 M. zu verzeichnen. Nach von dem Revisorin beantragter Dechargeerteilung erfolgte die Bekanntgabe der Werkstattdelégation. Sitzung für Mandatskonfession, die am Donnerstag, den 29. August, bei Wiedemann, Blumenstraße 38, stattfindet.

In der Maler-Versammlung vom 27. August erstattete Link seinen Rechenschaftsbericht als Vertrauensmann. Vereinnahmt wurden 449,40 M. und verausgabt 401,34 M. Mit dem alten Bestande von 1021,89 M. beträgt der gegenwärtige Kasienbestand nunmehr 1069,95 M. Die Revisoren beantragten die Erteilung der Decharge und die Versammlung stimmte dem zu. Da Link eine Wiederwahl bestimmt ablehnte, so wurde Lorenz als Vertrauensmann der Berliner Maler gewählt. Revisoren für dessen Amtsperiode sind Daus, Link und Wehrle. Der Referent für den folgenden Punkt der Tagesordnung: Welche Forderungen sind in nächsten Jahre aufzustellen? erläuterte, daß anlässlich der Gewerbe-Ausstellung die Arbeitsverhältnisse sich auch in der Branche günstig gestalten würden; es wäre dann möglich, Forderungen, für welche die Maler schon lange eingetreten sind, geregelt zu bekommen. Abschaffung der Ueberstunden und der Nachtarbeit, und Festsetzung eines Mindestlohnes, durchzuführen. Vor allen Dingen bedürfte es dazu einer planmäßigen Vorbereitung und einer gestärkten Kasse. Diesen Ausführungen Link's traten die Redner in der Diskussion in ihrer Mehrheit bei. An der Debatte beteiligten sich, zum Teil wiederholt, Kube, Wenzel, Wenzler und Fleischer. Zu einem Beschluß kam es nicht. Es wurde ein Antrag von der Versammlung akzeptiert, daß eine neue Versammlung dieser Frage weiter behandeln soll. — Weniger kam auf den Leipziger Streik zu sprechen und forderte zur Fernhaltung des Zugzwanges auf. Auf den Vorschlag von Link erklärten sich die Anwesenden damit einverstanden, daß 30 M. als Ausdruck der Solidarität dem Essener Verurteilten übermittelt werden.

Schriftführer. Ueber ihren Faktor saßen die Schriftführer der Berlinerischen Schriftführer am Dienstag Nachmittag bei Jubril, Lindenstr. 106, zu Bericht. Im Mai d. J. erkrankte die Arbeiterin Frau Krause und wurde von Dr. Wille in seiner Klinik Friedrichstr. 288 operiert. Die Frau wurde zwar gesund, doch wurde ihr von dem Doktor verboten, schwer zu heben oder gar zu tragen. Der Faktor Herr Mohr von der Berlinerischen Schriftführer ließ anfangs d. Wts. Frau K. zu sich kommen, um sie zu fragen, ob sie bald wieder anfangen zu arbeiten. Die K. machte ihm nun mit dem Verbot des Doktors bekannt. Herr Mohr sagte: „Tragen brauchen Sie nicht, dazu habe ich andere.“ Unter dieser Bedingung nahm die K. am Montag den 12. d. M. ihre Arbeit wieder auf. Im Donnerstag den 22. d. M. hatte Frau K. trotzdem, daß sie nicht tragen sollte, doch 7 von 10 Kolumnen nach dem Lager getragen. Herr Mohr verlangte nun, daß sie auch noch die drei übrig gebliebenen runter tragen sollte. Dieses zu thun weigerte sich Frau K. Herr Mohr entließ sie, indem er ihr sagte: „Wenn Sie nicht tragen können, dann schicken Sie sich zu Hause.“ Die Versammelten hielten diese Handlungsweise für eine Mißsichtsfähigkeit sondergleichen. Von der Vorhersage, daß dem Chef wurde Abstand genommen, weil Frau Krause erklärte, doch nicht mehr arbeiten zu wollen.

Die graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen (Bischoff, Steinbrücker, Lichtbrücker, Präger, Prägerinnen und Verlagsgeoffen) hielten am 28. August bei Holz eine öffentliche Versammlung ab, in welcher die Mißstände im Beruf und die Differenzen in der Zugschneiderei von Priester u. Eid, wie auch in der Lichtschneiderei von Dr. Mertens zur Erörterung standen. Der Referent Schöple bezeichnete die Lage der Arbeiter im Gewerbe als eine überaus traurige. In keiner Anstalt seien die Verhältnisse zufriedenstellend. Was die Arbeiter am meisten drücke, seien die Ueberstunden, die gemacht werden, ebenso die Akkordarbeit, die Behandlung etc. Die Differenzen bei Priester u. Eid betreffen das Bestehen dieser Fabrik bezw. des Herrn Direktors, die Präger durch Prägerinnen zu ersetzen. Der Gipfelpunkt der Ueberstundenarbeit sei bei der Firma Dr. Mertens erreicht. Dasselbst gingen die Maschinen bereits Tag und Nacht. Ein Wechsel der Nachschichten, wie das Gesetz vorschreibt, finde nicht statt. Alle diese und andere Mißstände zu beseitigen, hätten die Arbeiter und Arbeiterinnen das größte Interesse und könne dies nur geschehen durch Organisation. In der Diskussion wurden die Verhältnisse von Priester u. Eid noch näher erörtert. Es wurde befaßt, daß systematisch die Präger durch Prägerinnen ersetzt und die Präger nur noch zur Nachschicht benutzt werden sollen. Wie festgestellt wurde, arbeiten die Prägerinnen bedeutend billiger als die Präger. Letztere verdienen durchschnittlich 17—18 M., die Prägerinnen höchstens 9—10 M. pro Woche. Die Versammlung hatte darüber zu entscheiden, ob sie ein Vorgehen der Präger bei der Firma Priester u. Eid aufheben wolle oder nicht. Es handelte sich um die Absicht der Präger, am nächsten Morgen die Arbeit einzustellen. Mit einer einzigen Ausnahme haben sich, wie mitgeteilt wurde, die Prägerinnen mit den Prägern solidarisch erklärt insofern, daß die Prägerinnen für gleiche Arbeit gleichen Lohn wie die Präger zu fordern haben, da die weibliche Arbeit an sich nicht zu verurteilen sei. Wie ausdrücklich hervorgehoben wurde, besteht auch bei Priester u. Eid ungesetzlicher Weise — neben anderem — noch ein gemeinsamer Ankleideraum für Arbeiter und Arbeiterinnen. Nach glänzlicher Erörterung der Angelegenheit beschloß die Versammlung, die Präger der Firma Priester u. Eid in ihrem Vorgehen gegen die indirekte Lohnreduktion und Wapregelung moralisch und petunär zu unterstützen. Gewählt wurde aus der Versammlung heraus eine viergliedrige Kommission, welche mit den Inhabern der Firma unterhandeln soll. Diese wird in einer demnächstigen Versammlung Bericht erstatten.

Ueber die Firma Dr. Mertens in Charlottenburg wurde ebenfalls längere Zeit debattiert. Von dort beschäftigten Arbeiter wurden die Verhältnisse Angelegt und konstatiert, die Arbeiter, daß die Verhältnisse keineswegs so schlecht seien, wie der Referent sie geschildert. Zur völligen Klärung der Angelegenheit soll eine Versammlung speziell von Lichtschneidern stattfinden und war die Angelegenheit damit für die Versammlung erledigt.

Im weiteren erstattete der internationale Vertrauensmann Schöple Bericht, in welchem er die Bedeutung und die Vorteile der internationalen Beziehungen darlegte, worin ihn Sillier unterstützte. Als internationaler Vertrauensmann wurde Schöple wiedergewählt.

Der Arbeiter-Bund der Berliner und Umgebung hielt seine zweite Sitzung im Restaurant von Gorn, Al. Marxstraße 10, ab. Der Kasienbericht ergab einen Kasienbestand von 73,50 M. Zur Ausnahme meldeten sich vier Klubs, wovon drei aufgenommen wurden und die Aufnahme des vierten verlagert wurde; zur Abhaltung eines Gründungsfeestes wurde der Sozial der Brauerei Friedrichshagen für den 16. November gemietet und ein Komitee von 10 Mitgliedern gewählt, das das weitere arrangieren soll. Auf Anregung verschiedener Mitglieder wurde das Organ des Herrn Rosenhain, „Die Raucherzeitung“, verworfen und der Schriftführer beauftragt, die nächsten Berichte dem „Vorwärts“ einzusenden. Es wurde ferner folgender Beschluß gefaßt: Um Unheimlichkeiten zu vermeiden, können Raucher eingeführt werden, jedoch sollen dieselben nicht Raucherfreiheit genießen. Die Bestimmung des Delegiertenlokales wurde dem Vorstand überlassen.

Charlottenburg. Der sozialdemokratische Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storow-Charlottenburg hielt am 28. August im Lokal „Bismarckshöhe“ eine Mitglieder-Versammlung ab. Das Mandat an Friedrich Engels und an das vorherige Mandatglied August Haritzel (Maurer) wurde in der üblichen Weise geehrt und hierauf die Mitteilung des Vorsitzenden entgegen genommen, daß die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen für Charlottenburg am 18. November stattfinden. Sobald der Aufruf, sollen sich die Genossen zur Flugblattverbreitung einfinden. Die von Scharrnberg verlesene Abrechnung der letzten Kommunalwahl wies eine Einnahme von 443,90 M. und eine Ausgabe von 438,42 M. auf. Die Listen 18 und 42 der Hauptwahl und 13 und 14 der Nachwahl stehen noch. Revisor Kellin bestätigte die Richtigkeit der Rechnungslegung. Die Abrechnung für das 2. Quartal ergab mit dem Bestand des vorigen Quartals (9,60 M.) eine Gesamteinnahme im Betrage von 257 M., eine Gesamtausgabe von 184,40 M., somit verblieb ein Bestand von 72,60 M. Dem Kassier Schnell wurde ebenfalls Decharge erteilt. Alsdann wurde in eine Befragung der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen eingetreten, als deren Resultat der Beschluß hervorging, die Leitung der Wahlgeschäfte dem Vorstande des Wahlvereins zu überlassen. Dem Vorstande wurde gleichzeitig aufgegeben, innerhalb 14 Tagen eine öffentliche Kommunalwahl-Versammlung einzuberufen, in der eventuell bereits die Kandidaten nominieren werden sollen. An Stelle von Kellman, der sein Amt als Wahlvereinsführer im 6. Kommunalwahlbezirk niedergelegt hat, wurde Gastwirt Meißner, Schlüterstr. 9, gewählt. Die Arrangements zu dem in der ersten Hälfte des November stattfindenden Stiftungsfeste wurden einem siebenköpfigen Komitee übertragen, dem folgende Genossen angehören: M. Gölke, Sasse, Köhr, Kaiser, Siegerich, Kettger und Mohr.

Voten. Sonnabend, den 21. August, abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung im Kaiserhof-Theater, Alte Johannisstr. 27. Tagesordnung: Vortrag über Kasse's Leben und Wirken. Auch Fragen haben Zutritt.

Arbeiter-Glückschule. Freitag, abends 8 Uhr: 1. 8. 10. 12. 14. 16. 18. 20. 22. 24. 26. 28. 30. 32. 34. 36. 38. 40. 42. 44. 46. 48. 50. 52. 54. 56. 58. 60. 62. 64. 66. 68. 70. 72. 74. 76. 78. 80. 82. 84. 86. 88. 90. 92. 94. 96. 98. 100. 102. 104. 106. 108. 110. 112. 114. 116. 118. 120. 122. 124. 126. 128. 130. 132. 134. 136. 138. 140. 142. 144. 146. 148. 150. 152. 154. 156. 158. 160. 162. 164. 166. 168. 170. 172. 174. 176. 178. 180. 182. 184. 186. 188. 190. 192. 194. 196. 198. 200. 202. 204. 206. 208. 210. 212. 214. 216. 218. 220. 222. 224. 226. 228. 230. 232. 234. 236. 238. 240. 242. 244. 246. 248. 250. 252. 254. 256. 258. 260. 262. 264. 266. 268. 270. 272. 274. 276. 278. 280. 282. 284. 286. 288. 290. 292. 294. 296. 298. 300. 302. 304. 306. 308. 310. 312. 314. 316. 318. 320. 322. 324. 326. 328. 330. 332. 334. 336. 338. 340. 342. 344. 346. 348. 350. 352. 354. 356. 358. 360. 362. 364. 366. 368. 370. 372. 374. 376. 378. 380. 382. 384. 386. 388. 390. 392. 394. 396. 398. 400. 402. 404. 406. 408. 410. 412. 414. 416. 418. 420. 422. 424. 426. 428. 430. 432. 434. 436. 438. 440. 442. 444. 446. 448. 450. 452. 454. 456. 458. 460. 462. 464. 466. 468. 470. 472. 474. 476. 478. 480. 482. 484. 486. 488. 490. 492. 494. 496. 498. 500. 502. 504. 506. 508. 510. 512. 514. 516. 518. 520. 522. 524. 526. 528. 530. 532. 534. 536. 538. 540. 542. 544. 546. 548. 550. 552. 554. 556. 558. 560. 562. 564. 566. 568. 570. 572. 574. 576. 578. 580. 582. 584. 586. 588. 590. 592. 594. 596. 598. 600. 602. 604. 606. 608. 610. 612. 614. 616. 618. 620. 622. 624. 626. 628. 630. 632. 634. 636. 638. 640. 642. 644. 646. 648. 650. 652. 654. 656. 658. 660. 662. 664. 666. 668. 670. 672. 674. 676. 678. 680. 682. 684. 686. 688. 690. 692. 694. 696. 698. 700. 702. 704. 706. 708. 710. 712. 714. 716. 718. 720. 722. 724. 726. 728. 730. 732. 734. 736. 738. 740. 742. 744. 746. 748. 750. 752. 754. 756. 758. 760. 762. 764. 766. 768. 770. 772. 774. 776. 778. 780. 782. 784. 786. 788. 790. 792. 794. 796. 798. 800. 802. 804. 806. 808. 810. 812. 814. 816. 818. 820. 822. 824. 826. 828. 830. 832. 834. 836. 838. 840. 842. 844. 846. 848. 850. 852. 854. 856. 858. 860. 862. 864. 866. 868. 870. 872. 874. 876. 878. 880. 882. 884. 886. 888. 890. 892. 894. 896. 898. 900. 902. 904. 906. 908. 910. 912. 914. 916. 918. 920. 922. 924. 926. 928. 930. 932. 934. 936. 938. 940. 942. 944. 946. 948. 950. 952. 954. 956. 958. 960. 962. 964. 966. 968. 970. 972. 974. 976. 978. 980. 982. 984. 986. 988. 990. 992. 994. 996. 998. 1000. 1002. 1004. 1006. 1008. 1010. 1012. 1014. 1016. 1018. 1020. 1022. 1024. 1026. 1028. 1030. 1032. 1034. 1036. 1038. 1040. 1042. 1044. 1046. 1048. 1050. 1052. 1054. 1056. 1058. 1060. 1062. 1064. 1066. 1068. 1070. 1072. 1074. 1076. 1078. 1080. 1082. 1084. 1086. 1088. 1090. 1092. 1094. 1096. 1098. 1100. 1102. 1104. 1106. 1108. 1110. 1112. 1114. 1116. 1118. 1120. 1122. 1124. 1126. 1128. 1130. 1132. 1134. 1136. 1138. 1140. 1142. 1144. 1146. 1148. 1150. 1152. 1154. 1156. 1158. 1160. 1162. 1164. 1166. 1168. 1170. 1172. 1174. 1176. 1178. 1180. 1182. 1184. 1186. 1188. 1190. 1192. 1194. 1196. 1198. 1200. 1202. 1204. 1206. 1208. 1210. 1212. 1214. 1216. 1218. 1220. 1222. 1224. 1226. 1228. 1230. 1232. 1234. 1236. 1238. 1240. 1242. 1244. 1246. 1248. 1250. 1252. 1254. 1256. 1258. 1260. 1262. 1264. 1266. 1268. 1270. 1272. 1274. 1276. 1278. 1280. 1282. 1284. 1286. 1288. 1290. 1292. 1294. 1296. 1298. 1300. 1302. 1304. 1306. 1308. 1310. 1312. 1314. 1316. 1318. 1320. 1322. 1324. 1326. 1328. 1330. 1332. 1334. 1336. 1338. 1340. 1342. 1344. 1346. 1348. 1350. 1352. 1354. 1356. 1358. 1360. 1362. 1364. 1366. 1368. 1370. 1372. 1374. 1376. 1378. 1380. 1382. 1384. 1386. 1388. 1390. 1392. 1394. 1396. 1398. 1400. 1402. 1404. 1406. 1408. 1410. 1412. 1414. 1416. 1418. 1420. 1422. 1424. 1426. 1428. 1430. 1432. 1434. 1436. 1438. 1440. 1442. 1444. 1446. 1448. 1450. 1452. 1454. 1456. 1458. 1460. 1462. 1464. 1466. 1468. 1470. 1472. 1474. 1476. 1478. 1480. 1482. 1484. 1486. 1488. 1490. 1492. 1494. 1496. 1498. 1500. 1502. 1504. 1506. 1508. 1510. 1512. 1514. 1516. 1518. 1520. 1522. 1524. 1526. 1528. 1530. 1532. 1534. 1536. 1538. 1540. 1542. 1544. 1546. 1548. 1550. 1552. 1554. 1556. 1558. 1560. 1562. 1564. 1566. 1568. 1570. 1572. 1574. 1576. 1578. 1580. 1582. 1584. 1586. 1588. 1590. 1592. 1594. 1596. 1598. 1600. 1602. 1604. 1606. 1608. 1610. 1612. 1614. 1616. 1618. 1620. 1622. 1624. 1626. 1628. 1630. 1632. 1634. 1636. 1638. 1640. 1642. 1644. 1646. 1648. 1650. 1652. 1654. 1656. 1658. 1660. 1662. 1664. 1666. 1668. 1670. 1672. 1674. 1676. 1678. 1680. 1682. 1684. 1686. 1688. 1690. 1692. 1694. 1696. 1698. 1700. 1702. 1704. 1706. 1708. 1710. 1712. 1714. 1716. 1718. 1720. 1722. 1724. 1726. 1728. 1730. 1732. 1734. 1736. 1738. 1740. 1742. 1744. 1746. 1748. 1750. 1752. 1754. 1756. 1758. 1760. 1762. 1764. 1766. 1768. 1770. 1772. 1774. 1776. 1778. 1780. 1782. 1784. 1786. 1788. 1790. 1792. 1794. 1796. 1798. 1800. 1802. 1804. 1806. 1808. 1810. 1812. 1814. 1816. 1818. 1820. 1822. 1824. 1826. 1828. 1830. 1832. 1834. 1836. 1838. 1840. 1842. 1844. 1846. 1848. 1850. 1852. 1854. 1856. 1858. 1860. 1862. 1864. 1866. 1868. 1870. 1872. 1874. 1876. 1878. 1880. 1882. 1884. 1886. 1888. 1890. 1892. 1894. 1896. 1898. 1900. 1902. 1904. 1906. 1908. 1910. 1912. 1914. 1916. 1918. 1920. 1922. 1924. 1926. 1928. 1930. 1932. 1934. 1936. 1938. 1940. 1942. 1944. 1946. 1948. 1950. 1952. 1954. 1956. 1958. 1960. 1962. 1964. 1966. 1968. 1970. 1972. 1974. 1976. 1978. 1980. 1982. 1984. 1986. 1988. 1990. 1992. 1994. 1996. 1998. 2000. 2002. 2004. 2006. 2008. 2010. 2012. 2014. 2016. 2018. 2020. 2022. 2024. 2026. 2028. 2030. 2032. 2034. 2036. 2038. 2040. 2042. 2044. 2046. 2048. 2050. 2052. 2054. 2056. 2058. 2060. 2062. 2064. 2066. 2068. 2070. 2072. 2074. 2076. 2078. 2080. 2082. 2084. 2086. 2088. 2090. 2092. 2094. 2096. 2098. 2100. 2102. 2104. 2106. 2108. 2110. 2112. 2114. 2116. 2118. 2120. 2122. 2124. 2126. 2128. 2130. 2132. 2134. 2136. 2138. 2140. 2142. 2144. 2146. 2148. 2150. 2152. 2154. 2156. 2158. 2160. 2162. 2164. 2166. 2168. 2170. 2172. 2174. 2176. 2178. 2180. 2182. 2184. 2186. 2188. 2190. 2192. 2194. 2196. 2198. 2200. 2202. 2204. 2206. 2208. 2210. 2212. 2214. 2216. 2218. 2220. 2222. 2224. 2226. 2228. 2230. 2232. 2234. 2236. 2238. 2240. 2242. 2244. 2246. 2248. 2250. 2252. 2254. 2256. 2258. 2260. 2262. 2264. 2266. 2268. 2270. 2272. 2274. 2276. 2278. 2280. 2282. 2284. 2286. 2288. 2290. 2292. 2294. 2296. 2298. 2300. 2302. 2304. 2306. 2308. 2310. 2312. 2314. 2316. 2318. 2320. 2322. 2324. 2326. 2328. 2330. 2332. 2334. 2336. 2338. 2340. 2342. 2344. 2346. 2348. 2350. 2352. 2354. 2356. 2358. 2360. 2362. 2364. 2366. 2368. 2370. 2372. 2374. 2376. 2378. 2380. 2382. 2384. 2386. 2388. 2390. 2392. 2394. 2396. 2398. 2400. 2402. 2404. 2406. 2408. 2410. 2412. 2414. 2416. 2418. 2420. 2422. 2424. 2426. 2428. 2430. 2432. 2434. 2436. 2438. 2440. 2442. 2444. 2446. 2448. 2450. 2452. 2454. 2456. 2458. 2460. 2462. 2464. 2466. 2468. 2470. 2472. 2474. 2476. 2478. 2480. 2482. 2484. 2486. 2488. 2490. 2492. 2494. 2496. 2498. 2500. 2502. 2504. 2506. 2508. 2510. 2512. 2514. 2516. 2518. 2520. 2522. 2524. 2526. 2528. 2530. 2532. 2534. 2536. 2538. 2540. 2542. 2544. 2546. 2548. 2550. 2552. 2554. 2556. 2558. 2560. 2562. 2564. 2566. 2568. 2570. 2572. 2574. 2576. 2578. 2580. 2582. 2584. 2586. 2588. 2590. 2592. 2594. 2596. 2598. 2600. 2602. 2604. 2606. 2608. 2610. 2612. 2614. 2616. 2618. 2620. 2622. 2624. 2626. 2628. 2630. 2632. 2634. 2636. 2638. 2640. 2642. 2644. 2646. 2648. 2650. 2652. 2654. 2656. 2658. 2660. 2662. 2664. 2666. 2668. 2670. 2672. 2674. 2676. 2678. 2680. 2682. 2684. 2686. 2688. 2690. 2692. 2694. 2696. 2698. 2700. 2702. 2704. 2706. 2708. 2710. 2712. 2714. 2716. 2718. 2720. 2722. 2724. 2726. 2728. 2730. 2732. 2734. 2736. 2738. 2740. 2742. 2744. 2746. 2748. 2750. 2752. 2754. 2756. 2758. 2760. 2762. 2764. 2766. 2768. 2770. 2772. 2774. 2776. 2778. 2780. 2782. 2784. 2786. 2788. 2790. 2792. 2794. 2796. 2798. 2800. 2802. 2804. 2806. 2808. 2810. 2812. 2814. 2816. 2818. 2820. 2822. 2824. 2826. 2828. 2830. 2832. 2834. 2836. 2838. 2840. 2842. 2844. 2846. 2848. 2850. 2852. 2854. 2856. 2858. 2860. 2862. 2864. 2866. 2868. 2870. 2872. 2874. 2876. 2878. 2880. 2882. 2884. 2886. 2888. 2890. 2892. 2894. 2896. 2898. 2900. 2902. 2904. 2906. 2908. 2910. 2912. 2914. 2916. 2918. 2920. 2922. 2924. 2926. 2928. 2930. 2932. 2934. 2936. 2938. 2940. 2942. 2944. 2946. 2948. 2950. 2952. 2954. 2956. 2958. 2960. 2962. 2964. 2966. 2968. 2970. 2972. 2974. 2976. 2978. 2980. 2982. 2984. 2986. 2988. 2990. 2992. 2994. 2996. 2998. 3000. 3002. 3004. 3006. 3008. 3010. 3012. 3014. 3016. 3018. 3020. 3022. 3024. 3026. 3028. 3030. 3032. 3034. 3036. 3038. 3040

Verantwortlicher Redakteur: Max Pfund in Galessee. Für den Inseratenteil verantwortlich Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag von Max Wading in Berlin.